

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 5. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Vom deutschen Finanzwesen.

Die Zwangsgewalten unseres politischen Lebens, Reich, Staat
und Gemeinde, ziehen alljährlich durch ein ungeheures und tausend-
fach verästelttes Nöthensystem der Gesetzgebung und Verwaltung
riesenhafte Summen aus dem Volkseinkommen, um sie dann durch
ein nicht minder verzweigtes System der Ausgaben allmählich wieder
von sich zu geben. In einer Unmasse von Budgets und Rechnungs-
legungen, in einem Urwald verschiedenartiger Gelehe und Ver-
fassungsbestimmungen verschwinden oft Quellen und Mündungsarme
dieses gewaltigen Geldstromes.

Es ist nicht der Mangel vorhandenen Rohstoffmaterials,
sondern eine unüberschaubare und unübersichtliche Ueberfülle daran
schuld, daß sich ein lares statistisches Bild dieser so überaus wichtigen
Ergebnisse nicht geben läßt. Es bedürfte einer wirklich ungeheuren
Menge von Arbeitskraft und Wahrheitsfreude, um volles Licht
in dieses Chaos zu bringen. Läßt sich auch nicht verkennen, daß die
eben erwähnten, von Dr. Jahn bearbeitete statistische Darstellung
der Finanzen der deutschen Bundesstaaten\*) das Er-
gebnis einer Mühe und Geduld erfordernden Arbeit ist, so bedeutet
sie doch nur einen sehr schätzbaren und unbedeutenden Schritt zu
einem sehr weit entfernten Ziele.

Schon dadurch, daß die Gemeindebesteuerung zu diesem Kolossal-
gemälde der öffentlichen Lasten in keiner Weise mit herangezogen
wird, muß das Bild notwendig an Klarheit verlieren. Die Ver-
schiedenheit der Verhältnisse zwischen Staat und Gemeinde, wie sie
im Reiche vorhanden sind, beeinflussen natürlicherweise auch den
Stand der Staatsfinanzen. Am klarsten tritt dieses Verhältnis bei
den Stadtstaaten Hamburg, Lübeck und Bremen hervor; aber auch sonst
schwanken die Grenzen zwischen Staats- und Gemeindebeteiligung recht
beträchtlich. Es wäre darum unbedingt notwendig, auch die Ge-
meinden in diese allgemeine finanzstatistische Untersuchung miteinzu-
beziehen.

Bedenkt man, daß nach Lexis das jährliche Gesamteinkommen
des deutschen Volkes auf nur 17 Milliarden Mark einzuschätzen ist,
die jährlichen Einnahmen des Reiches und der Staaten sich aber
schon auf 6 Milliarden 702 Millionen Mark erheben, so begriff man
die ungeheure Bedeutung der modernen Staatswirtschaft für das
gesamte volkswirtschaftliche Leben. Dabei muß allerdings berücksichtigt
werden, daß große Teile der Staatseinnahmen — so die Erwerbs-
einkünfte (Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatseisenbahnen,
Posten, Telegraphen und sonstigen Betriebe) mit 3 Milliarden
124 Millionen Mark — nicht aus dem Volkseinkommen direkt ge-
schöpft sind. Immerhin verschlingen Steuern und Zölle allein nicht
weniger als 1 Milliarde und 633 Millionen jährlich. Davon sind
aber nur 413 1/2 Millionen direkte Steuern, die
bekanntlich sämtlich den Staatskassen zukommen. Weitere fast
77 Millionen fließen den Bundesstaaten aus ihren Verbrauchs-
steuern zu.

Während neuere Finanzreformer dem Reiche die Einnahmequelle
der direkten Steuern ein für allemal versperren wollen, ziehen die
Einzelsstaaten immer noch 13 Proz. ihrer gesamten Steuererträge aus
den Verbrauchsteuern.

Zu dieser immerhin recht beträchtlichen Ziffer steht das Erträgnis
der deutschen Erbschaftsteuern in einem bezeichnenden Gegen-
satz. Es beläuft sich auf 22 Millionen Mark oder 3.83 Proz. des
gesamten staatlichen Steuerertrags! Keine Ziffer dieses statistischen
Berichts beleuchtet besser die Folgen einer Finanzverfassung, die die
Belastung des Westens den landwirthschaftlichen Klassenparlamenten über-
läßt, während es dem deutschen Reichstag zuzumutet, bei
jeder Gelegenheit aus einem Bouquet von Anwartschaften
seine Auslese zu treffen. Die Erträgnisse der Erbschafts-
steuern haben in England eine Höhe von einer Viertelmilliarde
Mark erreicht, sie werden sich nach den neuesten Reformen in Frank-
reich auf mehr als 200 Millionen Franz beziffern: Wenn man noch
so bescheiden rechnet und die Unterschiede der großen Vermögen
in den einzelnen Reichen noch so peinlich mit in Erwägung zieht, so
kommt man doch zu dem Ergebnisse, daß Deutschland durch seine
Rückständigkeit auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer den Besitzenden
jährlich eine Schenkung von 120—130 Millionen Mark macht.
Soviel mindestens müßten die Erben mehr besteuern, wenn sie
Franzosen oder Engländer wären. So ist Deutschland nicht nur ein
gesegnetes Land für Radelstahl- und Spinnerkönige, für Junker,
Bauer- und Schnapsbarone, es ist auch ein zarter Beschützer der
reichen Erben.

Geradezu possierlich wirkt das buntschneidige Gemenge der
direkten Steuern. Wie der Patrimonialismus Deutschland zu einem
Museum der Verfassungen gemacht hat, von der Hamburgischen
„Republik“ bis zum absoluten Gottesgnadentum der Mecklenburger,
so hat er neben modernen Formen der direkten Besteuerung
auch die uraltesten treulich erhalten. An dem verstaubten Arin-
dram der „Lanbensteuer“, „Nachtigallensteuer“, den Kopfsteuern
(Pöppe), der Chaussee- und Brückengelder und dergleichen
wird jeder finanzhistorische Antiquar seine helle Freude
haben. Diese Ueberresten vergangener Zeiten schlagen natürlich
nicht zu Buch; ihre Bedeutung liegt aber nicht in ihren
Erträgen, sondern in dem Umstande, daß sie überhaupt noch da sind.
Sie legen Zeugnis davon ab, mit wie zähem Geiste viele Einzel-
staaten am Veralteten festhalten; niemand wird aus einem solchen
Willen die Entstehung eines modernen, sozialen Gesichtspunktes Rech-
nung tragenden Finanzsystems erwarten dürfen.

Je sorgfamer in der Landstube das Recht des Westens und die
Pflicht der Armut gewahrt werden, desto herzhafter greift das Reich

zu, wo es gilt, seine Steuern mit der Progression nach unten in
Anwendung zu bringen. Insgesamt ist es weit über eine
Milliarde, die Reich und Staat aus der indirekten Steuer-
belastung des Volkes erwirtschaften lassen.

Die Aufwandssteuern des Reiches belasten den Kopf der Bevölle-
rung mit 18.79 M. Durch die gleichartigen Steuern der Staaten
erhält diese Belastung noch eine mehr oder weniger starke Ver-
mehrung. In Wirklichkeit aber zahlt der Arbeiter mehr als den
statistischen Durchschnitt, weil sein Verbrauch an den besteuerten
Konsumartikeln größer ist, als der der besitzenden Klassen.

So wie es einerseits die Heere schlecht bezahlter Arbeiter sind,
die dem Staate helfen, aus seinen Betrieben riesenhafte Ueberflüsse
herauszuwirtschaften, so sind es auch hier wieder die arbeitenden
Klassen, die das wesentlichste zur finanziellen Erhaltung des Staats-
wesens beitragen müssen.

Völlig unzulänglich ist die Arbeit des reichsstatistischen Amtes,
was die Statistik der Ausgaben betrifft. Hier erfahren wir nur,
wie hoch sich die Ausgaben auf die Erwerbssteuern belaufen und
wie groß der Bedarf für die Staatskassen ist. Alles Uebrige wird
unter die Rubrik „Sonstiger Bedarf der Staatsverwaltung einschließ-
lich des Bedarfs für das Staatsoberhaupt“ zusammengeworfen und
nicht näher spezifiziert.

Die erste dieser drei Rubriken deut mit ihren runden Zahlen
die Lohn- und Arbeitsverhältnisse jener Arbeiter, denen es vergönnt
ist, in staatlichen Musterbetrieben arbeiten zu dürfen. Auch darüber
ist nichts näheres ersichtlich.

Die einzige Rubrik, die nicht im Nebel zerfließt, sondern sehr
berbe Körperliche Gestalt gewinnt, ist die des Bedarfs für die Staats-
schuld. Nicht weniger als 406 Millionen werden jährlich als Zinsen
aus den Staatskassen an die Kapitalisten hinausgezahlt! Reich und
Staat garantieren den besitzenden Klassen einen jährlichen arbeitslosen
Gehalt von bald einer halben Milliarde Mark ohne Risiko „bei
vollster Sicherheit“. In welchem Maße werden zur Deckung dieser
Kosten wieder die besitzenden Klassen herangezogen? Doch nur in
sehr geringem! Was der künstliche Zirkulationsprozeß der Staats-
wirtschaft in der Tiefe wegreißt, schwimmt er oben an. Er wird
mit ein Werkzeug der kapitalistischen Konzentration.

Ueber den sonstigen „Bedarf für die Staatsverwaltung einschließ-
lich des Bedarfs für das Staatsoberhaupt“ hat der reichsamtliche
Statistiker die dichtesten Schleier der Diskretion gebreitet. Es
wäre wahrhaftig interessant genug gewesen, von ihm zu
erfahren, wie sich innerhalb der gesamten staatlichen Thätigkeit der
Aufwand für eigentliche Kulturzwecke zu den Viebesgaben für die Großen
und den Profiten der Radelstahlpatronen verhält. Nach den Definitionen
unserer neuen Finanztheoretiker kann ja allerdings keine Ausgabe
toll und verschwenderisch genug sein, um nicht als produktiv und im
Interesse des Gemeinwohls erforderlich erklärt werden zu können.
Vielleicht ist es die Rücksicht auf diese fromme Legende, die
den Statistiker gehindert hat, sein tieferes Wissen zu beweisen. Zu
zeigen, wie das moderne Staatswesen — im Reiche wie im Einzel-
staate — auf dem Gebiete des Finanzwesens seinen Klassencharakter
hinter der Maske des Patriotismus und des Gemeinwohls angeblich
zu verbergen sucht, und wie nur eine starke, von sozialen En-
schamungen erfüllte Centralgewalt Deutschland zu einem gedeihlichen
und auskömmlichen Finanzsystem verhelfen könnte.

Konfektionszölle.

77. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 4. Juli.

Die Debatte über die Konfektionszölle wird fortgesetzt.
Müller-Sagan erkennt wohl die durchschlagende Wirkung der
gestrigen Ausführungen Reichhaus' an, meint aber, aus den vor-
getragenen Gründen könne man nicht zur Zollfreiheit kommen, da
Goldfabrikate vorher verzollt seien. Der Zoll müsse jedoch erniedrigt
werden.

Geheimrat v. Dente meint, die Herabsetzung der Zölle auf
Modelle habe nicht die Bedeutung, die man ihr beimesse.
Müller-Reinigen beantragt zu 517, Kleider aus Seide, eine
Herabsetzung der Zölle von 1500 auf 1200 M., von 1200 auf 900 M.,
von 700 auf 500 M.

Schrader stellt folgenden Antrag
Hinter Nr. 520 einzufügen
Nr. 520a.

Table with 2 columns: Korsetts and eventuell. Items include: aus baumwollenen und halbkleinen Stoffen für 1 Stk 1.- M., aus wollenen und halb wollenen Stoffen 1.50 M., aus seidenen und halbseidenen Stoffen 1.75 M., ohne Rücksicht, ob mit Seidensäden benäht oder mit Spitzen garniert.

In der weitläufigen Debatte nimmt Graf Posadowsky
das Wort, um der Opposition dringend die Mahnung ans Herz zu
legen, den Tarif nicht zu gefährden oder zu zerstückeln, der von der
Regierung mit großer Mühe und mit Pflichterfüllung fertiggestellt
worden sei. Man könne Zollfreiheit nicht einführen, selbst wenn man
freihändlerisch gefimmt sei, weil man ringsum mit ausländischen Zoll-
schranken umgeben sei.

Die eindringlichen Mahnungen des Staatssekretärs werden von
den Abgeordneten Vaudert und Reichhaus auf ihren Wert
geprüft und als wirkungslos befunden. Es wird ihm
England als Beispiel entgegengehalten und Vaudert bemerkt ihm,
daß die Socialdemokraten aller Länder das gleiche Prinzip haben
und überall mit der Protektionswirtschaft aufräumen wollen.
Darauf erwidert der Staatssekretär, er werde durch die

letztere Bemerkung an einen Ausspruch des Grafen Mirabeau
im französischen Konvent über die Todesstrafe erinnert: „Wenn man
die Todesstrafe abschaffen wolle, so sollten die Herren Zöllner
den Anfang damit machen.“ Wer aber macht den Anfang mit der
Beseitigung der Zollschranken?

Mollenbuhre erwidert dem Staatssekretär, seines Wissens sei
Mirabeau nicht im Konvent gewesen, aber einerlei, der angezogene
Ausspruch sei unangebracht, denn ein Staat — England — habe
längst den Anfang gemacht, ohne zu Grunde zu gehen. Bei uns
werde aber so gewirtschaftet, daß man alles auf die Spitze treibe
und den Zusammenbruch unabwendbar mache. Das zeige sich auch
an diesem Zoll, der thatsächlich eine Erhöhung der Geschäftskosten
bedeute, denn Modelle werden in diesem Falle als solche behandelt.

Schrader, Müller-Sagan und Müller-Reinigen verwenden
sich dann noch für die freimüthigen Anträge. Müller-Sagan erklärt
dabei, die Socialdemokraten handelten verkehrt, wenn sie principiell
bei der Zollfreiheit stehen blieben; sie müßten sich vielmehr be-
streben, eine Ermäßigung der Zölle zu erwirken.

Es wird ihm erwidert, daß die Socialdemokraten nach
Ablehnung der Zollfreiheit immer für die Anträge auf
Herabsetzung der Zölle stimmten.

Position 517 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso
Position 518. Zu 519 wird der Antrag Müller-Julda an-
genommen, 520 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso
die Anmerkung. Die Anträge Schrader werden abgelehnt.

Zu den Pos. 521 und 522 beantragen die Socialdemo-
kraten Zollfreiheit. Wasserbüchse Gewebe werden in diesen
Positionen mit Zöllen von 50, 150, 70, 220 und 120 M. belegt.
Mollenbuhre bemerkt, daß durch diesen Zoll die Schiffer- und
Fischerleitung verteuert werde.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.
Zu Pos. 523: Künstliche Blumen — 900 M., beantragen
die Socialdemokraten Zollfreiheit. Geher weist nach, daß dieser Zoll
gerade bewirke, daß die Arbeiter gar keinen Vorteil von den Zöllen
haben. 1885 sei der Zoll erhöht worden, die Industrie habe sich
entwickelt, der Export steige, während die Einfuhr zurückginge, aber
die Lage der Arbeiter sei eine schlechte. Wahre Hungerlöhne werden
gezahlt; die Blumenarbeiter in Sachsin in Sachsin, wo die Industrie
einen Hauptplatz habe, hätten die niedrigsten Löhne.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Ebenso die
Positionen 524/525, Regen- und Sonnenschirme, für in Klaffzierung
Zölle von 200, 120, 90 und 70 M. aufgelegt sind. Reichhaus
begründete den Antrag auf Zollfreiheit. Vaudert begründet den
gleichen Antrag für Position 526/27, Schuhe aus Ziegenleder etc.

Die Position 526 — 15 M. wird nach der Vorlage angenommen.
Zu Position 527 Schuhe aus Seide, wird der Antrag Müller-Julda,
den Zoll von 250 auf 600 M. zu erhöhen, angenommen; sonst die
weiteren Positionen 50, 100 und 70 M. nach der Vorlage.

Die Positionen 528—530 betreffen Menschenhaare, Perücken etc.
Vaudert begründet den Antrag auf Zollfreiheit; die Notwendigkeit
von Perücken und falschen Köpfen besprechend, erntete Redner große
Heiterkeit. Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen;
ebenso die Positionen 531—532, Schmuckfedern, Kächer etc.

Trotz des Einspruches der Linken werden die Positionen 533—542,
Männerhüte und Frauenhüte aller Art, zur Beratung
zusammengeführt. Die Socialdemokraten beantragen folgende Er-
mächtigungen:

Table with 2 columns: Nr. and für 1 Stk. Items include: Nr. 533 Männerhüte usw. für 1 Stk aus andren, auch mit Kautschuk überzogenen usw. 0,20 M., Nr. 537 aus Haarfalz: unangarniert (angarniert) 0,60 M., angarniert (garniert) 0,80 M., Nr. 538 aus Wollfals: unangarniert (ungarniert) 0,20 M., angarniert (garniert) 0,30 M., Nr. 539 Frauenhüte aus Filz aller Art: unangarniert (ungarniert) 0,20 M., angarniert (garniert) 0,30 M., Nr. 541 Hüte aus Stroh usw.: unangarniert (ungarniert) 0,15 M., angarniert (garniert) 0,40 M.

Reichhaus und Vaudert treten für Zollfreiheit ein. Ersterer
konstatirt, daß der ganze Petitionsdrudel für hohe Zölle von einer
Stelle ausgehe, von der Ulmer Aktiengesellschaft. Beide Redner
schildern die sachtechnischen Verhältnisse der Branche, die keinen Zoll
erheischen. Dagegen sprächen die Interessen der Konsumenten gegen
den Zoll.

In der Abstimmung werden sämtliche Positionen, auch Pos. 543,
nach der Vorlage angenommen.

Schluß 1/3 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Juli.

Ein Vorkämpfer der konservativen Partei.

Diesen Ehrentitel verleiht die „Arcus-Zeitung“ dem Königsberger
Professor der Rechte Dr. Eduard Hubrich. Der Herr Professor
verdient durchaus diese Ehrenbezeichnung des führenden Blattes der
konservativen Reaktion. Sie wird ihm zu teil aus Anlaß
einer Schrift, die er soeben erscheinen ließ, über „Die
Diätenfrage und das allgemeine Wahlrecht“. Der Königsberger Vorkämpfer spricht die Meinung aus, die Diäten-
losigkeit des Reichstags werde sich nicht auf die Dauer im
Ernst halten lassen.

Es ist sodann so liebenswürdig, für die Preisgabe der Diäten-
losigkeit nur „nach drei anderen Richtungen eine Forderung der Ge-
staltung unseres Wahlrechts“ zu fordern. Erstens fordert er Wahl-
pflicht, zweitens öffentliche Stimmabgabe und drittens soll ein
Pluralstimmrecht in der Weise eingeführt werden, daß die Stimme
eines jeden über 50 Jahre alten Wählers doppelt gezählt
wird. Die „Arcus-Zeitung“ selbst will ihrem Vorkämpfer nicht
durchaus Folge leisten, sie ist einverstanden mit der öffentlichen
Stimmabgabe, aber das Plural-Wahlrecht in der vorgeschlagenen
Art mag sie sich „nur zur Not“ gefallen lassen und mit

\*) Vierteljahresshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Heraus-
gegeben vom statistischen Amt. II. Jahrgang. Zweites
Heft. Berlin. Postamt u. Wählrecht. 1902.

der Wahlpflicht kann sie sich nicht befreunden. Die „Kreuz-Zeitung“ mag die Wahlpflicht nicht, weil sie sich sagt, daß durch dieses Mittel besondere Förderung reaktionärer Wahlen nicht zu erwarten ist. Jene andern Mittel erscheinen ihr wirkungreicher, obgleich sie das volle Ideal einer Wahlrechtsreform nach „Kreuz-Zeitungs“-Wünschen nicht erfüllen. Um die „Kreuz-Zeitung“ zu befriedigen, hätte der konservative „Rechts-Lehrer“ in Königsberg die öffentliche Wahl durch eine Klassenwahl verschönern und die Pluralwahl würdiger gestalten sollen durch die Bestimmung, daß jeder konservative Wähler fünfmal so viele Wahlstimmen abgeben darf als ein Liberaler und fünfzigmal so viele Wahlstimmen als ein Sozialdemokrat! —

### Die Wahl in Bayreuth.

Vor zur Stunde liegt noch keine abschließende Nachricht über den Ausgang der Reichstags-Ergebnisse in Bayreuth vor.

Ein Privattelegramm vom Freitagmorgen meldet das Ergebnis von 60 Bezirken: Hagen (natl.) 3547, Gantner (frei.) 1171, Feustel (Wahl der Landwirte) 1753, Gugel (Soz.) 4553 Stimmen.

Ein andres Telegramm zählt für Hagen (natl.) 3695, Gantner (frei.) 1175, Feustel (Wahl der Landwirte) 2211, Gugel (Soz.) 4690 Stimmen. Sichwahl zwischen letzterem und Hagen (natl.) ist wahrscheinlich.

Das „Bureau Herald“ berichtet vom Freitagabend folgende Ergebnisse:

Hagen (natl.) 3911, Feustel (W. d. Landw.) 3205, Gantner (fr. Sp.) 1164 und Gugel (Soz.) 5498 Stimmen. Es ist also eine Stichwahl zwischen Hagen und Gugel notwendig.

Wenn diese letzten Zahlen richtig sind, so würde auch diese Wahl einen Triumph der Sozialdemokraten bedeuten. 1898 erhielt der Nationalliberale 6424 Stimmen, der Volksparteier 2314 Stimmen und der Sozialdemokrat 4211 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 9144 Stimmen über unsern Parteigenossen, der 6694 Stimmen erhielt.

Bei der Nachwahl im März 1900 gingen alle bürgerlichen Parteien gleich bei der Hauptwahl zusammen und der national-liberale Kandidat siegte mit 9159 gegen 4737 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten entfielen.

Dann hätte in diesem überwiegend ländlichen Wahlkreise der Sozialdemokrat gegen 1898 1287 Stimmen, gegen 1900 761 Stimmen gewonnen. Hingegen verloren die bürgerlichen Parteien gegen 1898 ca. 400, gegen 1900 ca. 800 Stimmen.

Die Partei des reinen Brotwuchers vom Bunde der Landwirte hat keine Seite gesponnen. Es ist nicht einmal ihre Hoffnung erfüllt worden, in die Stichwahl zu kommen. Ebenso hat der „maßvolle“ Zollwucher der regierungstreuen Nationalliberalen keinen Erfolg erlangt. Und auch die freisinnigen Zolldiplomaten — die die Politik des Abhandels treiben — sind durch kein Vertrauensvotum der Massen ausgezeichnet worden. Allein die Sozialdemokratie mit ihrem prinzipiellen Gegensatz gegen jeden Zollwucher hat Fortschritte zu verzeichnen — und dies in einem ländlichen Wahlkreise.

Für die Stichwahl geben die Freisinnigen den Ausschlag. Es läßt sich also gleich hier die Probe auf das Exempel machen, ob es ihnen mit dem großen Kartell der Linken ernst ist. Und was zeigt sich? Das „Berliner Tageblatt“, ein Blatt der Richtung Barth — der besonders für das Anti-Brotwucher-Kartell agitiert — erklärt ruhig: „Da der Zolltarif die wichtigste Frage für den Rest der Reichstagsession ausmacht, so dürften die freisinnigen Wähler ihre Abstimmung bei der Stichwahl von der Haltung des nationalliberalen Kandidaten Hagen zur Zollfrage abhängig machen.“

Dabei weiß das „B. L.“ ganz genau, daß die Nationalliberalen den Zolltarif der Regierung unterstützen, den die Freisinnigen angeblich so erbittert bekämpfen. Trotzdem fällt es dem Organ der Freisinnigen Vereinigung nicht ein, das Eintreten für den Sozialdemokraten auch nur zu empfehlen — was das Blatt um so billiger haben könnte, als die freisinnigen Wähler Bayreuths doch nicht auf das „B. L.“ hören werden.

Die freisinnige Partei ist also wieder in der Lage, einem Anhänger des Zollwuchers in den Reichstag zu verhelfen und einen Zollgegner aus ihm fernzuhalten. Das nennt man dann das „Kartell der Linken“, das darin besteht, daß man von der Sozialdemokratie fordert, gleich in der Hauptwahl freisinnige zu wählen, während die Freisinnigen in der Stichwahl den Sozialdemokraten agrarische Reaktionen vorziehen. —

## Deutsches Reich.

### Seid einig!

Die „Post“, das Organ eifrigher „Sammlungs“-Politik, ist hoch beglückert, daß die Zolltarif-Kommission „mit dem, was das sozialdemokratische Parteiblatt Strangulierungsversuche nennt, endlich auf den richtigen Weg gelangt ist.“ Möge die Mehrheit der Kommission, so mahnt die „Post“, die nötige Entschlossenheit und Geschlossenheit haben, um ihre Absicht durchzusetzen.“ Die Mehrheit soll sich im Geheimen „über ihre Marschroute verständigen und diese unter Abschneidung weitläufiger Diskussionen durchsetzen.“ In die zweite Lesung der Vorlage müsse die Kommissionsmehrheit „mit völlig fester, möglichst auf Verständigung auch mit der Regierung beruhender Marschroute eintreten und so zu Beschläffen gelangen, welche auch eine feste Direktive für die Behandlung und Beschläffe des Plenums zu gewähren geeignet sind. Aber Zeit sei nun nicht mehr zu verlieren.“

Die „Post“ ist einigermassen im Irrtum. Die Lust zu Strangulierungsversuchen hat die Mehrheit der Wucherparteien in der Zollkommission von Anfang dieser Beratungen befeuert. Aber nicht nur der Widerstand der zu Strangulierenden verdaßliche Lust, sondern vor allem wurde ein so schneller Fortgang der Beratungen, wie ihn die „Post“ wünscht, unmöglich gemacht durch die Uneinigkeit der Mehrheitsparteien selbst um den Anteil, den die einzelnen Interessengruppen an der Zollrente gewinnen sollen. Von dem ersten Tage der Beratung über das Tarifgesetz, seit der agrarischen Forderung der Ursprungszeugnisse für einzuführende Waren, bis zum jüngsten Streit zwischen Spinnern und Webern, sind die Zollparteien selbst gewesen, welche die Beratung unerbötlich verlangsamt haben.

Wir dürfen läßt abwarten, ob die feindlichen Freunde des Zollwuchers nunmehr dem Sammlungsgeist der „Post“ folgen und die langersehnte geeinigte Wucherhaltung herstellen werden. Vorläufig aber ist das bemerkenswerte Zugeständnis eines leitenden Mitarbeiters des Zollwuchers festzuhalten, daß die Absicht besteht, die Zollopposition zu strangulieren und die Diskussion in der Zollkommission abzuschneiden.

Nach diesem offenerzogenen Bekenntnis ist es Recht und Pflicht der Zollopposition, die schärfsten Mittel gegen Strangulierungspläne aufzuwenden. —

**Erwähnen in der Zollkommission.** Der Abg. Dr. Paasche, der während der Abwesenheit des Abg. Kettich den Vorsitz in der Kommission führte und bei dieser Gelegenheit beweisen wollte, wie eigentlich die Geschäfte in der Kommission behufs Durchprüfung des Zolltarifs zu leiten seien, damit aber gländlicher abfiel, als seine

Vorsitzenden-Kollegen, kann die persönlich erlittenen Niederlagen der letzten Tage noch nicht verwinden und läßt dafür am Freitag fürchterliche Rache an der Kommission, speziell an deren Vorsitzenden Kettich, der nach seiner Meinung die Geschäfte viel zu lässig führt und den Rednern zu großen Spielraum läßt. Die Rache bestand in einer halbstündigen Rede, in der er die gestrige Rede des Abg. Meißhaus zweimal mit erklärter Empörung wiederholte und mit maßlosen Gebarden die Geduld des Vorsitzenden auf die Probe stellte.

Die Sozialdemokraten fanden diese Verhärtsung so ergötzlich, daß sie den Redner vielfach mit Bravo's bedachten, während andre Abgeordnete mit Verlegenem oder erkantenen Mienen die zeitvergeudende Spielerei des Abg. Paasche verfolgten.

So rächte sich der „heilige“ Paasche, der dafür von den Sozialdemokraten mit großem Beifall belohnt wurde. Hätte er mit dieser Rache eine Beweis seiner oratorischen Kräfte liefern wollen, so war das überflüssig; man weiß ja, daß der Herr über alles Mögliche und auch noch einiges andre reden kann. Welcher ist ihm aber, mehr solcher Späßchen zu machen, wird er an den Sozialdemokraten fröhliche Zuhörer finden, ohne ihre „Engelsgeduld“ zu erschöpfen. —

**Die Eisenbahnsicherheit.** Zur „Erhöhung der Verkehrssicherheit“ auf den Eisenbahnen hat der neue Eisenbahnminister am 27. Juni einen Erlass erlassen, der darauf hinausläuft, eine fortgesetzte Ueberwachung und sachgemäße Unterweisung in allen Dienstobliegenheiten durch erfahrene Beamten zu empfehlen.

Die Hauptquelle der Eisenbahnunfälle, Ueberlastung und schlechte sociale Lage des nicht ausreichenden Personals, wird in diesem Erlass nicht einmal erwähnt, geschweige daß auf diesem Gebiet Abhilfe versprochen würde.

### Zur heftigen Wahlreform.

Aus Darmstadt, 3. Juli, wird uns geschrieben:

Die heutigen Kammerverhandlungen haben noch in letzter Stunde und wider alles Erwarten ein positives Ergebnis zu Tage gefördert. Die gestrigen Abstimmungen betreffend Artikel 3 (Vermehrung der städtischen Mandate) hatten zu einer vollständigen Leere geführt, insofern weder die Vorlage, noch der Antrag auf Einsetzung des entsprechenden Artikels des seitherigen Gesetzes, noch der Vermittlungsantrag auf Vermehrung der städtischen Mandate um drei, die nötige Zweidrittelmehrheit gefunden hatte. Nun hätte die Kammer heute nur noch den Art. 61 der Vorlage anzunehmen brauchen, der das seitherige Gesetz von 1872 außer Kraft setzt, um der Welt das ergötzliche Schauspiel einer Selbstmordunternehmung aller gegläubten Formen zu geben. Die Regierung und die Erste Kammer hätte das so beschlossene Werk der Zweiten Kammer nur zu akzeptieren brauchen und die letztere hätte aufgehört zu existieren, d. h. die Kammer als verfassungsmäßiges Institut wäre noch dagewesen, aber — ohne Abgeordnete!

Es kostete heute nicht wenig Kopfschmerzen und rednerische Anstrengungen, um aus dieser blamablen Situation wieder herauszukommen. Es gelang schließlich dadurch, daß man zu Artikel 61 einen Zusatz machte, wonach von dem seitherigen Gesetz der Artikel 3 in Kraft bleiben soll, bis zu einer Neuverteilung der Wahlkreise, Einteilung durch ein besonderes, längstens bis zum Jahre 1907 zu verabschiedendes Gesetz.

Von den ausgesprochenen Gegnern des direkten Wahlrechts, die das Scheitern der Vorlage innerhalb der Zweiten Kammer als höchstes Ziel erstrebten, wurde dieser Antrag als geschäftsordnungsähnlich festig belächelt. Allein dieses Mandat war zu durchsichtig, und die Mehrheit der Kammer wußte sich denn doch nicht vor aller Welt die Gurgel durchschneiden. Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

Damit war denn auch der hauptsächlichste Anlaß der Zwietschheit beseitigt oder vielmehr dem nächsten oder übernächsten Landtag zum Austrag überwiesen. Für manchen heimlichen Gegner der direkten Wahl mag der Befehl seines Vorwands nicht angenehm gewesen sein. Allein nun gab's kein Zurück mehr. Das Gesetz im ganzen wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

Da die für die Regierung unannehmbaren Wahlrechtartikel in zweiter Lesung beseitigt und die Regierungsvorlage auch hinsichtlich der 3jährigen Anlaufzeitdauer wieder hergestellt wurde, so hat die Regierung kaum noch eine Handhabe, ihrerseits dem Gesetz nun Schwierigkeiten zu bereiten. Die auch in zweiter Lesung durchgesetzte Milderung der Steuerklausel und die Verlängerung der Wahlzeit bis 8 Uhr wiegen denn doch nicht schwer genug, um ihr eine Zurückziehung der Vorlage zu ermöglichen. Vermutlich wird sie das Odium des eventuellen Scheiterns der Reform nun der Ersten Kammer überlassen. Dort dominiert der Geist des Herrn v. Heyl, der bereits in der „Wormser Zeitung“ der Vorlage den Krieg erklärt hat. Warten wir ab, was die hohen Herren in ihrer Volksfreundlichkeit beschließen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat auch heute wieder mit den reaktionären Elementen der Kammer ein offenes Wort geredet. Die Abg. David und Ulrich nahmen wiederholt Gelegenheit, die Schatzkammer der Herren Heidenreich und Genossen aufzuwickeln und zu durchkreuzen. Was nun auch weiter aus der Vorlage werden mag, ob sie in der Ersten Kammer scheitert oder Gesetz wird, der Erfolg dieser Verhandlungen wird der Sozialdemokratie zu gute kommen. —

**Domänen-Pachten.** Um den grellen Roßstand der Landwirtschaft, will sagen der Großgrundbesitzer zu beweisen, hat der derzeitige preussische Landwirtschaftsminister besonders auf den Rückgang der Erträge der Domänen-Pächten hingewiesen.

Dieser Rückgang erklärt sich teilweise daraus, daß eben früher für Domänen in einzelnen Fällen Viehhaberpreise bezahlt wurden, die in keinem Verhältnis zum wirklichen Wert standen. Legentlich scheint aber auch neuerdings die Neigung zu bestehen, Domänen zu allzu niedrigen Pachtpreisen wegzugeben, so daß in diesen Fällen der Rückgang der Pachten“ in Wirklichkeit eine Liebesgabe an den Pächter darstellt.

Ueber einen solchen Fall wird uns aus Roßleben berichtet: Die Domäne Wendelstein ist vor einigen Tagen zum zweitenmale verpachtet worden, aber nur für 57 000 M. an Stelle der bisherigen 90 000 M. Die Pächter, Gebr. Vöttich, würden auch diesmal wieder 90 000 M. zahlen, weil sie von Wendelstein nicht fortwollen und weil ihr Vater als wollebender Landwirt Millionen erbliegt hat. Wenn der Staat den Zuschlag verweigern und eine Selbstverwaltung einsehen würde, so würde er 33 000 M. jährlich verdienen. Der Rückgang der Pacht erklärt sich einfach daraus, daß die Großgrundbesitzer der Gegend, denen es sehr gut geht, fest zusammenhalten und durchaus — im agrarischen Interesse — Roßstand zu markieren beabsichtigen. —

**Freigabe deutscher Voerensreiwilliger.** Die englische Regierung hat die zuständigen Kolonialbehörden angewiesen, den kaiserlichen Konsuln in Colombo, St. Helena, Hamilton (Vernando) und Bombay diejenigen deutschen Gefangenen, welche auf eigene Kosten heimzukehren wünschten, zur Verfügung zu stellen. Die kaiserlichen Konsuln haben den Auftrag erhalten, diesen Gefangenen thunlichst beihilflich zu sein. Nach den vorliegenden Nachrichten befinden sich in den Gefangenlagern auf Ceylon 110, auf St. Helena 72, auf den Verandab-Inseln 28 und in der Umgegend von Bombay, soweit bis jetzt ermittelt, etwa 40 Deutsche. Außerhalb dieser Konsularbezirke befinden sich keine deutschen Gefangenen. —

**Sächsisches.** Wie die „Chemn. Allg. Ztg.“ aus Dresden erfährt, beträgt die von der Regierung zur Erhöhung der königlichen Civilliste und der prinzipalen Apanagen geforderte Summe ca. 440 000 M. — In prinzipal zu nehmenden Kreisen des Landtags erhält sich das Gerücht, daß der Oberbürgermeister von Dresden Dr. Weutler als Minister des Innern und Nachfolger des alsbald zurücktretenden Staatsministers von Meißel auszuwählen ist. Der Empfang des Dr. Weutler, der ein Vertrauensmann des Königs Georg ist, durch den Reichsanwalt in Verlin soll mit dem bevorstehenden Ministerwechsel in ursächlichem Zusammenhange stehen.

**Dresden, 4. Juli.** (Privattelegramm.) Der Landtag wurde heute nachmittags mit einer Thronrede des neuen Königs im Schlosse eröffnet. Die Regierung beantragt eine Erhöhung der Hofstaatsgelder für den König von 3 052 300 auf 3 550 000 M., für die Königin-Witwe von 123 333 auf 210 000, für den Kronprinzen von 185 000 auf 300 000, für Prinzessin Mathilde von 18 500 auf 20 000 M. Man motiviert diese Forderungen mit dem Sinken des Geldwertes und dem Steigen der Arbeiterlöhne!

### Wahlrechts-Reform in Baden.

Nach langjährigen Auseinandersetzungen über die Reform des Wahlrechts, die Wahlkreis-Einteilung und die Landtagwahl-Ordnung hat die Verfassungskommission der Zweiten Kammer endlich zwei Gesetzentwürfe fertiggestellt, denen alle Parteien zugestimmt haben. In erster Linie wird das direkte Wahlrecht gefordert, ferner wird für die größten Städte des Landes eine Vermehrung der Mandate gefordert; Freiberg soll drei, Karlsruhe vier, Mannheim sechs Mandate haben; das übrige Land soll in Wahlbezirke von 25 000 Einwohnern eingeteilt werden. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des Proportional-Wahlrechts fand keine Annahme. Andererseits hat die Regierung Anschauungen über die Wahlfrage, die weit reaktionärer sind als diejenigen der Abgeordneten-Kammer. In einer Sitzung der Verfassungskommission im März d. J. erklärte der Ministerpräsident v. Henkel, daß die Regierung für das direkte Wahlrecht an Stelle des jetzigen indirekten sei, daß sie aber dafür „Eingeregungen und Gegengewichte“ fordere, so längere Schaffenszeit am Wahlort, längere Frist der Staatsangehörigkeit, eventuelle Pluralwahlrecht und Census, auch Wahlpflicht usw.; so etwa steht das „Publikumsgeheim“ für das bürgerliche Volk aus, das ihm die Regierung „der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit“ angeblich hat und das durch eine Wahlgesetz-Vorlage im nächsten Landtag Gestalt erhalten soll. Die Vorschläge der Kommission erklärt der Ministerpräsident für unannehmbar.

Am Freitag fand in der Abgeordnetenkammer kurz vor Schluß der Session eine Debatte über die Wahlrechtsfrage statt. Hierüber berichtet uns ein Privattelegramm aus Karlsruhe:

Zunächst gab das Staatsministerium eine vorläufige zurückhaltende Erklärung ab, durch welche verleiht der Centrumsführer Weder der Regierung eine Vertrauensbezeugung darbrachte. Das weitere Anstreben des Ministerpräsidenten Henkel führte zu scharfen Auseinandersetzungen, in denen sich alle Parteien gegen die Regierung richteten. Die Kommissionsanträge wurden einstimmig angenommen. —

### Aus dem Soldatenleben.

Im Dezember vorigen Jahres war der Major Selmar Kruse, früher Chef der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 160, vom Kriegsgericht in Köln wegen Mißhandlung und Verleumdung von Untergebenen, Verleumdung von Vorgesetzten und Mißbrauchs der Dienstgewalt zu neun Monaten Festungshaft verurteilt worden. Am Mittwoch stand nun vor dem Kriegsgericht in Bonn der Sergeant Verthold Schulz aus Lauban, weil er in jenem Prozeß Zeugen beeinflusst und zum Meineid verleitet habe. Wie die Verhandlung, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend dauerte, ergab, hat der Sergeant, der in der Compagnie des Majors Kruse stand, in dem gegen diesen eingeleiteten Strafverfahren die als Belastungszeugen vernommenen Untergebenen und Kollegen zu Gunsten des Majors beeinflusst und die Schuld auf dessen Feldwebel Wiele zu schieben versucht. Der Angeklagte hoffte an Stelle des Wiele Feldwebel zu werden. Der Vertreter der Anklage beantragte 2 1/2 Jahre Zuchthaus; das Urteil lautete auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere usw. Die Verhandlung entrollte ein trauriges Bild aus dem Soldatenleben. Die meisten der geladenen Zeugen waren von dem Major oder dessen Feldwebel und Unteroffizieren mißhandelt worden. In der Compagnie des abgerichteten Majors Kruse, der damals noch Hauptmann war, war es üblich, daß diejenigen, die irgend ein kleines Vergehen begangen, verhaßen und mißhandelt wurden. Der Major Kruse wußte und billigte das. So bestrafte er zum Beispiel, als ihm von der blutigen Mißhandlung eines Soldaten gemeldet wurde, der den „Papfen gestrichen“ hatte, den Mißhandelten noch mit fünf Tagen Mittelarrest, wogegen der rothe Thaler belobt und kurze Zeit später fogar befördert wurde. —

## Ausland.

### Ein Interview mit Pete Curran.

London, 1. Juli.

Es dürfte vielleicht für die Leser dieses Blattes von Interesse sein, einiges über die Eindrücke zu erfahren, die der deutsche Gewerkschaftskongreß auf die englischen Delegierten gemacht hat. Ihr Londoner Korrespondent begab sich deshalb gestern in das Bureau der Gasarbeiter-Union, um Pete Curran zu interviewen. Es entwickelte sich folgendes Gespräch:

„Sie haben wohl, Genosse Curran, mehreren englischen Gewerkschaftskongressen beigewohnt. Sie kennen die englischen Arbeiter sehr genau. Da Sie nun auch Gelegenheit hatten, die Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu sehen, so werden Sie wohl im Stande sein, ein Urteil abzugeben. Was war der Eindruck, den Sie aus Stuttgart mitbrachten?“

Curran: „Der Eindruck ist ein vorzüglicher. Der Kongreß bestand aus fähigen, praktischen Männern und Frauen, die ihrer Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen waren. Es ging alles businesslike (geschäftsmäßig) zu. Leider bin ich der deutschen Sprache nicht mächtig; ich konnte deshalb den Einzelheiten der lebhaften Diskussionen nicht folgen.“

„Die allgemeinen Gesichtspunkte und Fragen sind Ihnen doch nicht entgangen?“

Curran: „Rein. Diese begriff ich wohl. Offen gestanden, sie überraschten mich nicht wenig.“

„Wieso?“

Curran: „Ich hatte es nicht gedacht, daß man in Deutschland noch das Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion diskutieren könnte.“

„So einfach war die Frage wohl nicht. Das Problem ist dort zwischen gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Aktion. Denn alle deutschen Gewerkschaften sind sich der Notwendigkeit der politischen Aktion bewußt. Die Frage ist nur: welcher politischen Aktion? der neutralen oder sozialistischen?“

Curran: „Ja, das ist auch meine Meinung. Ich habe das Gefühl, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaften sich eine Richtung bemerkbar macht, die sich die alten englischen Trades Unions zum Muster nehmen will, deren parlamentarische Vertreter unter der Herrschaft der liberalen Partei stehen. Das wäre für Deutschland ein Rückschritt. Wir in England sind eben auf dem Punkte, die Gewerkschaften von der bürgerlichen Politik zu befreien. Während wir hier fortfahren, scheint man in Deutschland auf überwindende Standpunkte zurückgehen zu wollen. Das ist es, was mich befreudete. (Diese Beobachtung, die ausschließlich aus der Wochenenddebatte gewonnen sein kann, wird erfreulicherweise in ihrer Bedeutung von Pete Curran sehr überschätzt. Red. des Wort.)“

„Na, so gut liegt die Sache in England auch nicht. Sie glauben doch nicht, daß das Komitee für Arbeitervertretung (Labour Representation Committee) die Arbeiter von den kapitalistischen Politikern befreien möchte? Ich wenigstens glaube es nicht und

halte meine Korrespondenzen auch in diesem Sinne; ich kritisierte neulich Dr. J. A. Macdonald, den Sekretär des Komitees."

Curran: "Allerdings hat das Komitee noch kein sozialistisches Programm. Aber ich glaube, daß die jetzige Bewegung in den Trades Unions zur Bildung einer sozialistischen Partei führen werde. Uebrigens sind auch viele Mitglieder des Komitees gegen Macdonald, aber nicht aus dem Grunde, weil er kein Sozialist sei, sondern weil er nicht der Arbeiterklasse angehört."

"Was soll Ihnen sonst im deutschen Gewerkschaftswesen auf?"

Curran: "Was mich noch befremdete, war die Mittelung, daß es in Deutschland christliche Gewerkschaften gebe. Den Zusammenhang zwischen Religion und den gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter kann ich nicht begreifen. Die Arbeiter vereinigen sich doch nicht aus kirchlichen, sondern aus materiellen Gründen. Fabrik und Kirche sind zwei vollständig verschiedene Dinge. Die Waren werden nicht für Protestanten, Katholiken etc. erzeugt, sondern für Leute, die Geld haben."

Zum Schluß sagte Curran: "Nach dem Kongreß hatten die internationalen Delegierten eine Sitzung, in der vorgeschlagen wurde, von Zeit zu Zeit internationale Gewerkschafts-Kongresse einzuberufen. Die englische Delegation sprach sich gegen diesen Vorschlag aus und erklärte, daß die organisierten Arbeiter der Welt schon in den internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Kongressen das nötige Organ haben. Es wurde deshalb ein Vorschlag angenommen, sich mit Konferenzen von internationalen gewerkschaftlichen Vertretern zu begnügen."

### Schweiz.

#### Ein hindischer Demagogentrip.

Zürich, 1. Juli. (Fig. Ver.) Die bekannte internationale Annoncenfirma Haasenstein u. Vogler hat jüngst auf der Gant die "Vöslser Nachrichten" im Auftrag der maderischen Millionäre in der alten Rheinstadt erworben, um sie im Handumdrehen aus einer freisinnigen in eine konservativere Zeitung umzuwandeln und — eine "unabhängige Arbeiterpartei" zu gründen. Arbeiter und Angestellte, die ihr wirkliches Interesse zu eignen und der Familie Heil wollen, mögen ihre Adressen an — Haasenstein u. Vogler einsenden! Die Auftragsgeber der Firma sind nicht schwer zu erraten, es sind die Häufelbäcker der verbündeten bürgerlichen Parteien, denen der bekannte socialdemokratische Wahlerfolg noch immer unverständlich schwer im Magen liegt und die nun als niederste Demagogen auf diesem Wege der socialdemokratischen Partei das Wasser abzugraben suchen. Der Mißerfolg ist indessen den Vöslsern verführerischer.

### Frankreich.

#### Das radikalere Programm.

Paris, 2. Juli. (Fig. Ver.) Die Abzweigung der Linkradikalen von den Radikalen schlechthin unter dem Namen "socialistische Radikale" datiert seit den Kammerwahlen von 1893. Ein eigentliches Programm oder fehlte bisher auch dieser vorgeschrittensten parlamentarischen Fraktion der bürgerlichen Demokratie, ebenso wie jegliche Parteiorganisation. Die Parlaments- und Pressearbeiten der hervortragendsten Fraktionsmitglieder verließen die Rolle eines "Programms", wie das bei allen anderen bürgerlichen Parteien — genauer, Parlamentsgruppen von jeder der Fall. Der vorjährige radikale Stimmungs-Kongreß, auf dem der Versuch gemacht wurde, einen gemeinsamen Namen für alle bürgerlichen Linkradikalen, einschließlich der Nichtradikalen, zu schaffen, hat an dem programmlosen Zustand der Linkradikalen natürlich nichts geändert. Der Wischamajah-Kongreß mußte ja allen seinen Bestandteilen Rechnung tragen.

Jetzt erst, nach neunjährigem Bestehen, hat sich bei der Linkradikalen Kammerfraktion das Bedürfnis einer programmatischen Abgrenzung ihrer Reihen gezeigt. Zugleich hat sie sich auch organisatorisch abgesperrt; fortan darf kein Mitglied dieser Fraktion zugleich einer anderen Fraktion angehören. Das ist immerhin ein Fortschritt. Der politische Kampf gewinnt dadurch an Klarheit. Das gestimmungslose Chiquenwesen und die Plage der parlamentarischen Wirbelschlingen werden einigermassen eingedämmt. Dem Linkradikalen Beispiel ist bereits die radikale Fraktion gefolgt. Sie hat ihrerseits sich abgesperrt und eine Programmkommission eingesetzt.

Der Inhalt des Linkradikalen Programms läßt sich kurz charakterisieren. Sein Radikalismus besteht in den alten demokratischen Forderungen, die seit 80 Jahren von allen bürgerlichen Parteien vertreten werden, wobei aber die Verfassungsrevision z. B. nicht mehr die Abschaffung des Senats und der Präsidenschaft einschließt. Sein "Socialismus" besteht in socialreformerischen und staats-socialistischen Forderungen, welche letztere sich auf "alle Eigentumsformen erstrecken, die Privatmonopole bilden und die bedrückende Macht des Geldes stärken, wie die Eisenbahnen und Bergwerke." Dagegen "respektiert" das Programm "das Privateigentum als den Ausdruck und die Garantie der menschlichen Freiheit." Ganz unsre Meinung, bemerkt dazu das kapitalistische "Journal des Débats". Ferner wird namentlich die gesetzlich zu regelnde Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter angepriesen als eines der Mittel, "möglichst intim Kapital und Arbeit zu associieren." Zum Ueberflus versichert das Programm, seinen Befürwortern keine ausschließliche ökonomische Doktrin, keine eng-dogmatische soziologische Formel aufzuzwingen. Ein Schuß gibt mehr als er hat. Der Kleinbürgerlich-vermittelnden Fraktion fehlt jede Einsicht in die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, dessen "Auswüchse" sie beseitigen möchte, und der gegensätzlichen Klassengliederung, die sie durch Gewinnbeteiligungs-Anstrofen und dergleichen in eine intime Association verwandeln zu können wähnt.

### Regierung und Mehrheit.

Paris, 3. Juli. (Fig. Ver.) Die Zwischenfälle Rouvier-Pelletan haben selbstverständlich dem Ansehen der Regierung Abbruch getan. Sie haben die innerhalb der Regierung wirkenden Gegensätze an den Tag gebracht und zugleich den geringen Einfluß des Ministerpräsidenten auf seine hervorragenderen Kollegen offenbart. Die machtvollsten Mäntelkämmerle begannen bereits Morgenluft zu wittern. Sie schoben sich vom Ministerpostenfussel nur noch durch die nächsten kommenden Sommerferien getrennt. Da griff Ministerpräsident Combes zu einem ganz neuen Mittel, die Stellung seines Kabinetts zu befestigen. Er suchte Rückendeckung bei seiner Mehrheit, bei den gewählten Vertretern der vier Regierungsgruppen der Kammer, einschließlich der ministeriellen Sozialisten.

Er berief also diese Vertreter zu sich zu einer gemeinsamen Beratung über den parlamentarischen Arbeitsplan. Die Beratung, die gestern stattfand, endete, wie es heißt, zur halbseitigen vollkommenen Zufriedenheit, abgesehen von einem der radikalen Vertreter, Leclercq, der eben zu den erwähnten ungeduldbigen Erben des Ministeriums gehört. Man kam überein, daß die Steuerreform-Vorlage im Beginn der Herbstsession von der Regierung eingebracht werden soll. Ihre parlamentarische Beratung würde demnach Anfang 1903 eröffnet werden können, nach Erledigung des Budgets. Dabei soll Combes sich für die Reformfreundlichkeit Rouviers verbürgt haben. Also doch!... Zu demselben Zeitpunkt könnte die Vorlage über die zweiseitige Dienstzeit, die bis dahin den Senat passiert haben wird, in der Kammer zur Beratung kommen.

Die reformerischen Absichten des Ministerpräsidenten sind demnach unabweisbar, ebenso wie sein Wunsch, in enger Fühlung mit der organisierten Regierungsmehrheit zu bleiben. Letzteres unterscheidet ihn vorteilhaft von allen früheren Regierungschefs, insbesondere auch von Waldeck-Roussseau, der Herr und Meister seiner Mehrheit war, wenn auch freilich Combes aus der Not eine Tugend gemacht haben mag. Der Mehrheitsblock mag nun zeigen, was er aus dem guten Willen seines Regierungsgeliffen machen kann.

Wie erwähnt, konzentrierten mit dem Ministerpräsidenten auch die gewählten Vertreter der ministeriellen-socialistischen Kammerfraktion. Es sind dies: Briand, Jaurès und Pressensé. Man sieht die Zusammenarbeit dieser Fraktion mit dem republikanischen Kartell ist noch viel intimer und systematischer als unter dem Ministerium Waldeck-Roussseau. Sie wird also wohl oder übel noch in höherem Maße die Verantwortung für das Tun und Lassen der Regierung zu tragen haben.

**Bestrafte Geistliche.** Auf Antrag des Präsesen von Torn entzog die Regierung sechs Geistlichen dieses Gebiets ihr Gehalt, weil sie sich in der letzten Wahlbewegung Vergehen gegen das Wahlgesetz haben zu Schulden kommen lassen.

### Belgien.

**Die Spielhöllen und der König.** Leopold II. weigert sich, das von der Kammer und dem Senat angenommene Gesetz, welches die Aufhebung der Spielhöllen vorsieht, zu unterzeichnen. Der "Peuple" stellt fest, daß die bürgerliche Presse gegen diesen unkonstitutionellen Akt des Königs fast gar keinen Protest erhebt.

**Ein Kongreß der Armenophilen** wird am 17. und 18. Juli in Brüssel stattfinden. Außer den bekannten Führern der internationalen Friedensgesellschaft haben auch eine große Anzahl Sozialisten ihre Teilnahme zugesagt, so u. A. Vanderbelde, Destrée, Hector Denis von Belgien, Georges Rouanet, Jean Jaurès von Frankreich, John Burns von England und die Genossen Bebel und Bernstein von Deutschland.

### Italien.

**Neapel, 4. Juli.** Heute begann der Prozeß gegen Guerriero, der am 25. Mai Steine gegen den Hofsaal geworfen hatte. Der Gerichtshof vertagte die Verhandlung auf Antrag der Sachverständigen und überwies den Angeklagten auf 40 Tage dem Irrenhause zur Beobachtung seines Geisteszustandes.

### England.

**Ritchener** wird Ende nächster Woche in London eintreffen und es soll ihm ein großartiger Empfang bereitet werden. Der Prinz von Wales und der Herzog von Cornwall werden ihn empfangen und im Namen des Königs bekränzen. Das endgültige Programm für die Empfangsfeierlichkeiten wird erst in der nächsten Woche festgesetzt werden.

### Afien.

**Die Cholera in Port Arthur.** Einer Petersburger Meldung des "Daily Express" zufolge wüthet in Port Arthur und Dalny die Cholera. 200 bis 300 Personen sollen täglich der Seuche zum Opfer fallen. Die Bevölkerung und die Beamten schweben in einer Panik und suchen sich durch Flucht zu retten, nur die Truppen bleiben zurück.

### Amerika.

**Amnestie-Angebot an die Philippinen.** In einer Proklamation des Präsidenten Roosevelt an die Philippiner wird vollständige Verzeihung und Amnestie denjenigen Personen auf dem Archipelagus zugesagt, welche an dem Aufstand teilgenommen oder denselben unterstützt haben. Ausgenommen sind diejenigen, welche nicht militärischer Verbrechen überführt sind. Alle, welche um Verzeihung nachsuchen, müssen den Vereinigten Staaten den Treueid schwören.

**Vordringen der venezolanischen Aufständischen.** Eine Depesche aus Port of Spain teilt mit, daß Marquisimo (Venezuela) von den Aufständischen noch vierstägigem Kampfe eingenommen sei. 4500 Aufständische marschieren auf Valencia.

### Australien.

**Eine englische Expeditionsmarine aufgetrieben?** Ein Telegramm der "Daily Mail" aus Singapore berichtet, daß eine Expedition von 10 000 englischen und eingeborenen Truppen in der Nähe des Flusses Vottang-Lopar auf Neu-Guinea völlig vernichtet worden ist. Sie war dahin entsandt worden, um einen Eingeborenenstamm zu züchtigen, weil derselbe Europäer ermordet hatte und Piraterie betrieb. Die Nachricht besagt weiter, daß dreiviertel des Bestandes der Kolonne an der Cholera gestorben ist. Täglich waren bis 500 Todesfälle zu verzeichnen. Der Fluß war mit Leichen dicht bedeckt.

**Das Programm der Regierung von Neu-Seeland.** Bei der Eröffnung des Parlaments kündigte der Gouverneur u. a. folgende socialen Gesetze an: Ein Alterspensionsgesetz für alte dienstfähige Eisenbahn-Angestellte; ein Gesetz betr. die Einführung staatlicher Feuerversicherung; die Inbetriebnahme staatlicher Kohlenbergwerke; ferner ein Gesetz, durch welches der künstlichen Preistreibung auf Lebensmittel Einhalt gethan werden soll.

## Ein alldeutscher Abgeordneter.

—st.— Wien, 2. Juli. Mit so unbarmherziger Schärfe ist der Abenteurercharakter der alldeutschen Partei noch niemals bloßgestellt worden wie in der Schwurgerichts-Verhandlung, die Ende voriger Woche über eine Anklage des alldeutschen Abgeordneten Herzog gegen einen Redakteur der "Arbeiter-Zeitung", den Genossen Polatschek, stattgefunden hat. Die Vorgeschichte des Prozeßes reicht bis in die Wahlbewegung im Jahre 1900 zurück. In den Neuwahlen trat damals Herzog als alldeutscher Kandidat um das Mandat der Trautenausier sinfsten Curie auf, das im vorigen Abgeordnetenhaus Besiztum der Socialdemokraten gewesen war. Herr Herzog war nach Böhmen gekommen, nachdem er in Baden in Niederösterreich gründlich abgewirtschaftet hatte, und die "Arbeiter-Zeitung" teilt nun ausführlich mit, welche erbärmliche Dinge es gewesen waren, die Herrn Herzog das Bedürfnis eingeblüht hatten, das Feld seiner politischen Thätigkeit zu wechseln. Aus der Schilderung ging mit unwiderleglicher Klarheit hervor, daß Herr Herzog ein Denunziant ist, und als solcher wurde er in der "Arbeiter-Zeitung" auch deutlich bezeichnet. Auf die Wähler machten diese Enthüllungen aber wenig Eindruck; Herr Herzog, für den sich die Häupter der nun gespaltenen Partei, die Herren Schönauer und Wolf, persönlich verbürgt hatten, wurde zum Abgeordneten gewählt; die alldeutsche Partei war um einen Sieg reicher. Wohl hatte Herr Herzog versprochen, die "Arbeiter-Zeitung" zu verlassen, und tatsächlich leistete er auch die Voruntersuchung ein, sowie er auch verschiedene Parteigenossen, die die Beschuldigung in Versammlungen wiederholt hatten, wegen Ehrenbeleidigung belangen ließ. Aber so oft es zur Verhandlung kommen sollte, zog Herr Herzog die Klage zurück. Auch die Untersuchung gegen die "Arbeiter-Zeitung" wurde prompt eingestellt. Aber Herzog machte die Rechnung ohne den Wirt; die Beschuldigung wurde im Blatte unausgeseht und mit so nachdrücklichen Worten wiederholt, daß Herr Herzog noch einmal klopfen mußte. Sofort nannte sich der Verfasser und vorige Woche kam es endlich zu der oft verschobenen Verhandlung.

Was da dem alldeutschen Ehrenmann nachgewiesen wurde, war nun einfach niederschmetternd. Um sich eines politischen Widersachers zu entledigen, hatte er gegen ihn, der früher mit ihm innig befreundet gewesen war und ihm zahlreiche Wohlthaten erwiesen hatte, die anonyme Denunziation von einer Majestätsbeleidigung erstattet; unter einem fingierten Namen teilte Herzog der Staatsanwaltschaft mit, sein Gegner, ein Baumeister, hätte in einer eingemauerten Urkunde eine grobe Beleidigung gegen den Kaiser hineingeschrieben. Dann drohte Herr Herzog mit einer zweiten Denunziation wegen Beleidigung

gegen den Kaiserin Elisabeth und erstattete eine anonyme Anzeige gegen einen politischen Verein wegen Ueberschreitung seines Wirkungsbereiches. Gegen ein Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis gehabt hatte, erstattete er nach Jahren die Anzeige wegen Abtreibung der Leibesfrucht, die der verlassenen Braut eine Anklage eintrug. Als sich das Mädchen mit einem andern Namen verheiratet sollte, richtete er an den Vater des Bräutigams Briefe mit den unfähigsten Ausfällen gegen das Mädchen, daß er selbst schnöde im Stiche gelassen hatte! Die Briefe wurden im Gerichtssaal vorgelesen und erregten bei den Geschwornen wie im Publikum die stärkste Entrüstung. Der Eindruck des furchtbaren Wahrheitsbeweises war so offenkundig, daß Herr Herzog den Spruch der Geschwornen gar nicht abwartete, sondern einfach davonlief. Er hätte auf sein eigenes Ersuchen am zweiten Tage als Zeuge vernommen werden sollen, zog es aber vor, zur Verhandlung gar nicht zu kommen. Nach der Strafprozessordnung gilt dies als Nichttritt von der Klage und so wurde der angeklagte Genosse auch sofort freigesprochen. Der allgemeine Eindruck war, daß so gerichtlich noch nie ein Wahrheitsbeweis gewirkt hat wie der Beweis, daß der alldeutsche Abgeordnete Herzog ein gemeiner Denunziant ist.

Die Herren Alldeutschen betrachteten sich als die Auslese des deutschen Volkstums, und auch in Deutschland kennt man diese großwuchsfähigen Gesellen, wenn man auch unter ihnen nicht so viel zu leiden hat wie in Oesterreich, wo jede politische Thorheit einen erziehbaren Nährboden findet. Es ist also geboten, den ethischen Charakter dieser Partei an dem dem Gerichtssaal entwickelten Parteigänger genauer zu demonstrieren, und wir wollen deshalb von den im Gerichtssaal vorgelesenen Briefen, wahrhaftigen menschlichen Dokumenten, einige mitteilen. Dem Baumeister, den er anonym wegen der "eingemauerten" Urkunde schon denunziert hatte, schrieb Herr Herzog folgenden Brief:

Herrn Adolf Zoller, Stadtbaumeister, Baden!

Von Seite eines ehemaligen Deutschenationalen wird gegen mich ein Kampf geführt, der über den Rahmen eines politischen Kampfes weit hinausgeht und bezweckt, mir und meiner Familie — nämlich Weib und Kind — die wirtschaftliche Existenz in jüdisch-semitischer Nachsucht zu rauben. In diesem Kampfe auf Leben und Tod ist Notwehr nicht bloß gestattet, sondern vielmehr Pflicht, und darum bringe ich diesem ehemaligen Deutschenationalen ein Gedächtnis in Erinnerung, das er verfaßt und gern gesungen hat (Spätherbst 1891 und Frühjahr 1892), dessen Abschrift in meinen Händen die Züge jenes deutschnationalen Dichters aufweist und dessen letzte Zeilen den "Heinrich und Elise" (Aufspielung auf Heinrich Heine und Kaiserin Elisabeth) in keineswegs respektvoller Weise besingen.

Es ist nur, damit jener Deutschenationale von ehemals sich erimere, daß ein politischer Kampf mit anständigen und mündlichen Mitteln, nicht in dubiohaster Weise geführt werden darf.

Mit gebührender Schätzung  
Joseph Herzog.

Gegen seine ehemalige Braut machte Herzog folgende Straf-anzeige:

Löbliche L. L. Staatsanwaltschaft!

Ich fühle mich veranlaßt, folgende Anzeige zu machen: Mit Wissen und Einverständnis der Eltern hatte ich mit Fräulein... ein Verhältnis. Sie teilte mir eines Tages mit, daß sie wahrscheinlich schwanger sei. Sie verlangte von mir wiederholt Mittel zur Abtreibung der Leibesfrucht. Trotz meines mahnenden Wortens gebrauchte sie heilhe Wädel und gab an, Dr. Ciberla in Baden habe ihr dies gestattet. Ich habe mich nun entschlossen, diese Thatsache der löblichen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis zu bringen.

Joseph Herzog.

Au den Vater des Bräutigams des von ihm verlassenen Mädchens, schrieb Herzog folgende Briefe:

Im ersten Briefe heißt es: "Da ich erfuhr, daß Ihr Sohn die... heiraten soll, halte ich es für meine Pflicht, meine warnende Stimme zu erheben. Sie ist eine gewöhnliche Komödiantin, sie kann schmeicheln, schmollen und sich besser verkaufen als eine Schauspielerin. Ihre Grundzüge sind Vergnügensucht und Herzlosigkeit. Während sie von mir schwanger war, fing sie mit drei andern Leuten ein Verhältnis an. Sie ist ein gemeines Weibsbild. Nennen Sie Ihren Sohn, lassen Sie ihn nicht unglücklich machen. Ich bin bereit, alles was ich fähig, zu beweisen."

Im zweiten Briefe heißt es: "Vor einer Woche habe ich Ihnen geschrieben, und Sie wüthigen mich keiner Antwort. Sie ist eine herzlose, kokette Person, die es meisterhaft versteht, zwei oder drei Männer zugleich zu betriegen. Wenn Sie Ihren Sohn lieb haben, lassen Sie ihn nicht unglücklich werden. Sie sehen, daß ich nicht hinterzürs verleumde."

Und dieser plumpe Schurke war, ist und bleibt Abgeordneter! Ein solches Subjekt ist den Wählern von den alldeutschen Führern als der geeignete Mann, sie im Abgeordnetenhaus zu vertreten, empfohlen worden! Und ihn haben sie, trotz aller Beweise und Ermahnungen, gehalten, gegen alle so präcise formulierten Anklagen als untadeligen Ehrenmann erklärt! Jetzt allerdings wird der unsaubere Mensch von den Alldeutschen und Oesterdeutschen verleugnet, aber er bleibt dennoch mit seiner ganzen Schmach an ihnen haften. Mit Herrn Herzog wurde im Gerichtssaale gebrandmarkt und gerichtet auch die alldeutsche Partei.

## Partei-Nachrichten.

**Zum Tode unfres Genossen Swienty** sei noch berichtend mitgeteilt, daß nicht die Ehefrau des so unglücklich ums Leben gekommenen Genossen, sondern die Warte frau den Unfall mit anseh. Der Irrtum ist durch eine falsche Auffassung unsrerseits bei der telephonischen Uebernachricht der Einzelheiten von Halle aus entstanden. Uebrigens hat die Wärrerin völlig ihre Pflicht gethan; sie entfernte sich auf ganz kurze Zeit lediglich zu dem Zwecke, dem Kranken ein Glas Wasser zu bringen. Die Schwere der Verletzung, welche den Tod herbeiführten, erklärt sich daraus, daß der Kranke auf die steinernen Stufen einer auf den Hof führenden Treppe fiel.

Verzeichnend dafür, was Socialdemokraten zu erdulden haben, deren sich die Behörden aus irgend einem Grunde annehmen, ist folgende Episode aus dem Leben Swientys, welche das Halle'sche "Volkblatt" mitteilt: Am 25. November 1900 wurde Swienty wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet, obwohl seine Gattin unmittelbar vor der Entbindung stand. Als ihm am Tage darauf, am 26. November ein Schöpfung geboren wurde, da sah unser Kollege in einfamem Gefängniszelle. Alle von unster Seite gemachten Angebote von Kautionen in beliebiger Höhe führten nicht zu seiner Entlassung, und als dann am 22. Dezember die Gerichtsverhandlung stattfand, wurde Swienty wegen der Majestätsbeleidigung freigesprochen, aber wegen einer Nichterbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe verbrachte er von Anfang März Juni bis Ende vorigen Jahres.

**Genosse Manfred Wittich** in Leipzig, der schon längere Zeit krank ist, mußte dieser Tage nach Mitteilung der "Leipz. Volkszeitung" in schwer krankem Zustande in eine Reconvaleszenzanstalt überführt werden. Seine Krankheit hat eine das Leben gefährdende Wendung genommen.

**Ein Hunne!** Wie teilten kirchlich mit, daß unser Parteigenosse der Topfer **Frenz** in Königsbrunn an den Folgen eines Fußtrittes verstorben sei, den ihm im Verlauf eines Streites sein eigener Sohn beigebracht hatte. Die Familienangehörigen des Verstorbenen teilen nun der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ näheres über den traurigen Vorfall mit. Danach hat der Sohn unseres Parteigenossen als Soldat des Eisenbahnrégiments den Feldzug in China mitgemacht. Als er in so brutaler Weise nach seinem Vater stieß, daß diesem der Mastdarm gerissen, mehrere Rippen gebrochen und andre schwere Verletzungen zugefügt wurden, gebrauchte er die Worte: „Vater, ich will Dir beweisen, wie wir's in China gemacht haben!“ Der rohe Patron ist verhaftet. Vor die Leiche des Vaters geführt, zeigte er keinerlei Reue. — Wenn dieser brutale Mensch in China etwas lernen wollte, hätte er sich die ipriqivörtliche Liebe und Pietät aneignen sollen, welche die Chinesen ihren Eltern entgegenbringen. Wie muß dieser Mensch nach seiner eignen Aussage in China gehaßt haben, den das graue Haupt des Vaters nicht vor einem Totschlag abschreckte.

**Einen Bauern- und Landarbeiter-Kongress** beruft die belgische sozialistische Partei für den 13. Juli nach Mons ein. Solche Kongresse, auf denen Bauern und Landarbeiter Zutritt haben und auf welchen agrarische Fragen diskutiert werden, arrangiert die belgische Partei in jedem Jahre. Auf der Tagesordnung des diesjährigen Kongresses steht u. a.: Die Lage des Ackerbaues in Belgien; das neue Jagdgesetz und seine Folgen; die Zuckerrübenproduktion und die Gesetzgebung betr. die Zuckerrindustrie; die Organisation der Bauern; die Agitation auf dem Lande und die Landarbeiter-Presse der Partei.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Zu 150 M. Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redakteur der „Rhein.-Westf. Arbeiterzeitg.“ in Dortmund Genosse **Linus Scheibe** verurteilt, weil er in einer Kolossalität behauptet hatte, daß auf Zeche „Höllern I“ ein Stück Kohlschicht dermaßen zu Bruch gelegen, daß die Leute auf dem Vauch kriechen müßten, wenn sie zu ihrer Arbeit wollten und weiter, daß die Wettersohle vom Flöz 10 nach Revier Wieshaus unsicher wäre. Im Zusammenhang mit diesen Behauptungen war geschrieben worden, daß einige Leute, die infolge eines Unfalls nach Hause geschickt wurden, ganz gut zur Reparatur dieser schadhafsten Stellen benutzt werden konnten. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis, den der Verteidiger als völlig gelungen bezeichnete, für den ersten Punkt nur als teilweise, für den zweiten als garnicht erbracht an. Auch der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten verweigert.

## Aus Industrie und Handel.

**Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.** Die Syndikatszweigen forderten nach vorläufigen Ermittlungen im ersten Halbjahr 1902 rund 23 200 000 Tonnen gegen 25 072 692 Tonnen in derselben Zeit des Vorjahres, 25 212 388 Tonnen in derselben Zeit 1900 und 23 506 129 Tonnen im ersten Halbjahr 1899. Es ergibt sich sonach gegen die ersten sechs Monate des Jahres 1899 ein Förderausfall von ungefähr rund 300 000 Tonnen oder circa 1/4 Proz., während sich der Ausfall gegen das erste Halbjahr 1901 auf rund 1 870 000 Tonnen oder ca. 7 1/2 Proz. und gegen das erste Halbjahr 1900 sogar auf rund 2 000 000 Tonnen oder ca. 8 Proz. beziffert. Wie sehr die Syndikatszweigen im laufenden Jahre gegenüber den aufstehenden Jahren im Nachteil gewesen sind, geht deutlich daraus hervor, daß sich die Förderabfuhr im ganzen Ruhrkohlenrevier im ersten Halbjahr 1902 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nur auf ca. 4 1/2 Proz. bezifferte, während die Förderförderung der Syndikatszweigen ungefähr 7 1/2 Proz. betrug.

**Saatensland in Oestreich.** Das östreichische Ackerbauministerium veröffentlicht über den Stand der Saaten zu Mitte Juni 1902 den folgenden Bericht:

Die Ende Mai eingetretene heiße Witterung mit folgenden Niederschlägen hat den Stand der Halmfrüchte, welche infolge des ungnügnstigen Maiwetters sehr zurückgeblieben waren, erheblich gebessert und viele Schäden weitgemacht.

Woggen steht zumeist erst in Blüte und läßt, falls die Blütezeit, wie es in Nieder- und Oberösterreich der Fall ist, in den Hauptproduktionsländern gänzlich verläuft, im großen Durchschnitt eine gut mittlere Ernte erwarten. In Ostgalizien und Schlesien hat sich der Woggen, welcher im Mai durch Wetterumschlägen in vielen Gegenden sehr zu leiden hatte und zum Teile schwach stand, bedeutend erholt. In den Alpenländern wurde der Woggen nicht selten durch das nachfolgende Wetter und in höheren Lagen auch durch Schneefälle geschädigt.

Weizen steht im allgemeinen etwas besser als Woggen und verspricht in Niederösterreich, Galizien, Schlesien und Steiermark größtenteils gute und in den übrigen Ländern gut mittlere Ernten. In Ostgalizien übertrifft der Stand des Weizens den des Woggens noch immer erheblich, und in vielen Gegenden giebt er zu den besten Ernteschonungen Anlaß.

Die Sommersaaten, welche im Mai unter der Ungunst der Witterung besonders zu leiden hatten, haben sich sehr erholt und geküsstigt, sind jedoch in den regenarmen Gegenden der Sudetenländer in der Entwidlung stark zurückgeblieben und werden dort, falls nicht ausgiebige, warme Niederschläge eintreten, nur schwache Ernten liefern. Mit Ausnahme Mährens und Böhmens, wo die Schäden den durchschnittlichen Ertrag auf das Mittelmäß herabdrücken dürften, kann auf einen gut mittleren Ernterfolg gerechnet werden.

Das Frühobst hat durch die Spätfroste fast überall gelitten und wird nur schwache Erträge abgeben. Auch bei den späten Sorten wurden die Ansichten auf eine günstige Obsternte in vielen Gegenden sehr herabgesetzt. Die meisten Obstsorten hatten zwar eine reichliche Blüte, doch verlief sie bei ungnügnstiger Witterung, so daß zum Teil die Blüten, zum Teil die jungen Fruchtansätze abfielen.

## Gewerkschaftliches.

**Eine innungsfreundliche Entscheidung.** So nennt mit Recht die „Nachzeitung der Berliner Tischlermeister“ die Antwort der Gewerbe-Deputation auf eine Beschwerde des Innungsvorstandes gegen den Vorstand der Innungs-Krankenkasse. Die Innung kann überhaupt rühmend behaupten, daß in dem ganzen Kampfe, den sie mit dem Holzarbeiter-Verband um den Arbeitsnachweis und die Einführung der Entlassungsscheine führt, die Gewerbe-Deputation des Berliner freisinnigen Magistrats treulich Hilfsbereitschaft geleistet hat. Die Verdösse gegen die Gewerbe-Deputation seitens der Berliner Tischlerinnung sind von der Gewerbe-Deputation mit einer Rücksicht behandelt und zu Gunsten der Innung mit soviel juristisch-Verkaufelierung gebräutet, daß man den unternehmerfreundlichen Standpunkt unsicher herausfinden kann. Die letzte nicht unwichtige Entscheidung dieser Aufsichtsbörse der Innung, die unter den Scharmachern so helle Freude hervorrief, verleiht der Innung das Recht, von der Innungs-Krankenkasse die Entlassungsscheine in die Bücher und Kassensführung zu verlangen. An sich lieh sich gegen die Entscheidung nichts einwenden, wenn diese Entschlüsse zur Information der finanziellen Lage der Kasse vorgenommen würde. Solchen Anforderungen hatte sich bisher auch der Innungsvorstand nicht widersetzt, nur als die Herren Rabardt und Genossen die Anmeldungen und Abmeldungen der Mitglieder in der Kasse dazu benutzten, auf die Meister einschüchternd zu wirken, um sie zu zwingen, nur den Arbeitsnachweis der Innung zu beantragen, lebte sich der Vorstand der Krankenkasse gegen diesen Mißbrauch der gewonnenen In-

formation auf. Man wollte nicht in dem Streite der Innung gegen den Holzarbeiter-Verband einseitig einer Partei Material ausliefern, das die Versicherten schädigen mußte, aber auch die den Scharmachern in der Innung widerstrebenden Meister der blindwütenden Diktatur des Innungsvorstandes auslieferte.

Diese Beweggründe des Krankenkassen-Vorstandes waren der Gewerbe-Deputation nicht unbekannt. Der Entscheid besagt hierüber: „Daß der Innungsvorstand die verlangten Auskünfte zu andren Zwecken als denen der Kassenkontrolle verwenden soll, kann gegenüber der grundsätzlichen Berechtigung des Innungsvorstandes, die Kassensbücher einzusehen bezw. sich über dieselbe von den Kassenbeamten informieren zu lassen, nicht in Betracht kommen.“

Die ganze Entscheidung beruht auf keine gesetzliche Vorschrift und es besteht auch eine solche keineswegs. Zur Information des Innungsvorstandes dient ja die Vertretung der Meister im Vorstand der Kasse. Es ist mithin die Einmischung des Innungsvorstandes ungesetzlich und der Kassenvorstand wird gut thun, seine ablehnende Stellung beizubehalten, er kann nicht einem Mißbrauch der Innung Vorschub leisten; dazu mag die freisinnige Berliner Verwaltung die Dienste leisten; eine Kassenverwaltung, die das Wohl der versicherten Arbeiter im Auge hat, muß solche Innungen zurückweisen. Die Krankenkasse kann ruhig die Festsetzung einer Strafe abwarten und dann Beschwerde einlegen.

### Berlin und Umgegend.

**Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin.** Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Juni 1902:

Eingeschriebene, arbeitsuchende Pers.	ungelehrte Arbeiter		gelernte Arbeiter		Kleinrentner		weibl. Pers.		insgesamt
	Maler	Schlosser	Kleinrentner	weibl. Pers.	Maler	Schlosser	Kleinrentner	weibl. Pers.	
Bon Arbeitgebern verl. Arbeitskräfte	2055	851	415	124	84	321	3850		
In Arbeit gebrachte Personen	1502	637	225	86	64	300	2904		
	1438	570	209	79	49	289	2578		

**Achtung, Guspinger!** Die Differenzen bei Gebr. Krudt, Fennstraße 21, sind zu Gunsten der Ausständigen beigelegt. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltungsstelle Berlin.

**Achtung, Versilberer!** Ein Herr Ch. Wehrens sucht in verschiedenen Arbeiterblättern Versilberer nach der Fabrik von Wollheim in Altona-Ottensen, wo er sich kirchlich als Zwischenmeister niedergelassen hat. Da es jedenfalls wieder auf große Preisdrückerei abgesehen ist, warnen wir alle Versilberer, auf derartige Inserate Arbeit zu nehmen.

Der Hauptvorstand des Vergolder-Verbandes.

### Deutsches Reich.

**Die Aussperrung im Hamburger Baugewerbe** brachte Genosse Stollen in der letzten Sitzung der Bürgerkammer zur Sprache. Er richtete an die Finanzdeputation die Anträge, weshalb den Unternehmern öffentlicher Arbeiten die Vorschriften verlängert werden seien und kritisierte das Verhalten der Polizei, die in bestimmter Weise zu Gunsten des Unternehmertums gegen die Arbeiter einschreitet. Schließlich stellte Genosse Stollen einen Antrag, welcher bezweckt, daß die Bestimmungen, auf die sich die Polizeibehörde bei ihren rigorosen Maßnahmen gegen die Ausständigen stützt, aus dem hamburgischen Gesetz gestrichen werde. Die Ausführungen Stollens fanden begründeterweise bei den bürgerlichen Vertretern der Republik Hamburg keinen Anklang, und sein Antrag wurde nicht einmal genügend unterstützt.

Die Situation des Lohnkampfes ist im allgemeinen unverändert. Von den nach Hamburg gelockten Streikbrechern wollen viele wieder abreisen. Um sie daran zu hindern, verweigern ihnen die Unternehmer die Herausgabe der Papiere, so daß die betreffenden Arbeiter die Hilfe der Polizei, und soweit sie Oestreicher sind, die Hilfe ihres Konsuls in Anspruch nehmen mußten, ohne daß es ihnen jedoch gelang, ihre Papiere zu erhalten. So leichten Kaufs wollen die Unternehmer ihre mit so vieler Mühe und großen Kosten herangezogenen Arbeitswilligen eben nicht wieder laufen lassen. Sie werden aber schließlich doch darüber belehrt werden, daß sie kein Recht haben, die eingekerkerten Arbeiter gegen deren Willen festzuhalten. Im übrigen wird die Werbung von Streikbrechern im Auslande fortgesetzt. Nachdem die Hamburger Unternehmer Oestreich mit einigen, wenn auch recht zweifelhaften Erfolg abgewehrt haben, probieren sie ihr Glück in Holland. Aus Utrecht wird gemeldet, daß von dort am Donnerstag 30., am Freitag 30. Streikbrecher nach Hamburg abreisen sollten. Die Abreise wurde aber verschoben, weil, wie die Agenten erklärten, das Reisegeld noch nicht eingetroffen war. Sollte denn den Hamburger Unternehmern das Geld schon so knapp sein, oder trauen sie nach den üblen Erfahrungen mit den in Wien angeworbenen den in allen Winkeln aufgehakelten Arbeitswilligen nicht mehr. Unter den in Holland angeworbenen sollen nur wenige Fachmänner sein. Also viel Glück zu solchen Landreichern.

**Tarifvereinbarungen.** Noch länger als zwei Jahre währenden Verhandlungen traten dieser Tage Tarife in Kraft, die vereinbart sind zwischen dem Hauptverband der Brauereien von Nürnberg, Fürth und Umgegend einerseits, und zwei Brauereivorstellungen, sowie den Verbänden der Württcher, Handelskassensarbeiter, Maschinenisten und Deizer, sowie dem Rührberger Gewerkschaftsverband andererseits. Fast gleichzeitig ist der Tarif der Silberschläger in Kraft getreten, auf Grund dessen jetzt alle Silberschläger von Fürth und die meisten von Schwabach arbeiten.

**Der Buchbinder-Verband** hat eine Urabstimmung vorgenommen über die Frage: Sollen die Vortrefflicher und Ledergeranterie-Arbeiter und Arbeiterinnen (für die bekanntlich seit einiger Zeit ein besonderer Verband besteht) fernerhin noch in den Deutschen Buchbinderverband aufgenommen werden? Die Frage ist mit 3316 gegen 729 Stimmen bejaht worden.

**Ein neues Gewerkschaftsblatt** erscheint vom 5. Juli ab im Verlage der Verbandsbuchdruckerei der Metallarbeiter, Alexanderstraße u. Ue. in Stuttgart: „Der Schläger“, Organ für die Interessen der gesamten Blattmetallgewerbe und für die Publikationen der bestehenden Tarifkommissionen. Das Blatt ist für die Feingolds-, Aluminium-, Silber- und Metallschläger bestimmt. Es soll wöchentlich erscheinen.

### Ausland.

**Bergarbeiter-Streit in Böhmen.** Aus Falkenau wird gemeldet: Die bei der Firma Stord in Unterreichenau beschäftigten Arbeiter, sowie die Arbeiter der Glüd- und Segenwede in Rudin, zusammen 700 bis 800 Mann, haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine einstündige Mittagspause. Aus dem gleichen Anlaß stellten in Zwodau 400 Mann und auf den Schächten der Montan- und Industrialwerke 720 Mann die Arbeit ein. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt.

**Aus Laibach** wird gemeldet: Die Arbeiter am Karawanken-Tunnel sowie die Steinbrucharbeiter von Bishovlad und die Straßenarbeiter beim Wochener Bahnbau sind in den Streit getreten.

**Die Angestellten der kanadischen Nord-Eisenbahngesellschaft** sind mit Ausnahme der Bureaubeamten in den Streit eingetreten. Sie verlangen die Anerkennung ihrer Organisation. Die Arbeiter der Maschinenwerkstätten streifen aus diesem Grunde bereits seit einigen Wochen.

## Versammlungen.

**Der Central-Verband der Maurer** (Sektion der P u e r) hielt am 2. Juli in den Arm in h a l l e u seine Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Gewerkschaftsbewegung. Die Mitglieder stellten auf dem Standpunkt, daß die Führer ein

Recht zu ihren Forderungen haben, nur mit dem Unterschied, daß der Träger aus dem Accord ausgeschlossen werden muß. Die Mehrforderung ist an den Arbeitgeber zu stellen. Folgender Vorschlag wurde aufgestellt: Die Versammelten erklärten, den im Lohnkampf stehenden Bauarbeitern ihre volle Sympathie und verpflichteten sich, bei etwa entstehenden Differenzen, sei es durch die Führer oder andre Ursachen, unter keinen Umständen mit etwaigen sogenannten Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten. Zur Beschlußfassung findet nächste Woche eine öffentliche Versammlung statt. Ein Antrag, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, wurde dem Bezirksführer zur Veranung überwiesen.

**Charlottenburg.** Die hiesige Gewerkschaftskommission hielt am 27. Juni im „Volkshaus“ eine Sitzung mit einer recht umfassenden Tagesordnung ab. Als erster Punkt wurde über die Wahl von Kandidaten zu den Beratungen der Unfallversicherungs-Vorschriften für verschiedene Berufs-gewerkschaften verhandelt. Da für Charlottenburg hauptsächlich nur die Nordöstliche Eisen- und Stahlindustrie-Berufsgenossenschaft, Sektion 2; die Norddeutsche Metall-Berufsgenossenschaft, Sektion 2; die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, Sektion 3; die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, Sektion 8; die Lager-Berufsgenossenschaft, Sektion 3, und die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in Frage kommen, so wurde beschlossen, so schnell wie möglich in den in Betracht kommenden Gewerkschaften die Kandidaten zu wählen und das Resultat dem Obmann der Gewerkschaftskommission, der das weitere veranlassen wird, zuzusenden. Ueber die Beratungen des am 7. Juli im Volkshaus stattfindenden Gewerkschaftsfestes berichtet kurz Rosenberg und wurde im Anschluß hieran bekannt gegeben, daß sich die Sängergemeinschaft der hier im Ort domizilierten Gesangsvereine aufgelöst habe, und es jetzt somit jeder Gewerkschaft freisteht, einen ihrer gütwilligsten Gesangsvereine zu ihren Festen zu nehmen. An Stelle eines auscheidenden Revisors wurde Metallarbeiter Ladentin gewählt. Da am 1. Oktober d. J. der Festtag der gegenwärtigen Gewerkschaftsbergrer diese aufgiebt, so wurde in eine Verhandlung dieser Frage eingetreten. Der Vorschlag, im neuerbauten Volkshaus eine Herberge zu errichten, wurde zurückgewiesen, weil es im genannten Hause an Räumlichkeiten hierzu fehlt. Da die anderen Ansichten, hier in Charlottenburg eine Herberge zu errichten, sehr trübe sind, so wurde ein Antrag Fleming angenommen, der besagt, daß von einer noch zu errichtenden Centralstelle jeder zureisende organisierte Arbeiter 20 Pf. Fahrgehalt und 20 Pf. Fahrgehalt zwecks Uebernachtung in der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses erhalten soll. Hierauf wurde dem Vorschlag des Ausschusses, eine Anstaltsstelle für Arbeiterrechte zu errichten, zugestimmt. Diese befindet sich jetzt in der Wohnung des Metallarbeiters Menge, Bismarckstr. 77, Seitenfl. 2 Tr. und erteilt derselbe jeden Mittwoch und Sonnabend von 6—8 1/2 Uhr abends unentgeltlich in allen in Betracht kommenden Fragen Rat und Auskunft. Es ist noch mitzuteilen, daß Wilke's zur Seession zum ermäßigten Preise von 25 Pf. beim Fabrikarbeiter Kosolowski, Seidenheimerstr. 2, jederzeit noch zu haben sind. Die Schmiebe fehlten entsprechend, sonst waren alle Gewerkschaften vertreten.

**Die Zahlstelle Weihensee des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** beschloß in ihrer außerordentlichen Generalversammlung am 3. Juli: Die Zahlstelle Weihensee erklärt sich mit den Verhältnissen der Berliner Kollegen in Bezug auf den Arbeitsnachweis der Innung einverstanden und erklärt, den Kampf nicht eher aufzugeben, als bis der Nachweis auf positiver Grundlage errichtet wird.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, 21. Frankfurter Str. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Wehse: „Die Evolution“ — Gabe, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Kagen.** Versammlung Sonntag, den 6. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Kamenow, Schönhauser Allee 135. Vortrag des Genossen Schütte.

**Die Zahlstelle Weihensee des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** beschloß in ihrer außerordentlichen Generalversammlung am 3. Juli: Die Zahlstelle Weihensee erklärt sich mit den Verhältnissen der Berliner Kollegen in Bezug auf den Arbeitsnachweis der Innung einverstanden und erklärt, den Kampf nicht eher aufzugeben, als bis der Nachweis auf positiver Grundlage errichtet wird.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, 21. Frankfurter Str. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Wehse: „Die Evolution“ — Gabe, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Kagen.** Versammlung Sonntag, den 6. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Kamenow, Schönhauser Allee 135. Vortrag des Genossen Schütte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Kongregationen und das Ministerium Combes.

**Paris, 4. Juli.** (Deputiertenkammer.) Deuts Coch in interpelliert die Regierung über das jüngst ergangene Dekret, das die Schließung von 135 Kongregationsschulen anordnet. Er erklärt, das Dekret verlege das Gesetz von 1886. G a y r a u d macht der Regierung den Vorwurf, das Vereinsgesetz schlecht zu interpretieren. Der Ministerpräsident Combes erwidert, daß die Kongregationen überall neue Schulen oder neue Niederlassungen gründen, die vorher der staatlichen Genehmigung bedürfen. So habe der Staatsrat interpretiert. Die Regierung sei entschlossen, jeden Widerstand zu brechen, dem Geiste der Revolution zum Siege zu verhelfen und die Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Den gegen diese nicht staatlich genehmigten Kongregationsschulen getroffenen Maßnahmen würden in nächster Zeit mehrere andre folgen. (Stürmischer Beifall links.) Die Kammer beschließt mit 309 gegen 218 Stimmen, daß die Rede Combes' öffentlich angeschlagen werde. Ribot bringt eine Tagesordnung ein, wonach die Entscheidung über die Schließung der Schulen der Kongregationen den bürgerlichen Gerichten zustehen solle. Violette bringt eine Tagesordnung ein, in welcher es heißt, die Kammer billige die Erklärungen der Regierung und rechne darauf, daß dieselbe mit Festigkeit die Durchführung des Vereinsgesetzes überwachen werde. Ministerpräsident Combes erklärt, er nehme diese Tagesordnung an und lehne jede andre ab. Hierauf wird die Tagesordnung Ribot mit 321 gegen 210 Stimmen abgelehnt und die Tagesordnung Violette mit 333 gegen 210 Stimmen angenommen. Sodann wird die Sitzung geschlossen.

**Königsberg i. Pr., 4. Juli.** (B. L. V.) In der heutigen Sitzung des Deutschen Herztagess wurden u. a. folgende Anträge einstimmig angenommen. Erstens: Mitglieder von Krankenkassen sollen die Hilfe jedes Arztes anrufen können, der im Bezirke thätig ist und sich auf die vereinbarten Bedingungen verpflichtet hat. Zweitens: Die gegenseitigen Leistungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sollen vereinbart werden von Kommissionen, die zu gleichen Teilen von Ärzten des Bezirks und Delegierten der Krankenkassen gebildet werden.

**Baden-Baden, 4. Juli.** (B. L. V.) Der ehemalige Präsident des Reichstages Freiherr v. Buol-Verenburg ist heute hier gestorben.

**Admont, 4. Juli.** (B. S.) Ein Tourist, der Lehrer Schreiner, stürzte vom Hochthor ab und blieb sofort tot.

**Stockholm, 4. Juli.** (B. L. V.) Der Hamburger Dampfer „Wilhelm Dehner“, der am 1. Juli in der Nähe von Lulea auf Grund stieß, wurde vom Vergungsdampfer „Velos“ flott gemacht und nach Tussholmsund gefloht.

**London, 4. Juli.** (B. L. V.) Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Vorlage an, wodurch die Bestimmungen, betreffend den Verkauf von berausenden Getränken, verabschiedet werden.

**Johannesburg, 2. Juli.** (Meldung des kaiserlichen Vizekons.) Mehrere Polizisten begaben sich am 29. vorigen Monats nach dem Grundstück der Geldquais-Mine, von mehreren Personen, von denen eine im Verdacht stand, die Eingeborenen zum Niederlegen der Arbeit und zur Rückkehr nach ihren Anwaltschaften aufzureizen, zu verhaften. Während die Verhafteten abgeführt wurden, machten einige eingeborene Arbeiter den Versuch, die Gefangenen zu befreien. Die Polizei nahm darauf auch die Eingeborenen fest. Die Anführer befinden sich noch im Gefängnis, die übrigen Arbeiter wurden mit Geldstrafen belegt.

**Lourenço Marques, 4. Juli.** (B. L. V.) Gestern abend brach am Reiterlands Pier ein Brand aus, der noch nicht gelöscht ist. Die dort befindlichen, dem englischen Oeere gehörigen Gewerkschaften sind vollständig vernichtet.

**Port Said, 4. Juli.** (Meldung des „Reiterischen Bureau“.) Heute ist hier ein Vesfall festgesetzt worden.

Litterarische Rundschau.

Der zweite Abschnitt der französischen Revolution.

Jean Jaures, La Legislation (1791-1792). Band 2 der Histoire socialiste, unter Leitung von Jean Jaures herausgegeben von Jules Rouff et Cie., Paris. 560 S. 40.

Mit dem Zusammentritt der gesetzgebenden Nationalversammlung (1. Oktober 1791) sollte nach Ansicht der Zeitgenossen die Revolution, geschwächt durch den Fortschritt in Frankreich, beginnen. In der neu geschaffenen Verfassung war alle Vorrechte getrocknet, Vergewaltigungen durch den einen oder andern Faktor der Gesetzgebung auszuschließen. Aber die paragrafisierten Sicherheitsvorschriften waren teils überhaupt ungeeignet, teils unter den gegebenen Verhältnissen ungenügend, eine friedliche Entwicklung zu verbürgen, wo der Träger der Krone selbst nicht an die Verfassung glaubte und immer wieder Misstrauen gegen sich heraufbeschwor. Stand es aber mit dem König und seiner Umgebung ganz anders, als die Verfassung verlangte, so trat auch die neue Nationalversammlung ein ganz andres Gesicht als ihre Vorgängerin, aus deren Geist die Verfassung von 1791 geboren war. Doch durchweg andre Männer in ihr sahen, dafür hatte diese Verfassung selbst durch die Bestimmung gefordert, daß kein Abgeordneter der konstituierenden Versammlung Mitglied der gesetzgebenden Versammlung sein durfte. Vor die Notwendigkeit gestellt, überall neue Männer zu wählen, schickte die Wählerschaft zum ersten Male ins Parlament, die auf Grund der neuen Verhältnisse in die Öffentlichkeit getreten und an ihrem Bestehen besonders stark interessiert waren. Mit Ausnahme von Paris, wo die monarchistisch-konstitutionelle Partei siegte, ergaben die Wahlen eine erhebliche Verschiebung nach links.

Jaures beginnt den vorliegenden zweiten Teil seines Wertes mit einer Untersuchung über den Geist, der die bürgerlichen Wähler Frankreichs im Wahlkampf von 1791 bestimmte. Da über diesen Punkt nicht, wie über den Geist der Wahlen von 1789, protokolllarisch ausgekommener Bescheid vorliegt („cadiers“) Auskunft geben, auch von eigentlichen Wahlprogrammen keine Rede war, kann die Stimmung des Landvolks nur aus einer Summe von Thatsachen ermittelt werden, die sichere Schlüsse auf sie erlauben. Sie liegen vor in Berichten über Agitationen auf Seiten der Bauern, um volle Durchführung der in der berühmten Nacht vom 4. August 1789 verkündeten Prinzipien — Abschaffung der Feudalrechte — zu erlangen.

Zwischen jener Prinzipienklärung und der Art, wie sie in der ersten Zeit in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, klafft nämlich ein ungeheurer Unterschied. Die Nationalversammlung hatte am 4. August bloß die persönlichen Feudaldienste für schiedlich abgelehrt, die Geld- und Naturalleistungen aber nur für ablösbar erklärt. Sie hatte die Bauern wohl in die Lage versetzt, die Ablösung dieser Lasten zu erwirken, aber ihnen zugleich die Verpflichtung auferlegt, den vollen Geldwert dafür zu erbringen oder hypothekarisch aufzunehmen. Mehr noch, die Nationalversammlung hatte weiter dekretiert, daß alle rückständigen Lasten ein Pauschal bildeten, das nur in Einem abgelöst werden könne. Dazu schloß aber den Bauern einerseits die Lust, da die Kosten sie nicht gleichmäßig drückten, zum Teil sogar nur für gewisse Fälle auf dem Papier standen, andererseits aber auch die nötigen Mittel. Und so beschränkt schreibt Jaures, „eine der wichtigsten und interessantesten Seiten der revolutionären Aktion von fünf Jahren gerade in den ungeheuren Bemühungen der Bauern, die Durchführung des am 4. August verkündeten Prinzipiums zu erlangen.“ (S. 709.)

„Diese andauernde revolutionäre Aktion, diesen Druck der Bauern auf die Bourgeoisie,“ fährt er fort, „scheinen die großen Historiker der Revolution gar nicht beachtet zu haben. Michetlet, der doch ein so lebhaftes Gefühl für die ökonomischen Interessen hat, hat diesen tiefen Kampf nicht gesehen, Louis Blanc scheint ihn nicht einmal zu ahnen. Dieß man ihn, so scheint es, als ob in der Nacht vom 4. August plötzlich eine Lichtsäule aufstieg und die Revolution einer Offenbarung gleich. So haben die Historiker dem Volk Anblick und Sinn der Revolution falsch dargestellt. Nach ihnen wäre eine neue Gesellschaft, wie eine siedende Quelle, mit einem Saß hervorgezungen. Wohl, selbst in einer heißen Phase der Revolution, in den Jahren von 1789 bis 1795, selbst nach principieller Abschaffung des Feudalsystems, fällt das feudale Eigentum nur Stück für Stück und nach wiederholten Anstrengungen.“

„Ohne die große Fähigkeit der Bauern würde der Feudalismus vielleicht noch in einzelnen Punkten fortbestehen, trotz der leuchtenden Nacht vom 4. August. Selbst in einer ganz und gar revolutionären Epoche vollzieht sich die Expropriation des Feudalismus rückwärts. Ein großes Beispiel für uns, das uns lehrt, die partiellen und schrittweise vor sich gehenden Expropriationen des Kapitalismus nicht zu betrachten.“ (Ebendasselbst.)

Aber gerade weil er nicht mit einem Schlage befreit wurde, blieb der Bauer revolutionär, ein aktiver Faktor der politischen Revolution. Vom Frühjahr 1790 an häufen sich, wosir Jaures ein reiches Material erbringt, die sich bis zu Drohungen und lokalen Aufständen und Gewalttaten steigenden Proteste der Bauern gegen die Auslegung, welche die konstituierende Nationalversammlung dem Dekret über die Abschaffung der Feudalinstitutionen gegeben hatte. Durch Dekret vom 15. März 1790 hatte die Nationalversammlung u. a. verfügt, daß der Beweis dafür, daß eine Geld- oder Naturalleistung nicht in einer ursprünglichen Bodenabtretung, sondern in einer Personalverpflichtung wurzle, vom Bauer erbracht werden müsse, statt umgekehrt vom Feudalherrn. Was das für die Bauern hieß, braucht nicht erst gesagt zu werden, die Erbringung des ihnen auferlegten Nachweises war eine einfache Unmöglichkeit; sind doch selbst heute die Forscher noch nicht darüber einig, worin die Ursprünge der Feudalverpflichtungen zu suchen sind. Und schließlich bestimmte das Gesetz, daß die Einleitung einer Ablösungsklage den Kläger nicht von der Verpflichtung befreite, die bestrittene Abgabe so lange unverlängert fortzuführen, bis der Richterspruch gefallen und rechtskräftig geworden sei. Mit diesen und ähnlichen Bestimmungen, die alle von dem Versteher der ersten Nationalversammlung zeugen, um keinen Preis die Heiligkeit des Eigentums antasten zu lassen, war die pomphastisch ausgearbeitete Deklaration der Bauern der reine Spott geworden und mußte überall die lebhaftesten Jornausschreie hervorrufen.

Aus vielen Umständen kann man einen Rückschluß ziehen auf die drohende Haltung der Landbevölkerung vor Beginn und während der Wahlen des Jahres 1791. Andre Umstände, wie der Mißstand des Königs zc. trugen dazu bei, den Wählern die Wahl von entschiedenen Anhängern des neuen Standes der Dinge nahelegen. Aber der neue Stand der Dinge war nur nach gewissen Seiten hin einigermaßen bestimmt abgegrenzt; sonst war die Unsicherheit noch groß, und wenn die neue Kammer keine Verteidiger des alten Regime mehr in ihren Reihen zählte, so war sie nur um so mehr dem bürgerlichen Besitz ergeben. Indes ließ die Agitation nicht ab, und so ward im Juni 1792 ein Gesetz beschließen, das wenigstens mit Bezug auf die laziellen Feudalrechte den Wünschen der Bauern nachkam. Und auch der erste Paragraf dieses Gesetzes drang nur insoweit eines Wanders der Linken durch, in einer Sitzung (14. Juni), aus der sich fast die ganze Rechte schon entfernte hatte. „Verständlich“, schreibt Jaures, „in der Nacht vom 4. August herrschte, obwohl der Adel vollständig in der konstituierenden Nationalversammlung vertrieben war, Einmütigkeit zu Gunsten der Proklamation, durch welche das Feudalsystem im Prinzip für abgeschafft erklärt wurde. Und in der anschließlichen bürgerlichen gesetzgebenden Versammlung findet sich kaum eine Mehrheit, um einen Teil der Feudalrechte wirklich abzuschaffen. Dies, weil es sich in der Nacht vom

4. August um eine Prinzipienklärung, am 14. Juni 1792 aber darum handelte, gegen greifbare Interessen einen empfindlichen Schlag zu führen.“ (S. 700.) Wir brauchen aber nicht erst hinzuzufügen, um wieviel interessanter als die pomphastischen Reden, welche an den großen Tagen der Revolution gehalten wurden, für uns heute die Debatten und Vorkommnisse sind, die sich an scheinbar so kleine und faktisch doch so bedeutsame Abstimmungen, wie die zum 14. Juni 1792, knüpften.

Schwankend wie ihre Stellung zum feudalen Eigentum ist auch das Verhalten der gesetzgebenden Versammlung zum Königtum. Jährlich principiell den Krieg zu erklären, kam anfangs den wenigsten ihrer Mitglieder in den Sinn.“ Und doch fühlten die meisten, daß von einem ehelichen, Bestand versprechenden Frieden zwischen König und Volksveteranen nicht die Rede sein konnte. Es herrschte ein intensives gegenseitiges Misstrauen, das zu fortgesetzten Reibungen und Reizungen führte. Nicht in der Lage, den Kampf daheim auszufechten, schauten sowohl der Hof wie die nunmehr im Parlament maßgebende Partei, die Girondisten, für die Lösung des Problems nach dem Auslande. Der Hof erwartete sie von der Intervention der auswärtigen Mächte, die Partei der Girondisten von einem Kriege mit diesen Mächten. Dort war insbesondere die Königin treibend am Werk, während der König unschlüssig blieb; bei den Girondisten arbeitete, wie Jaures eingehend nachweist, vornehmlich Brissot de Warville auf den Krieg hin, im Gegensatz zu den Demokraten der äußersten Linken, Robespierre und Genossen.

Es ist ein sehr interessantes und lehrreiches Kapitel, dieses Spiel der Parteien im Hinblick auf die auswärtige Frage, und die nahezu hundertseitige Quartseite, die Jaures ihm widmet, enthalten die Einzelheiten dieses so verhängnisvollen und zum Teil mit so wenig Verantwortlichkeitsgefühl getriebenen Spiels und die dabei wirkenden Motive aufs anschaulichste. Je heller es vor unser Auge tritt, um so mehr Vergleichspunkte bieten sich bei aller sonstigen Verschiedenheit mit den Winkelspielen des Parteilebens der Gegenwart dar, und der Verfasser verfehlt denn auch nicht, von Zeit zu Zeit Anwendungen für die Gegenwart zu ziehen. Aber trieben hart ist sein Urteil Ludwig XVI. gegenüber. Man kam durchaus zugeben, daß Ludwig sich politisch schuldig machte, als er durch auserwählte Mittelspersonen die Intervention des Auslandes anrufen ließ, aber man wird ihm doch menschlich so viel zu gute halten müssen, daß seine Lage eine ganz abnorme war und sein Verhalten daher nicht mit dem eines Monarchen in konsolidierter Stellung verglichen werden kann. Gerade indem er das unwahre Spiel des lauteften Führers der Girondisten aufdeckt, liefert Jaures das Material, das zu Gunsten der Jubiläumsgewaltmildernden Umstände an Ludwig XVI. spricht, allerdings nur menschlich und nicht auch politisch milderende Umstände.

Jaures' volle Sympathie ist in dieser Epoche bei den Demokraten, die sich dem Kriegsgeschrei widersetzen. In der That ist die Sprache der Demokraten und ihrer Blätter zu jener Zeit höchst bemerkenswert. Das große Publikum kennt sie nur aus Zeitläuften, wo die Leidenschaft aufs höchste gespannt waren; es ist darum um so wertvoller, zu erfahren, wie sie in ruhigen Zeitläuften lautete.

„Daß der König, daß die Minister und der Hof den Krieg wollen; daß die Aristokraten den Krieg wollen; daß die Fanatiker den Krieg wollen; daß alle Feinde der Freiheit den Krieg wollen, daran ist nichts Wunderliches. Der Krieg kam ihren widerwärtigen Plänen nur nützen. Aber daß auch eine Anzahl von Patrioten den Krieg wollen; daß die Meinung der Patrioten über den Krieg geteilt sein kann, das befreit man nicht, und doch ist es eine Thatsache, die wir vor uns sehen.“

So schreibt in der Woche vom 17. bis zum 24. Dezember das Organ von Robespierre und Brissot, die „Revolution de Paris“. Damals standen die Girondisten noch mit dem linken Flügel der Jakobiner in einem Lager, dem der Patrioten, wie der Sammelname der Anhänger der Volkssache lautete.

„Die französische Ehre sei verlegt,“ heißt es weiter. „Und angeblühliche Patrioten führen diese Sprache! Auch Ludwig XVI., auch Robespierre, die Feindeslöhner und die Ministerialisten sprechen so zur Nation die Sprache der Ehre.“ Noch einmal, die freien Männer haben nie gewußt, was die Ehre ist. Die Ehre ist die Würde der Sklaven; die Ehre ist der treulose Talsman, mit welchem man die Tyrannen die heilige Sache der Menschheit hat zu Füßen werfen sehen.“

Und Robespierre ruft Brissot im Jakobinerklub ironisch zu: „Wacht nicht, ihr nehmt die Eroberung Deutschlands gleich selbst auf euch, ihr führt unsre triumphierende Armee bei allen Nachbarvölkern spazieren, ihr seht überall Municipalitäten, Direktorien, Nationalversammlungen ein. . . .“ — Leider strafte die Wirklichkeit und der gesunde Menschenverstand diese herrlichen Prophezeiungen Lügen; es liegt in der Natur der Dinge, daß der Marsch der Vernunft nur langsam vorwärts geht. Die überspannteste Idee, die in dem Kopf eines Politikers aufstehen kann, ist, die Einbildung, daß es für ein Volk genügt, mit bewaffneter Hand bei einem andern einzuziehen, um dieses zu bewegen, seine Gesetze und seine Verfassung anzunehmen. . . . Bevor sich die Wirkungen unsrer Revolution bei den auswärtigen Nationen fühlbar machen sollen, muß sie selbst befestigt sein. . . . Man giebt sich einer überponnten und albernen Vorstellung von den Dingen hin, wenn man glaubt, daß in dem Moment, wo ein Volk sich eine Verfassung giebt, alle andren sofort diesem Zeichen folgen.“

So der spätere Schreckensmann im Anfang Januar 1792. Ohne sich zu verhehlen, daß für Robespierre eine teilweise sehr richtige Auffassung der heimischen Sachlage maßgebend war, zeigt sich Jaures doch sehr zufrieden darüber, daß gerade dieser und dessen Freunde die Kriegspolitik bekämpften. „Es freut uns“, schreibt er, „daß gerade die am ausgeprochensten demokratische Partei, daß die Partei, die aus der Volkshoheit eine Wahrheit machen wollte, es war, die sich dem Krieg am energischsten widersetzte. Später, wenn der Krieg ausbrach, wenn das Frankreich der Revolution seine Freiheit gegen eine verschworene Welt zu verteidigen haben wird, werden die demokratischen Revolutionäre ihn mit unbeschämter Energie unterstützen; aber solange der Friede ihnen möglich erschien, haben sie selbst gegen die Volkshoheit für Erhaltung des Friedens gekämpft.“ (S. 889.)

Der Fehler Robespierres zu jener Zeit war nach Jaures, daß er das Vertrauen in die Kräfte der Revolution verloren hatte und daher der Politik der Girondisten keine aktive Politik, sondern nur Kritik entgegen zu setzen wußte. Sie wirkten zu bekämpfen, bedurfte es einer Aktionspartei, die keine Kriegspartei war, und da sie fehlte, siegte die Politik der Girondisten. In der That hatte damals bei den Männern der äußersten Linken eine stark pessimistische Stimmung um sich gegriffen, die u. a. auch in Marats Artikeln deutlich zum Ausdruck kommt. Aber diese Ansicht war nach Jaures irrig, und ein besserer Dolmetscher der Volksempfindungen als Marat ist ihm Götter, der noch mehr als jener verurteilte Herausgeber des „Père Duchesne“. Eine Parallele, die er auf S. 1050 hinsichtlich dieser beiden Männer zieht, ist ein Meisterwerk feiner Psychologie. Hier einige Stücke daraus:

„Der Schour der Jakobiner begann damals: Ich schwöre, dem Gesetz und dem König treu zu sein und mit allen Kräften die von der Nationalversammlung beschlossene und vom König angenommene Verfassung aufrecht zu erhalten.“

„So plump und absichtlich plump das Blatt Geberts auch sein mag, so spüre ich oft in ihm den großen Herzschlag der Volksempfindungen. Steht im affektierten Jargonismus des „Père Duchesne“, wie man oft gesagt hat, Komödiantentum und nichts weiter? Ich kann es nicht sagen, und ich verabsichere diesen Gossensstil, der die Proletarier herabdrückt; aber er ist aufrichtig in dem Sinne, als er instinktmäßig das Volkgefühl versteht und es ohne Miße wiederpiegelt. Marat ist ein Eingänger, der in seinem Kopf ein ganzes Revolutionssystem konstruiert hat und es während den Ereignissen und den Menschen aufzoteln will. In jeder Krisis der Revolution, und welches auch das Empfinden der Menge sei, ist es ein Diktator, den Marat vorschlägt, ein militärischer Tribun, der die Verräter abhauen soll. Sicher hört er bis zum Grund seines Kellers das Lärmen der Menge, die Schreie der Not, das Jischeln des Verrats, und er antwortet darauf mit durchdringenden Ausrufen und fürchterlichen Worten. Aber dieser Jörn ohne Pause, dieser ewige Verdacht erwidern das Volk; es muß zuweilen Atem schöpfen, es hat nicht immer das Fieber, es giebt sich den leichten Freuden des Lebens hin, atmet Luft, Sonne, Vertrauen, schenkt den Menschen Glauben. . . . Der Père Duchesne ist im Gegensatz zum Mann des Kellers der Mann der Straße und der Menge — der Kifererei, wo man den guten Wein trinkt, indem man auf die Aukläufer schimpft, die ihn verteuern. Er überwaacht die Volkstribunen, ist mit ihnen zufrieden oder demunziert sie; aber er hat für sie eine Art derber Gerechtigkeit, die dem im Wolfe stehenden Bedürfnis zu Lieben entspricht. . . . Während so Marat erschöpft und verzweifelt sich einbildet, daß es nichts mehr zu sagen und zu thun giebt, weil man allerseits die buchstäbliche Beobachtung der Verfassung predigt, paßt sich Götter diesen vorübergehenden Vermittlungen an und geht vertwegen seinen Weg fort. Vom 15. Dezember bis zum 12. April läßt Marat, dessen Blatt sich fast nicht mehr verkauft, seine Feder sinken, der Père Duchesne dagegen ruft mit wachsendem Erfolg an den Strageneden seine großen Jornausschreie, seinen großen Kummer und seine großen Freuden aus:

„Ich bin der wahre Père Duchesne. Gott verdammte!“ Indes genigte die Stimme des Père Duchesne nicht, und der Klub der Cordeliers ersucht Marat, wieder das Wort zu nehmen. Der Brief ist von Götter als Präsidenten unterzeichnet, und am 12. April 1792 erscheint der „Ami du Peuple“ wieder. „So läßt sich das Volk sozusagen mittels zwei Stimmen vernehmen, die eine spöttisch, jovial und oft ordinär, die andre herbe, schneidend, von Leidenschaften und Ideen zitternd, bald der Ausdruck wütender Verirrungen und bald der prophetischer Accente.“ (1060.)

Es ist aber keineswegs die politische Frage in der Form der auswärtigen Politik, welche Frankreich in dieser Epoche bewegt. Zu der schon belichteten Frage der Ablösung der Feudallasten gesellen sich wirtschaftliche Fragen verschiedener Art. Mit ihnen beschäftigt sich Jaures sehr eingehend in dem Kapitel „Die ökonomische und soziale Bewegung im Jahre 1792“, das, über 200 Seiten im Quartformat stark, für sich schon ein ganzes Buch ausmacht und eine Fülle höchst interessanter Thatsachen über das wirtschaftliche Handeln und Denken der Nation in dieser Epoche erbringt und beleuchtet.

Entsprechend dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand ist es weit mehr der Handel als die Produktion, an den die wirtschaftlichen Kämpfe der Epoche anknüpfen. Die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern treten oder vielmehr bleiben zurück hinter denen von Kaufleuten und Volk der verschiedenen Klassen. Die großen Warenhändler, die Geldwechsler, die Industriellen als Verkäufer, sie sind es, die immer wieder durch Preistreiberien die Lebenskosten wieder hochsetzen.

Der große gewerbliche Aufschwung, den die Revolution in ihrem ersten Jahre zur Folge gehabt hatte, war an sich schon geeignet gewesen, die Preise der Lebensmittel in die Höhe zu bringen, und sicher waren manche Vorgänge auf dem Warenmarkt, die vom Volk als das Werk teuflischer Mächte betrachtet wurden, die natürliche Folge der geänderten Wirtschaftslage, wozu dann allerdings erhöhte spekulative Ausnutzung der günstigen Handelskonjunkturen trat. Der Volksmasse aber leuchtete die Freiheit des Wuchers mit den wichtigsten seiner Bedarfsartikel nicht ein, und so gab es immer wieder Aufstände oder tumultuarische Demonstrationen gegen die Verteurer, während in der Gesetzgebung bürgerliches Klasseninteresse, ideologischer Doktrinarismus und humanitäre oder demagogische Rücksicht auf die Volksmasse mit einander darüber stritten, ob und wie man in solchen Fällen einzugreifen habe.

An Konflikten dieser Art, die ja nur den gegensätzlichen Charakter der modernen Wirtschaftsordnung widerspiegeln, ist die Geschichte der Revolution überreich. Unter andern gehören hierher die Debatten über die Kolonialfrage, die im Winter 1791/92 aus Anlaß von Aufständen auf der Insel Dominique die gesetzgebende Versammlung lebhaft beschäftigten. Die Interessen der großen Pflanzler und Kohrzuckerfabrikanten, der unbemittelten weißen Einwanderer, der Mulatten, der freigelassenen Farbigen und die Fürsorge für die Regensklaven standen sich in verschiedener Hinsicht gegenüber und fanden ihr Echo in entsprechenden Kreisen der heimischen Bevölkerung: bei Reedern und Großkaufleuten, Parteigängern des absoluten Eigentumsrechts, Liberalen, Demokraten, Philanthropen.

Es hat heutzutage, wo die Kolonialfragen wieder lebhaft diskutiert werden, einen besondern Reiz, die damaligen Debatten nachzulesen, und die Dokumente, die Jaures aus ihnen wiedergiebt und glossiert, sind überaus interessant. Trotzdem die gesetzgebende Versammlung rein bürgerlichen Charakter trägt, und gerade die in ihr zur Herrschaft gelangte Partei, die Girondisten, ihre Hauptstütze in den Hafenstädten, vor allem Bordeaux, hat, wo das Interesse der großen Pflanzler und Zuckerfabrikanten im Vorkriegtum viele Teilhaber und Mitinteressenten zählte, muß doch schließlich dieses nachgeben. So stark ist der Humanitätsgedanke und die Mitfühlungen der soeben vertriebenen Rechtsprinzipien, daß die Versammlung, wenn sie auch noch nicht so weit geht, die Sklaverei der Schwarzen kurzweg aufzuheben — selbst Marat schenkte sich damals noch, diese Forderung zu stellen — doch den freien Farbigen und Mulatten das volle Bürgerrecht zuerkennen. Und man muß nicht meinen, daß die Kammer nicht wußte, was sie damit that. Es ist ganz falsch, den humanitären Geist des Dekrets etwa als ein Produkt abstrakter Ideologie hinzustellen, der die Wirklichkeit ein Buch mit sieben Siegeln ist. Eine Darlegung Brissots über die Lage auf den Kolonien, das Jaures mitteilt, übertrifft durch die scharfe Hervorhebung der dort spielenden Klassengegensätze und „beweist von neuem, wie oberflächlich und eitel der Vorwurf der „Ideologie“ an die Adresse der gleichzeitig so idealistischen und so realistischen Revolution ist“ (Jaures, S. 975).

Die Unruhen auf den Kolonien hatten im Frühjahr 1793 als Rückwirkung eine Aufreibung des Zuckerpriests. Von 1.50 Livres das Pfund schmolte er plötzlich auf 3 Livres in die Höhe, und das Volk von Paris, das dahinter ein Manöver der Aukläufer witterte, erhob sich, kramte und plünderte verschiedene Magazine. Bezeichnend ist, wie das Volk zwischen der soeben veränderten Freiheit und der Freiheit des Lebensmittelwuchers unterscheidet. In einer Petition des Stadiviertels der Gobelins (südliches Paris) an die Nationalversammlung, die Jaures mitteilt, heißt es unter andern: „Wir hören diese erbärmlichen Aukläufer und ihre schändlichen Kapitalisten ein einwenden, daß das verfassungsmäßige Staatsgesetz die Handelsfreiheit verleihe. Kann es ein Gesetz geben, welches das Grundgesetz aufhebt, das im Artikel 4 der Menschenrechte sagt: „Die Freiheit besteht darin, alles thun zu dürfen, was dem

andern nicht schadet", und im Artikel 6: „Das Gesetz darf nur Handlungen verbieten, die dem andern schaden!" Wohlan, wir fragen Euch, Gesetzgeber und unsere Vertreter, heißt es nicht, dem andern schaden, wenn man unbedingt notwendige Lebensmittel aufkauft, um sie nur zum Preis von Gold zu verkaufen? ... Die Aufhebung der Einfuhrzölle verspricht uns eine glückliche Zukunft, sie zeigte uns das gelobte Land, und wir hoffen es zu betreten. Ein vom Egoismus und der Habgier enttäuschten Angewitter scheint uns hinwegzutreiben, Ihr werdet es zerstreuen. Dies der Beweggrund unserer Reklamationen. ... Wir verlangen, daß die Municipalitäten von Euch bevollmächtigt und angewiesen werden, die Magasinbestände zu überwachen, damit sie nicht fortgeschafft und auf verbrecherische Weise verwendet werden, und daß sie wenigstens dem Volke, das schon sehr lange unter der schrecklichen Verteuerung der notwendigen Lebensmittel leidet, Erleichterung schaffen." Ohne daß es klar ausgesprochen wird, kündigt sich hier schon das Verlangen an, das später im Maximungesetz des Konvents seinen Ausdruck findet. Im übrigen zeigt auch diese Petition, wie in der Volksauffassung das Wort Freiheit einen umfassenden und konkreten Sinn erhält, der das Gegenteil des Laß-gehen-und-geschehen ist. (Jaurès, S. 999).

Die eingerissene Verteuerung der Lebensmittel wird beiläufig zum Teil eine natürliche Folge des großen geschäftlichen Aufschwungs, den die Revolution zunächst zur Folge gehabt hatte. Dasselbe gilt von dem Problem der Assignaten, das in der behandelten Epoche die Geister zu beschäftigen beginnt — allerdings in ganz anderer Gestalt, als wie zwei Jahre später. Anfangs 1792 sind wenigstens die kleinen Assignaten noch so begehrte, daß sie nur mit einem Anschlag erhältlich sind. Dieser Mangel an flüssigen Zahlungsmitteln wird zum Anlaß des Aufstehens von allerhand Petteibanken spekulativen Charakters mit dem üblichen Gefolge von Schwindelgeschäften aller Art, riesenhaften Gewinnen auf der einen, zahlreichen Verlusten auf der andern Seite.

So sammelt sich überall neuer Stoff zu Klagengegenständen verschiedenster Art auf. Wir bebauern, diese Entwicklung hier nicht im einzelnen verfolgen zu können, sie zeigt in wunderbarer Weise, wie die Köpfe durch die Ereignisse brisante Schritte für Schritt auf die Ausarbeitung der Ideen geführt werden, die in der abgeschlossenen Form, wie sie auf uns gekommen sind, uns je nachdem als übermenschliche Utopien oder wie Genialitäten anmuten.

Interessant ist ferner, wie lange das revolutionäre Bürgerturn den schon damals angestellten Versuchen Trost bietet, es durch den Hinweis auf die Gefahr von unten, durch Auspielung der Begehrlichkeit der Besitzlosen ängstlich zu machen. Die allerhand Revolten der Massen vermögen nichts an der Tatsache zu ändern, daß die

Revolution noch im Aufstieg begriffen ist. Die thörichte Politik des Hofes und seiner Parteilager im In- und Auslande sorgt dafür, daß alle Miße und Spaltungen im Lager der Revolution diese nicht hindern, den Gegnern in entscheidenden Momenten eine geeinte Front zu zeigen, bis im August 1792 das tölpelhafte Manifest des Herzogs von Braunschweig zum Sturm auf die Tuilerien und zur Einberufung des Nationalkonvents führt. Im Bewußtsein der Thatsache, daß es die ihm feindlich gegenüberstehenden Mächte nur besiegen kann, wenn es die Massen an seine Fahnen leitet, unter dem Druck der nunmehr in Paris dominierenden revolutionären Sektionen und Truppenteile erläßt am Tage des Tuileriensturms das in der gesetzgebenden Versammlung vertretene revolutionäre Bürgerturn die Verfügung, welche für die Wahlen zum Konvent und die späteren Parlamente das allgemeine Wahrecht festsetzt:

„Von dem Punkt getragen, in dem Moment, wo sie friedlich die Freiheit und Gleichheit beschwören, am gleichen Tage die Anwendung eines so heiligen Prinzips für das Volk sicher zu stellen, bestimmt die Nationalversammlung, daß in Zukunft, und insbesondere für die Bildung des bevorstehenden Nationalkonvents, jeder französische Staatsbürger, der 25 Jahre alt, ein Jahr anständig ist und vom Produkt seiner Arbeit lebt, in den Gemeindeversammlungen und den Urwähler-Versammlungen wie jeder andre aktive Staatsbürger und ohne jede andre Unterscheidung zur Ausübung des Stimmrechts zugelassen sein soll."

Zwei Tage später setzte die Versammlung die Altersgrenze von 25 auf 21 Jahre herab und hob auch für die Wählbarkeit die Unterschiede zwischen aktiven und passiven Staatsbürgern auf.

Diesen bemerkenswerten Beschlüssen folgen nunmehr eine Reihe Gesetze, welche die Aufhebung der Feudallasten erst zur Wahrheit machen. Alle herrschaftlichen Rechte werden unterschiedslos für verfallen, für ohne Entschädigung abgekauft erklärt, die nicht von einem Kauf herrühren, für den der Käufer dieser Rechte den dokumentarischen Beweis zu erbringen vermag. Zugleich wird der Verkauf der Güter der ins Ausland geflohenen Adligen in kleinen Abteilen und die Aufteilung der Gemeindegüter zu gleichen Teilen an die Gemeindeglieder verfügt. Soweit die französische Revolution die Bauern befreit hat, kann man die Befreiung mit weit größerem Recht als vom 4. August 1789 vom 10. August 1792 datieren. Aber unzweifelhaft wird der 10. August 1792 als das Datum der ersten Verkündung des allgemeinen Wahrechts ewig denkwürdig bleiben.

Durch die gesetzgebende Versammlung, so sagt Jaurès das Wirken dieser Körperschaft zusammen, hat sich die Demokratie erst der zahllosen plumpen und feinen Fägel entledigt, mit denen die Verfassung von 1791 sie gebunden hatte, und das Volk, dessen Bewegungen sie zwar nicht immer rückhaltlos unterstützt, aber noch

weniger durchkreuzt hat, hat gegen Ende 1792 an politischer und sozialer Macht erheblich gewonnen. Die allgemeine Volksbewaffnung, das allgemeine Stimmrecht, die durch kein Gegengewicht beeinträchtigte Selbstherrlichkeit der Nation, die wirksame und fast vollständige Abschaffung des Feudalismus, die gewaltige Enteignung des Adels im Anschluß an die Enteignung der Kirche — das sind die lebendigen Kräfte, welche die gesetzgebende Versammlung dem Konvent hinterläßt. (S. 1810).

Aber — diesem letzteren bleibt der unmittelbare Kampf, mit der Gefahr vorbehalten. Er hat den Krieg nicht vorzubereiten, sondern ihn zu unterhalten. Er hat den König nicht zu suspendieren, sondern ihn abzustutzen und ein neues Regierungsgebäude aufzurichten."

Wir haben im Vorstehenden nur ein kühnhaftes Bild vom Inhalt des Jaurès'schen Buches gegeben. So fehlen u. a. die äußerst interessanten Auseinandersetzungen über die ersten Schritte zur Organisierung eines nationalen Unterrichtswesens und die Vergleichung der betreffenden Entwürfe von Talleyrand und Condorcet, die sich von einander unterscheiden, wie der Geist der konstituierenden von dem der gesetzgebenden Nationalversammlung. Es fehlen ferner die so wichtigen Parteien aber das Vordringen der Demokratie und des demokratischen Geistes in den Sektionen von Paris und den Föderationen des Volksherces, die inneren Kämpfe der Parteien und die Entwicklung der Parteiführer, und es fehlen schließlich die mit hinreichender Lebendigkeit und Wärme geschriebenen Schilderungen der großen historischen Zusammenstöße. Wir hätten ein ganzes Buch schreiben müssen, um auf all' das einzugehen.

Wie wir schon angedeutet haben, ist das Jaurès'sche Buch nicht ohne Fehler. Vor allem leidet daran, daß es — kein Buch ist. Seine Einteilung ist ganz entseflich unbedacht, man würde sie eher bei einem Angehörigen irgend welcher andern Nation, als bei einem Franzosen vermuten. Kapitel von 150 und 200 Seiten im Quart wechseln mit solchen von 34 und 17 Seiten. Es ist der unsymmetrischste Block, den man sich nur denken kann. Es ist durchaus ungleich gearbeitet und setzt — was im heutigen Frankreich freilich begreiflich genug — im Grunde beim Leser schon eine ziemliche Kenntnis der Revolutionsgeschichte voraus, die es oft mehr kommentiert als mitteilt. In der That ist es vorwiegend ein Kommentar der landläufigen Geschichtsbücher. Als einen solchen, als Buch, aus dem man die Geschichte nicht erst kennen, sondern verstehen lernen soll, muß man es aufpassen, um ihm gerecht zu werden. Aber so unsymmetrisch der Block ist, so herrlich ist das Material, aus dem er besteht, und je näher wir uns mit ihm befassen, um so feinere, den Beschauer hinreichende Arbeit werden wir an ihm erkennen. E. B.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 4. Juli 1902.

Stagnation ohne Ende! Auch in der letzten Berichtswoche bot der Börseverkehr nichts, was einer ausführlicheren Berichterstattung wert wäre. Die Grundtendenz war zwar fester als in voriger Woche und die leitenden Industrie- und Bankwerte haben durchweg nicht nur ihren Kursstand zu behaupten vermocht, sondern teilweise sogar, wenn man die Couponabzinsung mit berücksichtigt, kleine Anwesen erzielt; aber die Umsätze waren so gering und der Geschäftsvollzug ein so schwerfälliger, wie früher selbst nicht in den heißesten Wochen des Hochsommers, wenn die großen Paulette in Widdroy oder Heringsdorf Erholung von den Strapazen des Kurstreibens suchten. An Anregungen, die der Spekulation Anlaß zu größeren Operationen hätten bieten können, fehlte es gänzlich, und ebenso wenig fand die Konternine Gelegenheit, nachhaltig auf die Kurse zu drücken. Die einzelnen Gerüchte und Meldungen über den besseren Zustand des englischen Königs, über angebliche Abzinsungsveränderungen im Ruhr-Kohlenrevier, die Verlängerung des Schienenbaues und die Lage auf dem amerikanischen Eisenmarkt befestigten zwar die Tendenz, erwarteten aber in der allgemeinen Vermittlung nur geringe Nachfrage, so daß sich das Geschäft in engeren Grenzen hielt.

Bekanntlich hatte schon durch ein Rundschreiben vom 17. Februar der Centralverband deutscher Industrieller" die bedeutendsten Syndikate und Unternehmerverbände zu einer Konferenz eingeladen, die dann auch am 9. April stattfand und den Beschluß faßte, die vorbereitenden Schritte für die Schaffung einer gemeinsamen Vertretung der deutschen Kartelle im Anschluß an den Centralverband zu thun. Wie weit diese vorbereitenden Schritte gediehen sind, wissen wohl nur die Leiter des Verbandes, daß dieser aber inzwischen ein gut Stück Weges zur Verwirklichung seines Planes der Zusammenfassung aller Syndikate zu einem Syndikat und Trugkartell vorwärts gekommen sein muß, zeigt ein neues Rundschreiben an die verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Syndikate und Kartelle, in dem von diesen zur Abwehr der gegnerischen Versprechungen und Agitationen ein Vertrag, von nicht unter 100 Kartell" verlangt wird mit der Begründung:

„Das Direktorium des Centralverbandes hat wahrgenommen, daß im Reichstage und in Landtagen einzelner Bundesstaaten gegen das Kartellwesen Anträge erhoben wurden, die auch in einem Teil der Tagespresse und in der öffentlichen Meinung Widerhall fanden. Es war nicht zu verkennen, daß diese Bewegung in dem Streben ausläuft, die Staatsregierung zu Eingriffen gesetzlicher oder sonstiger Art in das Kartellwesen zu bestimmen. Bei dieser Sachlage konnte das Direktorium die in neuerer Zeit auf andern Gebieten gemachten Erfahrungen nicht unbeachtet lassen, nach denen solche in der öffentlichen Meinung hervorbreitenden Bestimmungen mehrfach zu tatsächlichen Erfolgen geführt haben."

Es handelt sich also um die vorläufige Anlegung einer Kartellklasse, deren Mittel einmal dazu dienen sollen, die Anträge der Tagespresse gegen das „Kartellwesen" abzuwehren, d. h. in die Presse — natürlich gegen entsprechende Vergütung — solche Artikel und Notizen zu lancieren, die für die Syndikatspolitik eintreten, und zweitens ein Eingreifen der Regierung zu verhindern — vielleicht durch Anwendung ähnlicher Praktiken, wie sie die Aufdeckung der bekannten 12 000 Kartell-Affäre enthält hat.

Das in diesem neuesten Rundschreiben des Centralverbandes enthaltene offene Eingeständnis, daß der Verband mit allen Mitteln eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung wie der Regierung erstrebt, ist recht interessant und wenn in nächster Zeit wieder Kartell-Abzinsungs-Artikel einer gewissen Art in der Presse erscheinen, wird man wissen, woher sie stammen; aber neu ist dies Streben der Herren Gued und Konsorten für den, der mit einiger Aufmerksamkeit die Leistungen der „Deutschen Industrie-Zeitung" und gewisser vom Direktorium des Centralverbandes alimentierter und inspirierter Berliner und rheinischer Blätter verfolgt hat, keineswegs. Ausführlich ist die Politik, die der Verband in Bezug auf das Syndikatswesen einzuhalten gedenkt, bereits im Dezember-Januar in einer Artikelserie der „Deutschen Industrie-Zeitung" behandelt, die den Chefredakteur dieses offiziellen Organs des Centralverbandes, Herrn Steinmann-Bücher, zum Verfasser hat. Später sind dann diese Artikel erweitert und zu einer „Denkschrift" verarbeitet worden, die den Leitern des Centralverbandes zur Begutachtung eingeleitet wurde. In dieser Denkschrift, die vor einigen Wochen in Broschürenform veröffentlicht worden ist, wird nach einer längeren Einleitung über die „Arbeitsmüdigkeit" und „wirtschaftlich erzieherische" Wirkung der Syndikate, denen der Verfasser als besonderes Verdienst anrechnet, daß sie nach Ausdruck der Krise die Preise der Rohstoffe, vornehmlich Kohle und Eisen, hochgehalten haben, auf die Beschäftigung des Reichsamtis des Innern mit der Kartellfrage und auf die Möglichkeit hingewiesen, daß infolge der angestellten Untersuchungen und des gegenständlichen Einflusses anderer Ministerien das Reichsamt seine jetzt gewiß „nicht feindliche" Stimmung gegen die Kartelle ändern könne. Zur Vorbereitung darauf wird empfohlen: „Aber gerade diese Frist sollte von der Industrie, von den Kartellen benötigt werden, um sich selbst auf das Kommende vorzubereiten und im gegebenen Fall mit den erforderlichen Unterlagen

ausgerüstet zu sein; denn die von allen Seiten angegriffenen Kartelle haben ein Interesse daran, daß die Anschauungen der amtlichen Kreise, welche bis jetzt im allgemeinen den Kartellen günstig sind, auch durch die eingehendsten Untersuchungen nicht umgewandelt werden können, sich vielmehr in eine entsprechende Haltung in Gesetzgebung und Verwaltung umsetzen."

Alle diese Vorgänge auf gesetzgeberischem und rechtlichem Gebiete lassen die Industrie, insbesondere aber die in Kartellen organisierte Industrie veranlassen, die Kartellfrage nicht allein von ihrer rein praktischen, sondern auch von ihrer mehr theoretischen Seite in Angriff zu nehmen, um für alle Fälle vorbereitet und besser unterrichtet zu sein, als die Organe der Kartelle."

Als die Industrie, d. h. natürlich der Centralverband deutscher Industrieller, soll alle zur Vertiefung nützlichen Materialien sammeln, und diese dann herab verwenden, daß die den Kartellen günstigen Anschauungen der „amtlichen Kreise" auch durch die eingehendsten Untersuchungen nicht umgewandelt werden. Der Vorschlag zeigt deutlich, wie hoch das Maßgebend der Leiter des Verbandes gestiegen ist und in welchem Maße sie die amtlichen Kreise, unter denen in erster Reihe das Reichsamt des Innern zu verstehen sein dürfte, ihrem Einfluß für zugänglich halten; vermessen sie sich doch selbst die Wirkung der „eingehendsten Untersuchungen" zu paralysieren. Die 12 000 Kartell-Affäre muß, danach zu urteilen, ihre Hochschätzung für die ministerielle Intelligenz nicht gerade gefördert haben.

Als Mittel für den obigen Zweck fordert Herr Steinmann-Bücher eine Verbindung der Kartelle und Syndikate sowie die Errichtung einer „Gemeinschaftsstelle", die den einzelnen Vereinigungen mit Rat und That beizustehen hat, sich mit der Gesetzgebung und Rechtsprechung über die Kartelle befaßt und der außer der Sammlung von Büchern, Abhandlungen und Artikeln über die Kartellfrage die Aufgabe zufällt, „ausklärend und richtigstellend zu wirken und die Verbindung zwischen den Kartellen und der Presse zu beeinflussen oder herzustellen."

Ein fauberes Projekt, das, wenn es zur Verwirklichung gelangt, der Arbeiterschaft noch die Androhung eines Strafgesetzes mit dem Centralverband in Aussicht stellt. Uebrigens scheint es den Leitern keineswegs nur um die Beeinflussung der „amtlichen Kreise" und der Gesetzgebung in ihrem Sinne zu thun zu sein. Die Herren rechnen, wenn dies auch nicht offen eingestanden wird, allem Anschein nach damit, daß ihre Stellung an der Spitze aller Syndikate, Kartelle und Kinge auch ihren zoll- und handelspolitischen Wünschen größeren Nachdruck verschaffen wird.

Die Mitteilungen über den Morganschen Dampfersturz und den von englischer Seite mit Unterstützung der englischen und der kanadischen Regierung geplanten Gegensturz haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf die großen Reederien der seefahrenden Nationen gelenkt. Eine Zusammenstellung der großen Schiffsahrtsgesellschaften nach dem Tonnengehalt ihrer Flotten brachten kürzlich die „Hamburger Nachrichten": Wenn auch die Bedeutung einer Reederei nicht ausschließlichlich von der Tonnage der Schiffe, sondern nicht minder von deren Alter, Ausrüstung, Größe und Schnelligkeit abhängt, giebt doch diese Zusammenstellung einen ziemlich richtigen Ueberblick über die Stellung, welche die verschiedenen, in letzter Zeit vielgenannten Schiffslinien im internationalen Verkehr einnehmen.

Zuerst auf der Stufenleiter stehen die beiden großen deutschen Reederien, die Hamburg-Amerika-Linie mit 661 835 und der Norddeutsche Lloyd mit 587 070 Registertonnen. Dann folgen englische Reederien, unter denen jedoch nicht die jetzt in Vordergrund des Interesses stehenden allantischen Gesellschaften die größten sind. Die British India Steam Nav. Co. verfügt über 448 950, die Firma Elder, Dempster & Co. über 396 650, die Pensular and Oriental Co. über 320 851 Tonnen. Die von den Amerikanern angekaufte Loyland Line ist für Anfang dieses Jahres nur noch mit 276 653 Tonnen bezeichnet — d. i. etwa 50 000 Tonnen weniger als im Vorjahre — beim Verkaufe scheinen Abirretungen stattgefunden zu haben. Die nächstgrößte ist die White Star Line mit 265 634 Tonnen, die Union Castle Line mit 255 463 Tonnen, die Firma Glemann mit 217 440 Tonnen. In England giebt es außerdem 15 Reederien mit einer Tonnage zwischen 200 000 und 100 000. Es sind das der Größe nach die Ocean Steamship Co., Clan Line, Wilson, Atlantic Transport, Lamport & Holt, Shell, Harrison, Pacific Nav. Co., Allan Line, Anchor Line, Dominion Line, Cunard Line, Princes Line, MacLach & W. J. J. Andrew Weir & Co. In Deutschland sind außer den beiden genannten Reederien mit über 100 000 Tonnen noch zu nennen: Die Bremer Gesellschaft Spania mit 145 367 Tonnen, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft mit 124 145 Tonnen, die Deutsch-Norddeutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft 101 152 Tonnen und seit dem Jahresanfang, wo sie 99 308 Tonnen hatte, hat vielleicht auch die Hamburger Gesellschaft Rosmos diesen Stand erreicht.

Im gleichen Range ihrer Tonnage nach kommen außer den genannten englischen, deutschen und amerikanischen Gesellschaften nur noch vereinzelte Betriebe anderer Staaten in Betracht. Frankreich stellt zu den großen Reederien die Compagnie de Messageries Maritimes und Compagnie Generale Transatlantique mit je zwischen

200 000 und 300 000 Tonnen. In Italien erreicht die Navigazione Generale einen Umfang von 189 028 Tonnen. Dänemark schließt sich mit der Forenede Dampskips Selskab und ihren 125 904 Tonnen an. In Rußland dürfte die Schiffahrts- und Handelsgesellschaft den Umfang von 200 000 Tonnen erreicht haben und in Oesterreich der Oesterreichische Lloyd einen ungefähr gleichen Umfang aufweisen. In Asien stellt Japan die Flotte der Nippon Yusen Kaisha mit 220 774 Tonnen zu der Liste. Die Holland-Amerika-Linie, die ebenfalls unter den großen transatlantischen Gesellschaften viel genannt wurde, hat nur 63 021 Tonnen. Tat.

## Tokales.

### Ferien.

Sie sind wieder da, die großen Sommerferien, die sehnlichst erwartet, in denen fünf Wochen hindurch die Pforten der Schule geschlossen bleiben und kein Glodenschlag unsre Jungen und Mädel an ihre Pflicht mahnt.

Viernial im Jahre hat die Schule Ferien — wenn man die paar freien Tage im Pfingsten mitzählt will, sogar fünfmal — aber als echte und rechte Ferien, als Ferien im vollsten Sinn des Wortes dürfen allein die Sommerferien gelten. Sie sind so lang, daß man nicht, noch an ihrem Anfang stehend, schon wieder an ihr Ende zu denken braucht, und sie können, da sie in die günstigste Jahreszeit fallen, so gründlich ausgemüht werden, wie es von richtigen Ferien verlangt werden muß.

Das ist wenigstens der Standpunkt, den die Schuljugend ihren Sommerferien gegenüber einnimmt. Die Eltern dagegen sind zumeist etwas anderer Ansicht. Was in den Augen der Kinder den Vorzug der Sommerferien auch macht, die Dauer von fünf Wochen, das erscheint der Mehrzahl der Eltern als ein Uebel. Und auch der Umstand, daß die Kinder für diese fünf langen Wochen ein nicht zu knappes Maß von Ungebundenheit erwarten, erfüllt manchen Vater und noch mehr manche Mutter mit recht gemischten Gefühlen. „Sie verlernen so viel, sie verwildern so entseflich!" lautet die Klage, die man in diesen fünf Wochen immer wieder zu hören bekommt. Nicht der Ferienanfang, sondern der Ferienanfang wird von vielen Eltern sehnlichst erwartet.

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß diese Klagen ungerecht sind. Gewiß es ist wahr, daß unsere Kinder in den Ferien manches verlernen, was ihnen in der Schule mit vieler Mühe eingepaukt worden ist. Eine fünf Wochen dauernde Ungebundenheit ist auch nicht gerade geeignet, demjenigen seine Aufgabe zu erleichtern, der sich etwa in den Kopf gesetzt hat, seinen Jungen zu einem „Rusternaben" zu erziehen. Aber wir sollten nicht immer auf das sehen, was unsre Kinder in den Ferien einbüßen. Auch das verdient Beachtung, was sie durch die Ferien gewinnen.

Und sie gewinnen in der That nicht wenig! Wir denken hier nicht bloß an den gesundheitlichen Nutzen der Ferien, der ja hinreichend bekannt ist. Auch auf die geistige Entwicklung der Kinder haben die Ferien einen starken Einfluß aus, wenn auch seine Wirkungen nicht für jedermann so offen zu Tage liegen. Vieles davon kommt wieder der Schule selber zu gute, deren Arbeit durch die Ferienpausen nur vorübergehend behindert, in ihrem Endergebnis aber unterstützt und gefördert wird. Manches andre von dem, was die Ferien den Kindern für ihre geistige Entwicklung geben, ist vielleicht weniger geeignet, den Erfolg des Schulunterrichts zu steigern, aber es braucht deshalb noch lange nicht immer wertlos oder schädlich zu sein.

Wer einmal darauf achten will, der wird bemerken, daß bei den Kindern durch die Ferien eine Fülle von geistigen Kräften frei wird, die in der Schulzeit durch den Druck des Unterrichts in Anspruch genommen und voll aufgebraucht werden. Viele Kinder sind in den Ferien gar nicht wiederzuerkennen. Sie überraschen den Beobachter durch Beteiligungen auf Gebieten, für die sie sonst keinerlei Interesse zu haben scheinen. In mancher „Spielerei", die in den Ferien zum Verdruss kurzzeitiger Eltern begangen wird und nach Wiederbeginn des Schulunterrichts mit Gewalt unterdrückt werden muß, giebt sich eine noch schlummernde Beschäftigung kund, die von Bedeutung für die spätere Entwicklung des Kindes werden kann. Natürlich nimmt auch manches Kind in den Ferien die Gelegenheit wahr, sich in einer ganz andern, durchaus nicht erfreulichen Weise zu betätigen, aber die größere, wenn nicht die einzige Schuld trifft in solchem Falle meist die Familie oder die Gemeinde, die dem Kinde keine Gelegenheit geboten haben, seine Ferien in rechter Weise zu benutzen und zu genießen.

Wenn der Erwachsene seine Berufs- und Erwerbstätigkeit für ein paar Tage oder Wochen unterbrechen und Ferien machen darf —

eine Wohlthat, die dem Arbeiter ebenso nötig wäre wie dem Beamten, die aber dem ersteren immer noch fast ausnahmslos verweigert bleibt — dann atmet er befreit auf: „Nun will ich einmal wieder Mensch sein!“ Wer unsere Schulzustände genauer betrachtet, der wird sich nicht verhehlen können, daß auch der Schuljüngling eigentlich nur in den Ferien die Möglichkeit geboten wird, „einmal wieder Mensch zu sein“. Und darauf hat am Ende ein Kind mindestens ebensoviel Anrecht wie ein Erwachsener.

**Zweiter Kreis.** Die Parteigenossen werden gebeten, sich Sonntag recht rege an der Flugblattverbreitung zu beteiligen und sich in folgenden Lokalen einzufinden: Berner, Hagelsbergerstr. 2, Vorgfeld, Andstr. 85, Thomsen, Wittenwalder- und Oranienstraßen-Edz, Fischer, Voelckstr. 7, Lindemann, Moritzstr. 9. Die Vertrauensleute.

**Mißstände in der Charité.** Bekanntlich lassen die sanitären Einrichtungen in unren öffentlichen wie privaten Krankenhäusern häufig viel zu wünschen übrig. Ein kleines Beispiel liefert uns wieder die Charité. Auf der Station J. M. 9 liegen in zwei Sälen etwa 20 Schwindsichtige und 10 mit andern ansteckenden Krankheiten wie Scharlach, Diphtherie usw. befallene Personen. Was nun die ärztliche Behandlung, Aufsicht der Kranken, Reinlichkeit der Säle und Betten wie auch das Essen anbelangt, so sind diese als durchaus gut zu bezeichnen. Doch zwischen beiden Sälen befindet sich ein Raum, der in mehr als einer Beziehung geradezu ekelhaft ist; er dient den verschiedenartigsten Zwecken. So werden dort abwechselnd Kranke gebadet, Speisen ausgeteilt, sowie Spind- und Uringläser gereinigt. Schließlich befindet sich dort das ziemlich primitiv eingerichtete Klosett, welches täglich von den etwa 30 Personen der beiden Säle benutzt wird. Da die Ventilation ungenügend ist, so herrscht in diesem Raum eine Luft, die schon einem gesunden Menschen schier das Atmen benimmt, geschweige denn einem Kranken. Neben dem Klosett ist das Wasserbeden angebracht. Will ein Kranke trinken, so muß er erst eine Zeitlang das Wasser ablaufen lassen, da diesem infolge der am Klosett entlang führenden Rohrleitung ein starker Geruch anhaftet. Natürlich ist das Baden in jenem muffigen Luftsaft auch keine Annehmlichkeit. Höchst ekelhaft aber wirkt es, wenn die Kranken auf den Fensterebenen schlafen mit, der den Kranken abgenommen ist, längere Zeit stehen bleiben, ehe sie beseitigt werden. Unangebracht ist es auch, wenn, wie hier geschieht, ein elfjähriger Knabe in dieser Station aufgenommen wird, wo sonst nur lauter Erwachsene liegen.

Auf einen Uebelstand sei ebenfalls noch hingewiesen, er betrifft die ununter auffallend borsche Behandlung der zur Entlassung kommenden Genesenen. Ein solcher machte vor einigen Tagen nämlich die unangenehme Entdeckung, daß sein Anzug infolge der damit vorgenommenen Desinfektion völlig ruiniert war. Als er dieshalb beim stellvertretenden Inspektor, der die Ausgabe der Kleider leitete, vorstellig wurde, antwortete ihm der Beamte, wenn ihm das nicht passe, hätte er sich seine Krankheit anderswo heilen lassen müssen! Der Entlassene hat darauf einen Antrag auf Schadenersatz bei der Direktion eingereicht, der jedenfalls berücksichtigt wird. Viele der Wehellen unterlassen solche Forderungen auf Schadenersatz jedoch aus Furcht vor Scherereien.

Es läge wohl im Interesse des guten Rufes der Charité, wenn derartige Uebelstände baldmöglichst beseitigt würden. Bei nur einigem guten Willen dürfte es doch sehr leicht möglich sein, alle inneren Einrichtungen in diesem Krankenhaus so zweckmäßig auszugestalten, daß sich die Presse nicht fortwährend in kritischen Bemerkungen darüber zu ergoßen braucht.

**Für die spielende Jugend.** Den Gemeindefunkelkindern sind in den letzten Tagen diejenigen Schulhöfe genannt worden, die ihnen für die Sommerferien zur Benutzung als Spielplätze freigegeben sind. Im vorigen Jahre waren es zehn Höfe, diesmal sind es zwanzig, entsprechend der im diesjährigen Etat hierfür geforderten und von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten Kostensumme. Auch bei zwanzig bleibt noch die Mehrzahl der Kinder von der Benutzung der Höfe noch deshalb ausgeschlossen, weil der Weg bis zum nächsten Spielhof für sie zu weit ist. Zwanzig Schulhöfe für eine zweimillionen-Stadt, in der über 250 Gemeindefunkelkinder mit über 200 000 Gemeindefunkelkindern bestehen!

Warum nicht endlich alle Schulhöfe freigegeben werden? Weil immer noch „versucht“ wird! Vielleicht darf man zu diesen fortwährenden und nie endenden „Versuchen“ wieder einmal daran erinnern, daß die ersten „Versuche“ dieser Art nicht erst vor zwei Jahren, sondern vor beinahe zwanzig Jahren begonnen haben und seitdem nicht unterbrochen worden sind. Schon seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre sind Sommer für Sommer drei Gemeindefunkelhöfe an den schulfreien Nachmittagen „versuchsweise“ zum Spielen benutzt worden. Man hat nie gehört, daß diese Versuche sich etwa nicht bewährt hätten — sie wären ja sonst auch sehr bald wieder eingestellt worden — wohl aber ist das Ergebnis damals von der Schuldeputation selber als „recht günstig“ bezeichnet worden. Und dennoch sind wir aus dem „Versuchsstadium“ noch heute nicht heraus.

Die städtische Schulverwaltung sieht die Berechtigung des Vorschlags, alle Schulhöfe freizugeben, ebenso wie jeder andre ein und zweifelt auch längst nicht mehr an seiner Durchführbarkeit. Wenn sie trotzdem immer noch zögert und vorerst immer noch nur eine allmähliche Erweiterung empfiehlt — in den Erläuterungen zum Turn- und Spiel-Etat für 1902 wird gesagt: „Wir können den Versuch als geplant ansehen und wollen daher auf dem betreffenden Wege weitergehen“ — so hat sie hierfür ihre zwar nicht guten, aber gewichtigen Gründe. Sie fürchtet die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, deren Wortführer gewaltig den Mund aufreißen würden, wenn sie in unvollständiger Weise für die spielende Jugend sorgen und die dazu erforderlichen Mittel verlangen wollten.

**Der Begriff des „Bauleiters“** im Sinne von Polizeiverordnungen und des § 330 des Strafgesetzbuches wird in einem neueren Urteil des Kammergerichts dahin definiert: Bauleiter ist nicht der Unternehmer, d. h. diejenige physische oder juristische Person, welche auf Grund eines Vertrages mit dem Bauherrn die Herstellung eines Baues übernommen hat, sondern derjenige, welcher — mag er gleichzeitig Bauherr oder Bauunternehmer selbst sein oder auf Grund eines Auftrages einer dieser Personen oder als Geschäftsführer ohne Auftrag handeln — tatsächlich die Errichtung des Bauwerks leitet, nach dessen Anweisungen die Herstellung des Bauwerks durch die Bauhandwerker und Arbeiter erfolgt, der nicht nur einzelne, für den Bau notwendige Arbeiten, sondern die Ausführung des Bauwerks als Ganzes unmittelbar und im wesentlichen Beziehungen anordnet. Dieser tatsächliche Leiter des Baues ist derjenige, welcher die Interessen der Allgemeinheit bei Ausführung des Bauwerks, die Interessen der Sicherheit der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter und der Vorübergehenden, endlich die Interessen der später in dem Gebäude sich aufhaltenden Personen wahrzunehmen hat.

**Ein bißchen von der Heiligkeit der Ehe.** Das „Meine Journal“ meldet: Vor kurzem befand sich in einer hiesigen Tageszeitung ein Inserat nachstehenden Inhalts: „Gräfinn ist nicht distinguerte Dame durch Heirat gegen Entschädigung zu erwerben.“ Es handelte sich um eine bereits einmal geschiedene, kürzlich aus Rußland zurückgekehrte und in der Nähe des Bellevue-Platzes wohnende „Schauspielerin“. Diese bestritt es als den größten Wunsch ihres Lebens, vor der Welt die Rolle einer gnädigen Gräfin zu spielen. Für Geld kann man in Berlin alles haben. Auf das Inserat meldete sich tatsächlich ein wirklicher Graf, der allerdings in sehr bescheidenen Verhältnissen lebt, denn er muß sich begnügen mit einer 60 M. monatlich betragenden Unterstutzung seiner gräflichen Verwandten. Zwischen der nach der Gräfinne lebenden „Schauspielerin“ und dem Herrn Graf wurde folgender Vertrag geschlossen. Die Ehe soll nur eine Scheinehe sein. Am Tage, wo durch den

Spruch des Standesbeamten die Dame „Gräfin“ wird, erhält der Graf 500 M. Aufnahme bei der Gräfin findet der Graf nicht. Sofort nach der erfolgten Eheschließung begibt sich die Frau Gräfin nach „Ostende“. Während die Frau Gräfin in Ostende weilt, bezieht der Graf in Berlin eine nicht zu knappe Portion Ehebruch. Ein Detektiv teilt dies der Frau Gräfin mit und klage wegen Ehebruch wird von Seiten der Gräfin erhoben. Am Tage der gerichtlichen Ehescheidung erhält der Herr Graf 5000 Mark ausgezahlt. Am Dienstag, den 1. Juli, begab sich die Schauspielerin und der Graf zu einem in der Friedrichstraße wohnenden Notar, dort wurde der Güterausgleich festgesetzt, denn die zukünftige Frau Gräfin besitzt bedeutendes Vermögen, welches sie von einem früheren Verehrer geerbt hat. Im Laufe dieser Woche wird dann auch noch die Anmeldung beim Standesamt erfolgen. Die Ehescheidung soll vor dem Gericht in Hammort erfolgen, da der Graf in Berlin als „Schein-Heemann“ schon zu bekannt ist.

**Graf Salviae** (Privatier Georg Steffen) der durch seine romantische Heirat und dem daraus entstandenen Prozeß so viel von sich reden gemacht, ist gestern unter dem Verdacht des Betruges verhaftet worden. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Morris, hat sofort die ihm zu Gebote stehenden Schritte gethan, um die Aufhebung des Haftbefehles zu erwirken.

**Ein Feine-Kelch für Berlin** ist jetzt vom Bildhauer Hugo Verwald im großen Modell vollendet. Unter dem Bildnis ist als Aufschrift ein Vers aus einem Gedicht („Nachtgedanken“) gewählt: „Deutschland hat ewigen Bestand, Es ist ein ferngeliebtes Land!“

Das Relief ist nach dem vorhandenen Bildnis-Material geschaffen. Das Porträt im Vestig Kioff v. Wenzels ist in die Wand eingelassen und konnte daher nicht benutzt werden. Es ist eine Arbeit von David d'Angers; der Verleger Heines, Herr Campe in Hamburg, stellte Herrn Verwald-Schwern das Originalrelief in Bronze zur Verfügung. Ferner benutzte der Künstler eine alte, nach dem Leben gefertigte Radierung von Ludwig Emil Grimm im Berliner Kupferstich-Kabinett. Das von ihm jetzt vollendete, etwas überlebensgroße Reliefbild Heines soll nun in Bronze gegossen und voraussichtlich im Herbst am Hause Taubenstraße 32 angebracht werden. Dort befindet sich schon eine Gedenktafel mit folgender Aufschrift:

„Hier wohnte 1823  
Heinrich Heine  
(geb. 13. Dezember 1799,  
gest. 17. Februar 1856).“

**Essentielle Verlobung.** Der Schulbus Dr. Worsberg, der Grämer Liepe, der Maschinist Schröder, der Oberheizer Böh, sowie der Matrose Marquardt aus Potsdam haben, wie der Regierungspräsident lobend zur öffentlichen Kenntnis bringt, „durch ihr mutiges und entschlossenes Vorgehen“ die Rettung dreier im Februar dieses Jahres auf der Havel eingebrochenen Personen vom Tode des Ertrinkens hilflos überführt. Die gefährdeten Personen waren: der Oberprimarier Manfried von Tzschoppe, der Fischmeister Krause und der Schüler Horwark.

**Eine mutmaßliche Kindesentführung** beschäftigt seit Donnerstag die Behörden. Eine Frau K., die von ihrem Mann geschieden ist, wohnte mit ihrem 11 Jahre alten Sohn, dessen Erziehung ihr übertragen wurde, in der Weinstraßenstraße zu Charlottenburg, während der Mann in München lebt. Am Donnerstag kam der Knabe aus der höheren Lehranstalt, die er in Charlottenburg besuchte, nicht nach Hause. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib ergaben, daß er wahrscheinlich entführt worden ist. Wenigstens bekannten Mitschüler, daß zwei Herren den Knaben an der Lehranstalt erwartet und nach Schulschluß mit sich genommen hätten.

**Von einem Kollwagen überfahren und getötet** wurde am Donnerstagmorgen um 5 Uhr, der 31 Jahre alte Vater Ernst Hagedornmann, der seit zwei Tagen in der Lindowstraße 23 wohnt. Er wollte in der Zwölfsstraße während der Fahrt auf den Wagen springen, fiel aber so unglücklich hin, daß ihm ein Vorderrad über den Brustkasten hinwegging und ihn vollständig einbrückte. Man wollte den Unglücklichen in ein Krankenhaus bringen; als man aber dort ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde dem Schanhausse zugeführt.

**Ein Zeichen der Zeit.** Die städtische Pfandleihe in der Neuen Schönhauserstraße ist gegenwärtig derartig in Anspruch genommen, wie es bisher noch niemals der Fall war. Die Zahl der Zwangsverpfändungen und hiermit verbundenen Zwangsversteigerungen ist seit kurzer Zeit so bedeutend, daß die Postämter-Arbeiter von morgens 5 bis abends 9 Uhr mit Verladung und Transporten von Pfandgegenständen beschäftigt sind. Täglich werden 20—30 Möbelwagen voll gepackter Gegenstände der Pfandleihe zugeführt und hauptsächlich sind es ganze Geschäftseinrichtungen, welche zum Zwangsverkauf gelangen. So werden in den nächsten Tagen die Einrichtungen von drei Gastwirtschaften, von Cigaretten-Geschäften, Porzellan-, Papier-, Nöhen-, Möbelhandlungen, ein großes Kartomagazinlager, sowie zahlreiche vollständige Geschäftseinrichtungen zum zwangsweisen Verkauf kommen.

**Ein Kindesmord** wurde gestern morgen durch einen Unfall verhindert. Als gegen 9 Uhr zwei junge Leute in einem Boot in der Gegend von Nittenwäcker Garten auf der Spree saßen, sahen sie ein Paket mit einer Papierhülle auf dem Wasser treiben. Neugierig nahmen sie es ins Boot, wickelten es auf und fanden darin ein noch lebendes neugeborenes Mädchen. Sie rüderten nun schnell mit dem Hunde ans Land und übergaben ihn einem Schürmann des dritten Reviers, der ihn nach der Charité brachte. Hier schien das Kind bereits leblos zu sein, ein warmes Bad aber machte es wieder munter. Da es jedoch nicht besonders kräftig ist, so fürchtet man immer noch für sein Leben. Das Paket war beim Auffinden des Pakets noch nicht ganz durchnäht; dieses muß also ganz kurz vorher ins Wasser geworfen worden sein. Niemand hat aber gesehen, wer das getan hat. Die äußere Hülle des Pakets bestand aus starkem gelbem Packpapier.

**Infolge Austritts der Pest in Konstantinopel** sind die Fahrten der rumänischen Dampfer zwischen Konstanta und Konstantinopel eingestellt worden. Der Briefverkehr nach und von der Türkei wird daher bis auf weiteres ausschließlich über Belgrad-Sofia, der Paketverkehr, statt über Konstanta, über Triest geleitet werden.

**Der verschwundene Steuerheber** Gustav Gesehe scheint gleichfalls Unterschlagungen begangen zu haben. Ein Verächterblätter hatte eine Lesart verbreitet, wonach das Verschwinden des Mannes lediglich auf krankhafte Einbildungen des zurückzuführen sei, da sich keinerlei Unregelmäßigkeiten ergeben hätten. In Wirklichkeit haben die Ermittlungen der städtischen Steuerkasse zu dem Ergebnis geführt, daß die Kasse des Gesehe nicht stimmt. Bis jetzt handelt es sich um etwa 3000 M., die Gesehe sich angeeignet. Die Untersuchung ist aber noch nicht beendet, und damit ist auch die Summe noch nicht festgestellt, die der Kommune durch diesen neuen Betrugsfall hinterzogen worden ist.

**Kinderspiele.** Der in der Arbeiterschaft in gutem Ruf stehende Turnverein „Fichte“ hat es unternommen, während der Schulfreien Kinderspiele zu veranstalten. Der Verein macht darauf aufmerksam, wie wenig der Profetarierjugend in Berlin Gelegenheit zum Spielen gegeben ist, wie selbst die Direktoren sehr vieler Gemeindefunkel sich weigern, die Schulhöfe der Jugend frei zu geben. An die Eltern und Vormünder ergelst daher die Bitte, das Vorhaben des Vereins dadurch zu unterstützen, daß sie soweit als möglich mit ihren Kindern zu den vom Verein veranstalteten Spielen kommen. Die Spiele finden statt an den Sonntagen dieses Monats, also am 6., 13., 20. und 27. Juli, vormittags von 9 bis 11 Uhr. Es können daran Knaben und Mädchen teilnehmen. Die Spielplätze des Vereins befinden sich im Nordost-Bezirk auf dem Sportplatz „Friedrichshain“. Treffpunkt: Lands-

bergerplatz am Kriegerdenkmal. Im Südost-Bezirk an dem Spielplatz im Treptower Park. Treffpunkt: Ober-Freiarbeiterbrücke am Schlesschen Busch. Im Nord-Bezirk auf dem Spielplatz „Jungfernhöhe“ beim Förster Schulz. Treffpunkt: Bahnhofs-Beustelstraße. Treffzeit für alle Bezirke vormittags 8 1/2 Uhr.

**Das Passage-Theater** hat für den Monat Juli ein umfangreiches und durchweg ansprechendes Programm zusammengestellt. Als Humorist zeichnet sich Herr Willi Kruger aus; zwei Vortragsdamen, die Gräfinn Delta und Lucia della Sara leisten im Lieber-vortrag, was nur zu verlangen ist. Auf dem Gebiete der Akrobatik und Gymnastik bieten die drei Sparanos mit ihren strapazierenden vorzüglichen Leistungen; ebenso fällt die Akrobatin Maritana durch die Sicherheit ihrer Arbeiten auf dem Trapez auf. Als Excentric bewähren sich die Regier Scott und Jonger. Auch ein Kinematograph mit originellen Bildern hat im Passage-Theater Platz gefunden.

**Das Arbeiter-Sportfest**, welches am 8. August am Müggelsee abgehalten werden soll, verspricht in seiner Art hervorragend zu werden. Schwimmer, Ruderer, Segler, Radsfahrer, Sänger und Turner haben ihre Beteiligung zugesagt und werden, jeder in seiner Weise, zum Gelingen des Ganzen beitragen. Das Festkomitee hat dafür gesorgt, daß am Festtage sowohl Eisenbahnzüge als Dampfschiffe genügend zur Verfügung stehen.

**Jungen gesucht.** Die aus einer Versammlung gekommenen Personen, welche am Montag, 23. Juni, nachts 1/2 12 Uhr, vor dem Lokal Wiesenstr. 45 die Schlägerei beobachtet haben, werden dringend gebeten, bei Wächner, Hochstädterstr. 28, Hof IV. links, ihre Adresse abzugeben.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach einem Kohlenlagerplatz an der Ecke der Bauhener- und Groß-Börschenstraße gerufen. Hier war durch Selbstentzündung ein größerer Pechkohlenbrand in Brand geraten, der indes bald abgelöscht werden konnte. Weitere Pechkohlenbrände hatte die Wehr in der Oranienburgerstr. 78 und in der Gerichtstr. 8 abgelöscht. Donnerstagsabend gegen 9 Uhr war in der Grenadierstr. 87 durch Umfallen einer Petroleumlampe ein Feuer ausgebrochen, das in der Hauptsache Wäsche und Kleidungsstücke beschädigte. Kurz darauf mußte in der Franzosstr. 24 ein Schornsteinbrand beobachtet werden. In der Kastanien-Allee 6 war beim Zerren eines Daches ein Brand entzündet, der Laufbretter beschädigte. Nachmittags mußte in der Landsbergerstraße 6 in einem Keller ein Brand beseitigt werden, der in der Hauptsache alte Gerümpel zerstörte. Gleichzeitig hatten in der Rauhstr. 4 Betten, Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das jedoch in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Vorher hatte die Wehr in der Moritzstr. 17 auf einem Hängeboden ein Feuer zu beseitigen, das hauptsächlich Wäschestücke zerstörte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischengasse noch Alarmierungen von der Höfstr. 80 und der Rosenthalerstr. 6/7 zu verzeichnen, die indes auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

#### Aus den Nachbarorten.

**Am Rande des Grunewalds**, in dem herrlich gelegenen Gartenlokal „Zum Schwan“ veranstalteten die Wilmerdorfer Parteigenossen am Sonntag, 20. Juli, ihr Sommerfest. Es wird alles aufgebieten, um das Fest würdig und schön herzurichten, und die Veranstalter rechnen daher darauf, daß sowohl aus Wilmerdorf selbst als auch aus den übrigen Vororten und namentlich aus Berlin die Parteigenossen zahlreich anwesend sein werden. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf.

**Der Charlottenburger Magistrat** veröffentlicht in den Monatsberichten des Statistischen Amtes die Abgrenzung der Urwahlbezirke für die Wahlmänner-Wahlen zum Hause der Abgeordneten auf Grund der Volkszählungs-Ergebnisse vom 1. Dezember 1900. Die Stadt ist in 136 Urwahlbezirke eingeteilt, von denen 79 je 6, 29 je 5 und 28 je 4 Wahlmänner zu wählen haben. Im ganzen sind also 731 Wahlmänner zu wählen. Und dabei bildet Charlottenburg nur einen kleinen Teil des großen Wahlkreises Teltow-Deeslow-Storkow-Charlottenburg!

**Die mangelhafte Wohnungsfürsorge Charlottenburgs** wird jetzt fogar amtlich festgestellt. Zu den Berichten der Fabrikinspektoren wird darauf hingewiesen, daß dem Arbeiter in den westlichen Vororten von Berlin wenig Wohnungsgelegenheit geboten wird. Charlottenburg verhalte sich gegen die Industrie und die Arbeiter ablehnend; bei der Beschließung neuer Viertel werden Fabriken thunlichst ganz ausgeschlossen und die Bebauungspläne so aufgestellt, daß an Arbeiterwohnungen kaum gedacht werden kann. Im Interesse der in Charlottenburg selbst und in Moabit gelegenen zahlreichen und großen Fabriken sei das zu bebauen; auch werde dadurch die Entlastung des Zentrums von Berlin von vielen Vorteilen, welche Wert auf die Nähe von Eisenbahn und Wasserwegen legen müssen, sehr erschwert. — Ein interessantes Licht auf die Wohnverhältnisse in Charlottenburg wirft eine Zusammenstellung, welche ein dort belegendes, beinahe 3000 Arbeiter beschäftigendes Werk aufstellte. Es ergibt sich daraus, daß nur ein Drittel der Arbeiter in Charlottenburg wohnt; 991 Arbeiter wohnen unter einer halben, 130 über eine ganze Stunde von der Fabrik entfernt. Letztere wohnen meist im Osten von Berlin, in Treptow, Rixdorf, Mummelsburg. Durch die neuesten Bebauungspläne von Charlottenburg, welche das Gebiet zwischen dem Nordufer der Spree und der Jungfernhöhe im Auge haben, wird der Industrie die Entwicklung an einem guten Wasserweg in der Richtung nach Spandau zu ganz unterbunden. Die vorstehende Zusammenstellung weist auch noch darauf hin, welcher Wert auf billige und bequeme Verbindungen nach den Vororten zu legen ist.

Trotz dieser amtlichen Feststellungen wird die von den den Hausagrarern abhängige Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nach wie vor jede auch noch so bescheidene Reform auf dem Gebiete des Wohnungswesens von der Hand weisen.

**In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung zu Groß-Lichterfelde** verlangte der Gemeindevertreter Dr. Lengner Aufschluß über den Beschluß der Gemeindevertretung vom 16. Juni bezüglich der Pflasterung der Straße 15 und der Abmachung mit der Terrain-Gesellschaft. Er erblickte in dieser Abmachung eine Schädigung der Gemeinde-Interessen. Gleichzeitig erhob er Einspruch gegen die Form des Protokolls. Nachdem die Unterzeichner des Protokolls dessen Uebereinstimmung mit dem gefaßten Beschluß bestätigt hatten, forderte Gemeindevertreter Lengner den Gemeindevorstand auf, auf Grund der Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung die Ausführung des gefaßten Beschlusses zu verhindern. Beschwerde beim Landrat wegen Schädigung der Gemeinde-Interessen zu Gunsten der Terrain-Gesellschaft sei bereits eingereicht.

Gemeindevorsteher Schulz bestritt, daß der Terrain-Gesellschaft in irgend einer Form eine Last abgenommen worden sei; er würde Gemeinde-Interessen verletzen, wenn er den Beschluß der Gemeindevertretung beanstandete.

Gemeindevorsteher Delbrück erklärte es nach der Geschäftsordnung für unzulässig, die durch Beschluß erledigte Sache nochmals zu diskutieren, worauf Lengner erklärte, vorläufig auf Wort zu verzichten. Die Verträge mit den Gemeinden und den Gutbezirken Löwenbruch, Wiesloch und Genshagen wegen Durchführung des Kanalisations-Druckrohrs wurden genehmigt, ebenso der Vertrag mit Zehlendorf wegen Entwässerung des auf dem Gebiet dieser Gemeinde befindlichen Geländes der Terraingesellschaft und des Westhof-Knobach.

Die Kosten für die bauliche Umgestaltung des Gymnasiums im Gesamtbetrag von 181 000 M. sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Die baulichen Änderungen infolge der Umwandlung der Realschule in eine Ober-Realschule betragen 87 000 M. und werden ebenfalls bewilligt.

**Rechtswidrige Anwendung der Rixdorfer Luftbarkeitssteuer-Ordnung.** Im Lokale des Genossen Mercier in Rixdorf war wiederholt nach den Klängen eines Orchestriens getanzt worden. Der Magistrat veranlagte Mercier für jeden Fall zu einer Luftbarkeitssteuer von 2 M., indem er sich auf den § 1 Ziffer 1 der Luftbarkeitssteuer-Ordnung für Rixdorf stützte, wonach für die Veranstaltung einer Tanzlustbarkeit bei Mitwirkung von 1 bis 2 Musikern 2 Mark Luftbarkeitssteuer zu erheben sind. Mercier erachtete indessen sein Orchester nicht für einen Musiker und wollte nur 25 Pf. zahlen, und zwar auf Grund des § 1 Ziffer 5 der Verordnung, worin für Vorträge auf einem größeren mechanischen Musikinstrument Steuererträge von 25 oder 50 Pf. festgelegt sind. Nach vergeblichem Einspruch klagte Mercier, vertreten durch den Rechtsanwalt Wroham, im Verwaltungsstreitverfahren und legte sowohl beim Bezirksausschuss, wie auch gestern beim Oberverwaltungsgericht, wo der Magistrat noch Revision eingelegt hatte. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den § 1 Ziffer 1 der Rixdorfer Luftbarkeitssteuer-Ordnung auf Tanzlustbarkeiten, die nach den Klängen eines Orchestriens stattfinden, nicht für anwendbar, da ein Orchester kein Musiker sei. Die Tanzlustbarkeit als solche könne im vorliegenden Falle überhaupt nicht bestrafen werden, da es in der Steuerordnung an einer Bestimmung über die Besteuerung von Tanzlustbarkeiten bei Orchestermusik fehle. Es müsse dem Magistrat überlassen bleiben, eine entsprechende Änderung des § 1 Ziffer 1 in die Wege zu leiten. Mercier konnte vorliegend nur für die Vorträge des Orchestriens mit dem niedrigen Satz von 25 Pf. nach § 1 Ziffer 5 der Steuer-Ordnung belegt werden.

### Gewichts-Beitrag.

**Eine Tanzboden-Schlageret,** bei der Dolch und Revolver eine Rolle spielten, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Die Sache stand ursprünglich vor dem Schöffengericht zur Verhandlung an, es stellten sich aber so erschwerende Umstände gegen die Angeklagten, den Buchhalter Felix Gomoll und den Schreiber Georg Lemle, heraus, daß das Schöffengericht sich für unzuständig erklärte und die Sache dem Schwurgericht überwies. Am Abend des 10. Oktober v. J. hatten die beiden noch jugendlichen Angeklagten eine Bierreise gemacht. In etwas angetrunkenem Zustande besuchten sie noch ein Tanzlokal. Ihr Benehmen war hier ein derartiges, daß sie bald mit anderen Gästen in Streit gerieten. Es währte nicht lange, bis sie beide zum Saal hinausbefördert wurden. Hierbei setzte sich Gomoll bestig zur Wehr, er zog ein Dolchmesser hervor und schlug damit blindlings um sich. Ein in der Nähe Stehender, der Mechaniker Leopold, der an dem Streit gar nicht beteiligt war, erhielt dabei von Gomoll einen Stich in den Hinterkopf. Er ist daran 5 Wochen später gestorben. Während die Menge sich noch mit Gomoll herumbalgte, brang der bereits hinausgeworfene Lemle wieder in den Saal, hielt einen Revolver schußbereit vor sich und rief: Wer hat meinen Freund beleidigt? Der erste, der mir zu nahe kommt, ist eine Leiche! Es gelang ihm den Revolver zu entwenden, bevor er Unheil damit anrichten konnte. Nun war Gomoll wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, Lemle wegen Handfriedensbruchs und Bedrohung angeklagt. Der Staatsanwalt gewann aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung von der Schuld beider Angeklagten, während die Verteidiger, Rechtsanwälte Lebrecht und Landau, für Freisprechung eintraten. Die Geschwornen sprachen den Angeklagten Gomoll schuldig der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, den Angeklagten Lemle schuldig der Bedrohung. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gomoll neun, gegen Lemle zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis gegen Gomoll, auf einen Monat Gefängnis gegen Lemle. Der erste wurde sofort in Haft genommen.

**Der Besuch einer Schankwirtschaft mit Damenbedienung** ist für den Werksführer Heinrich Rosenthal verhängnisvoll gewesen, denn er ist dadurch zu einer Anklage wegen Diebstahls und versuchten Raubes gekommen, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Der Angeklagte ist 17 Jahre lang in einer Fabrik in Rixdorf Werksführer gewesen und hat sich bisher tadellos geführt. Am 5. April hatte er seine Entlassung genommen. Dieser Umstand sowie daß er ehehellen Zwist gehabt, hatten ihn in eine erbitterte Stimmung versetzt. Er fuhr nach Berlin, um sich zu zerstreuen. In der Langestraße besuchte er ein Schanklokal. Die Kellnerin kam ihm um so freundlicher entgegen, da er sich als flotter Sponser erwies, Wirtin und Kellnerin tranken Bier auf seine Rechnung. Der Angeklagte entfernte sich schließlich in stark angetrunkenem Zustande. Unmittelbar nach seinem Fortgange vernahm die Kellnerin ihre kleine Geldtasche, die sie unter der Schürze an einem Lederrücken getragen hatte. Nur der Angeklagte konnte sich das Täschchen angeeignet haben. Die Kellnerin wollte auf die Straße eilen. Der Angeklagte besand sich noch auf dem Hausflur, als er die Kellnerin erblickte, lief er hinaus und die Straße hinunter. Die Kellnerin verfolgte ihn hilfesuchend. Der Angeklagte kam zu Falle, er blieb

einige Augenblicke wie betäubt liegen. Dies genügte der Kellnerin, um ihr Geldtäschchen, welches zur Hälfte aus seiner Jachttasche hervorzah, heranzuziehen. Nun erhob der Angeklagte sich, stürzte auf die Kellnerin zu und versuchte ihr die Tasche wieder zu entreißen. Dabei packte er auch ihre goldene Uhrkette, die zerbrach. Die Szene spielte sich angefüllt einer bedeutenden Menschenmenge ab, welche für die Kellnerin Partei nahm und den Angeklagten zur Wache brachte. Die Anklage erblühte in dem Verhalten Rosenthals auf der Straße die Merkmale des versuchten Raubes und nahm an, daß er sich mit Gewalt in den Besitz des Geldtäschchens und der Uhr habe setzen wollen. Der Angeklagte beteuerte, daß er von der ganzen Geschichte so gut wie gar nichts wisse. Es sei ihm völlig unklar, wie er in den Besitz der Tasche gekommen sei, als dieselbe ihm aus der Tasche gezogen wurde, habe er jedenfalls geglaubt, es sei sein eigenes Portemonnaie. Er werde doch nicht im Gegenwart vieler Menschen einen Strafraub begehen. Die Uhrkette sei ihm bei dem Hingehen an Versehen in die Finger geraten. Der Staatsanwalt wollte diese Auffassung von der Sachlage nicht gelten lassen, die Geschwornen verneinten aber nach dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt Mag. Senner, sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

**Wegen Beleidigung eines Gerichtsvollziehers** hatte sich unser Parteigenosse Rechtsanwalt Dr. Broh vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Berlin am Dienstag zu verantworten. Der Gerichtsvollzieher Kuhler hatte auf Grund einer einseitigen Verfügung bei einer alleinstehenden mittellosen Frau fast deren gesamtes Mobiliar, sogar die Betten, gepfändet und sofort nach der Pfändammer geschafft. Rechtsanwalt Broh, an den sich die Frau wandte, setzte die Aufhebung der Verfügung durch und wies dies dem Gerichtsvollzieher durch Vorlegung einer vollstreckbaren Ausfertigung des aufgehenden Urteils nach. Der Gerichtsvollzieher weigerte sich jedoch, die Aufhebung auszuführen, indem er den Nachweis der Rechtskraft verlangte, der ihm erst nach Ablauf eines Monats hätte gebracht werden können. Rechtsanwalt Broh richtete daraufhin an ihn folgendes Schreiben: ... daß Sie als Gerichtsvollzieher die Rechtskraft überhaupt nicht angeht, sondern nur die Vollstreckbarerklärung resp. die Vollstreckungsklausel. Wenn Sie über diese elementaren Kenntnisse, die Sie doch als Gerichtsvollzieher verpflichtet sind zu besitzen, nicht verfügen, so stelle ich Ihnen anheim, sich bei dem vorgesetzten Vollstreckungsrichter zu erkundigen binnen drei Tagen, nach deren Ablauf ich Beschwerde über Ihr ungelegentliches Verhalten einlegen möchte. Hochachtung Dr. Broh, Rechtsanwalt. Der Bureauvorsteher übermittelte dies Schreiben ohne Wissen und Willen des Anwalts in einem ungeschlossenen Briefumschlage, den er der Mandantin, die auch das Weigerungsschreiben des Gerichtsvollziehers überbracht hatte, übergab, ohne ihr von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis zu geben oder sonst mit ihr darüber zu sprechen. In der Hauptverhandlung erblühte der Staatsanwalt hierin einen dolus eventualis, da der Rechtsanwalt damit hätte rechnen müssen, daß der Bureauvorsteher den Brief inkorrekt übermittelte, zumal derselbe ein schweizerischer Mann war. Dr. Broh führte aus, daß ein Anwalt sich unmöglich um die Expedition seiner Briefe kümmern könne und daß nach dem ausdrücklichen Inhalt des Schreibens er nicht die Absicht der Beleidigung, sondern die Absicht hatte, den Gerichtsvollzieher zur Selbstinformierung behufs Vermeidung der zeitraubenden Beschwerde zu bestimmen, daß er auch nur deshalb die „elementaren“ Kenntnisse, bezüglich deren eine Pflicht der Selbstinformierung vorlag, im Gegensatz zu den diskutierbaren betont hätte. Das Gericht folgte jedoch dem Antrage des Staatsanwaltes und verhängte eine Geldstrafe von 50 M.

**Unzulässige Polizeiverordnung.** Die Vernehmung von Pferden mit augenfälligen Schäden als Quatere wird durch eine rheinische Polizeiverordnung verboten. Auf Grund dieser Verordnung wurde der Fuhrwerksbesitzer V. in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sein Pferd beim Ziehen gelahmt hatte. Das Kammergericht, bei dem V. Revision einlegte, hob jedoch die Verurteilung auf, sprach den Angeklagten frei und erklärte jene Polizeiverordnung mit der Begründung für rechtswidrig, daß der Schatz des öffentlichen Empfindens des Publikums nicht dem polizeilichen Verordnungsrecht unterliege.

**Der Leipziger Bankprozeß.** Auf Leipzig wird über den 16. Verhandlungstag vom Mittwoch berichtet: Der Vorsitzende weist darauf hin, daß bei der Bank ein Konjunktium zum Ankauf von Aktien der Leipziger Bank seit längerem Jahren bestand. Demselben gehörten sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats an. Ihnen ist erst zu Beginn des Jahres 1901 bekannt geworden, daß Guern im Jahre 1900 bereits 1 1/2 Millionen unter Gutheißung des früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats Sachsendorfer bei der Lotterie-Darlehenskasse verpfändet hatte. Dr. Genzsch hat darüber seine Verwunderung ausgesprochen. Es wird festgestellt, daß die solbarrisch für alle Anläufe in Leipziger Bankaktien verbundenen Mitglieder des Aufsichtsrats sich an dem Interventions-Conto mit der Summe von 3.600.000 M. beteiligt hatten. Nach Ansicht des Sachverständigen Herrmann war dabei eine Spekulation geradezu ausgesprochen. Der Sachverständige Plauth meint, die Anläufe seien im Interesse der Bank geschehen. Wie die Angeklagten aussagen, ist das Interventions-Conto nur

eingerrichtet, um den Kurs der Aktien zu regulieren. Sodann kommt abermals das Separat-Vorkaufs-Conto und die Frage der Fusion Koffels mit seinen Tochtergesellschaften zur Besprechung. Schmidt erwähnt in seinem Schreiben vom 15. November 1900 die Fusion und rechnet für die russische Gesellschaft eine Million Dividende heraus, für die französische 10 Proz., für die norwegische 20 Proz., für die italienische 15 Proz. Sachverständiger Plauth sagt aus, daß die Kaffeler Treiber-Gesellschaft niemals Gewinne erzielt habe. Es seien immer künstliche Gewinne geschaffen, zuerst durch Aktienverkäufe, dann durch Ueberträge auf die Tochtergesellschaften etc. Der Vorsitzende meint, bei der niedrigen Bewertung der Tochtergesellschaften müsse Guern doch wissen, wohin die vielen Millionen gekommen seien. Er habe doch gewußt, daß das Aktienkapital und die Reserve der Bank schon verloren gewesen seien. Weder Guern noch Genzsch haben sich aber nach der Höhe dieser Forderungen an die Tochtergesellschaften erkundigt. Sie wollen durch die Bonität der Kaffeler Garantien beruhigt gewesen sein. Der Vorsitzende fragt, ob das Geschäft mit den Kaffeler Aufsichtsräten für die Leipziger Bank ein vorteilhaftes gewesen sei. Darauf erwidert der Sachverständige Plauth-Kassel, daß die Garantien der betreffenden Herren keine besondere Sicherheit geboten haben. Nachdem die Sachverständigen Plauth, Herrmann und Sieskind sich über die Forderungsabtretung des Kaffeler Aufsichtsrats an die Leipziger Bank im Sinne einer Einziehung geäußert haben, wird die weitere Verhandlung auf Sonnabendvormittag 9 Uhr verlagert.

### Eingegangene Druckschriften.

Das Juliheft (Nr. 10) der „**Documente des Socialismus**“, Hefte für Geschichte, Urkunden und Bibliographie des Socialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein, bringt an letzter Stelle eine interessante Untersuchung über ein Pamphlet aus den Kreisen der Berliner „Freien“, betitelt „Schelling und die Offenbarung“, als dessen Verfasser abwechselnd M. Bakunin, Friedrich Engels und ein sonst unbekannt gebliebener Fr. Oswald genannt wurden. Das Pamphlet war ein lebensschallendes Pronunciament des radikalsten Hegelianismus gegen den rationalistischen Schellingismus. In Verbindung mit seiner Untersuchung giebt der Verfasser Doubledou-Kurzgelege aus einer ebenfalls dem Kreise der Berliner „Freien“ entstammenden politischen Satire in der die beherrschenden Verfolgungen gegen Bruno Bauer, Arnold Ruge und die „Freien“ ironisch verherrlicht werden. Als einer der letzteren markiert da auch „ein schwarzer Rert aus Wien, ein maltsch Ungeduld“, auf der nördlich sein anderer als Karl Marx war. Ein anderer Mitarbeiter, Menrad, analysiert den socialen Utopismus in den Romädien des Aristophanes, und ein Aufsatz von Hannu Jule reproduziert und kommentiert eine Reihe von Dokumenten aus der deutschen Buchdruckerbewegung der Jahre 1848-1851, welche den Geist dieser Bewegung in der deutschen Revolutionsepoche veranschaulichen. Eine Bibliographie von Neuererscheinungen, die in das Gebiet des Socialismus fallen, Urkunden, Inhaltsangaben socialistischer Zeitschriften und Anfragen nebst Nachweisen bilden den übrigen Inhalt der Heftreihe.

Die „**Documente des Socialismus**“ kosten pro Quartal 3,75 M. (Einzelsheft 1,25 M.); kombiniert mit den „**Socialistischen Monatsheften**“ sind sie zum ermäßigten Preise von insgesamt 4 M. pro Quartal zu haben.

### Briefkasten der Redaktion.

Die russische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
**N. W. 100.** Das Infanterie-Regiment Nr. 147 steht in Jüterburg.  
**H. K.** Weiden Sie sich entweder an Herrn Stadtrat Wargraf, Neue Friedrichstr. 9/10, Sprechstunde 1-2, oder an Herrn Stadtrat Dr. Wilmberg, Am Mühlendamm 1 I, Zimmer 23, Sprechstunde Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 12-2.  
**G. K.** Sie haben recht. Er ist dann kein Socialdemokrat. Die Mitteilung unter 2 ist f. S. offiziell demittiert worden.  
**H. G.** Weiden Sie sich mit Ihrer Petition an die Stadtverordnetenversammlung über an die Deputation für die hiesigen Krankenanstalten.  
**S. A.** Es ist wohl nicht anzunehmen, daß beim Begräbnis von Koffert eine stärkere Beteiligung war als bei Plebiscit-Begräbnis.  
**J. B. 50. 1. Ja. 2. Nein.** Sie wählten zunächst bei der Ausschäftsbehörde der Kasse (in Berlin der Magistrat, Stralauerstr. 3/6) auf Unternehmung Ihrer Kassennützlichkeits und Gewährung der Kasseneinrichtungen. Wegen den Entschluß der Ausschäftsbehörde ist Klage beim Kammergericht zulässig. — **Invalide W. T.** Leider würde eine Beschwerde keinen Erfolg versprechen. — **W. B. 3. 1. Ja. 2. und 3. Nein. — 73 M. K.** Die Betreffende könnte wegen Berechnens gegen das Wald- und Forstpolizeibefehl mit etwa 10 Mark bestraft werden. — **J. W. 800. C. H. 100.** Nein. — **Währbergerstraße 9.** Eine Strafanzeige wäre an die Staatsanwaltschaft zu richten, Aussicht auf Erfolg dürfte sie aber nicht haben. Ihnen steht nur das Recht auf Klage beim Civilgericht zu. — **M. B. 62. 1. Leider ja. 2. Das hängt von der getroffenen Vereinbarung ab; in der Regel am Abend des Ersten. 3. Nein, falls die Statuten nicht das Gegenteil ergeben. — G. F. 100.** Der Vortrag ist bis zum 1. October gültig. — **C. B. 53. 1.** Durch einen Rechtsvollzieher. 2. Ja.  
Weiter-Prognose für Sonnabend, den 5. Juli 1902.  
Nachts etwas wärmer, am Tage ein wenig kühler, ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und Schwachen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telephon Amt 7 Nr. 353.  
Sonntag, den 6. Juli 1902, vormittags 10 Uhr:  
**Morgensprache der Schraubendreher bei Wetzel, Wrangeistraße 136.**  
Montag, den 7. Juli 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung der Former und Berufsgenossen im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kattationskommission.  
2. Uebersicht über den Gütigungsamt im Jahre 1897, bezw. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gewerken.  
3. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse.  
Bairischen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.  
**Nie wiederkehrende Gelegenheit. Saison-Ausverkauf**  
(bis zum 13. d. Mts.)  
**zu weit herabgesetzten Preisen.**  
Welche oder feste Herrenhüte per Stück 1,70, 1,80, 2 M. etc. Haarhüte, extra prima Qualität, weich oder steif, a 5 M., Labenpreis 7-8 M.  
Stroh- und Hüte in sehr großer Auswahl.  
**Hut-Engros-Geschäft von Alvin Sussmann**  
Holzmarktstraße 38, an der Bredlauerstraße, parterre.  
**Treptow.**  
Köpnick Landstr. 27,  
empfehlen sich Kavalierskleidung  
Saal, 250-300 Personen fassend,  
sowie großem schattigen Garten  
zu jeder Art von Feiern.  
Einige Sonnabende für Sommer-  
feste etc. sind noch zu vergeben.  
Wohnung 1/2 über 10 Pf. ff. Weibster.  
422 L.  
**R. Hohlwein.**  
Freunden und Bekannten die Mit-  
teilung, daß ich  
**9, Naunynstr. 9**  
ein Weiss- u. Bayerisch-Bier-  
Lokal mit Billard und Bierstüb-  
chen eröffnet habe. 49480  
Schöne um geneigten Zutrags.  
**Paul Lier.**

**Verband der Möbelpolierer.**  
Montag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf,  
Hermannstraße Nr. 197:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kiesel über: Der Mann mit der Fackel.  
2. Diskussion 3. Berichtlesen.  
Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge, speziell die Ertragsbeiträge,  
heute abend in den Taschen zu bringen. Siehe § 8 des Statuts. —  
Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt Montag Bismarckstraße 33.  
146/11  
Der Vorstand.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Große  
Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Vanslerweg 14/15  
(Vaden). — Sechster Wahlkreis (Hohbit): Karl Anders,  
Sohnweberstraße 8, im Vaden. — Wedding und Oranienburger  
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 11/42. — Gesund-  
brunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmstraße  
und Schönholz: Hermann Kahlke, Grünthalstr. 65. — Rosen-  
thaler und Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kaphanien-  
Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarber, Seelen-  
heimstraße 1, Ecke Goethestraße, vom 1. — Deutsch-Wilmersdorf:  
W. Ridel, Umlandstr. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichs-  
felde: Oswald Brauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — Grünau:  
Gustav Rier, Köpenickerstraße 111. — Rixdorf: Hermann,  
Erlstraße 6. — Schönberg: Wilh. Sämler, Martin Uferstr. 31, Vaden.  
— Ober-Schöneweide: Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18.  
— Nieder-Schöneweide: Bonafantia, Berlinerstraße 8. —  
Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstraße 39, 1. — Adlers-  
hof: Gustav Hige, Gadenbergstraße 8. — Köpenick: Friedrich  
Wald, Grünstraße 29. — Friedmann-Steiglitz: S. Veruise,  
Richterstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steiglitz:  
S. Mohr, Doppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 10a.  
— Baumschulenweg: Stad. Grünstraße 2, II. — Neu-Weissen-  
see: Heinrich Bachmann, Lederstraße 6, Ecke Friedrichstraße. —  
Rummelsburg: Borgdeck, Pring Allee 55.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden!

Auf Grund schiedsmännlichen Ver-  
gleiches spreche ich hierdurch mein  
lebhaftes Bedauern darüber aus,  
Fraulein Emma Seibel am 28. Mai er.  
gestorben zu haben.  
6738 E. Schneider, Rigaerstr. 5.

Schultheiss 1/10 Ausschank  
zu verkaufen.  
B. Fiege, Guffenstraße 41.

Franz Ungerberg  
früher  
Treptow, Alte Antikenschenke  
empfehlen allen Freunden und Be-  
kanten sein neu renoviertes Restau-  
rant „**Marienthal**“, Baumschulen-  
weg, Baumschulenstr. 64, Ecke Ganner  
Chaussee, Schattiger Garten, zwei  
Regelbahnen, Familien können Kasse  
kosten; vis-a-vis Wald. 43924\*

**Die schönsten Herren-  
Kleider.** Herrengarderobe in neu-  
sowie speziell 42745\*

**Monatsgarderobe**  
von Kavaliere zurückgelagte  
Sachen, fast neu, für jede Figur  
passend, sind in größter Auswahl  
zu kausend billigen Preisen feils  
zu haben.

**J. Wand, Prinzenstr. 17,**  
Ecke Wallerhorstraße.  
Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik  
Schillingstr. 7, Neu-Schillingstr. 7.  
Engros u. Einzelretail  
empfehlen nur feinste Qualitäten.  
H. Fyrt.

**Deutscher  
Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern hiermit zur Nach-  
richt, daß unser Kollege und lang-  
jähriges Mitglied, der Buchbinder  
**Paul Kleckel,**  
am 1. Juli nach langem Leiden ver-  
storben ist.  
Seine letzte Ruhestätte  
Die Beerdigung findet morgen, Sonn-  
tag, nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus  
Am Urban aus nach dem Friedhof  
der Freiheitlichen Gemeinde, Pappel-  
allee 15/17, statt.  
Um recht zuge Beteiligung ersucht  
24/5 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden u. Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Anna Wegner**  
geb. Ableit, am Donnerstag, den  
3. Juli, nachmittags 1 Uhr, nach  
schwerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, d. 6. Juli, nachm. 2 Uhr,  
von der Leichenhalle d. Central-  
Friedhofes, Friedrichstraße, aus  
statt. Um feines Beileid bitten  
Der trauernde Gatte  
R. Wegner, Rixdorf, Rindhofstr. 33.

Allen Verwandten und Bekannten  
zur Mitteilung, daß meine liebe Frau  
und meine treue Mutter  
**Auguste Dumke** geb. Pögel  
am Freitag früh verstorben ist. Die  
Beerdigung findet Montag, den  
7. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem  
neuen Judo-Friedhof in Britz statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen,  
Friedrich Dumke und Kinder.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Spezialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Halsleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.  
und Verlag von Max Dabing in Berlin.

Sociales.

Die Nahrungsmittel-Industrie-Vereinsgenossenschaft, ein Mannbeim, hielt am Sonnabend, den 28. Juni, in Braunschweig ihre 19. ordentliche Genossenschaftsversammlung ab.

Der Bauarbeiter-Schutz in Holland. Das holländische Landeskomitee zur Herbeiführung besserer Aufsicht in den bau-gewerblichen Betrieben hat an die Regierung eine Petition gerichtet.

gewerblichen Arbeiter gegen Unglücksfälle gefordert werden. Das Komitee führt aus einer von den Arbeitsspektoren veröffentlichten Statistik an, daß in den Jahren 1897-1898 1941 Unglücksfälle im Bau-gewerbe zur Kenntnis der Inspektoren kamen.

Die erste Händlerschule in Dänemark. Errichtung von Landhändlerschulen, wozu Häusler und Landarbeiter gratis Zutritt haben, verlangt ein Punkt des Programms der sozialdemokratischen Partei Dänemarks.

unentgeltlich. Unter besonderen Umständen wird dem Häusler, der die Schule besucht, sogar eine Vergütung für die fremde Arbeitskraft, die er eventuell während seiner Abwesenheit auf seinem Besitz-tum verwenden muß, gewährt.

Den französischen Arbeiter-Genossenschaften wurden im Jahre 1901 staatliche Subventionen von insgesamt 153 000 Fr. zugeführt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, den 5. Juli. Neues Opern-Theater (Kroll). Der Zigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater. Heute, den 5. Juli, Anfang 8 Uhr. Zum 9. Male: Colle Mitbürger.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: Die Viper.

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Um 7 Uhr: Garten-Konzert. Um 8 Uhr: Neue grossartige Spezialitäten.

Lysistrata. Ausstattungsoperette von Paul Lincke.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Norwitz-Oper. Carmen.

Sanssouci. Köthenerstr. 1a. Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei un-günstiger Witterung im Saal: Hoffmanns Norddeutsche Säger und Konzert.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Photographische Aufnahmen von der Insel Martinique und von den Schlachtfeldern Transvaals.

Passage-Theater. Das glänzende Juli-Programm. Willy Prager. (Prolongiert!) 16 neue erstkl. Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr nachmittags: Militär-Doppel-Konzert.

Belle-Alliance-Theater. Bei gänzlich Witterung: Elito-Tag, Graf-Konzert.

Prater-Theater. Bahnhöfen, Allee 7-9. Täglich: Tausend und eine Nacht.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Säger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater. Wilmersb. Str. 16. Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Bock. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Frühels Allerlei-Theater. früher Puhlmann. Schönhauser Allee No. 145. Heute Sonnabend: Sommer = Fest.

Sommertheater Marienbad. Badstr. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich: Das erstklassige Specialitäten- und Theater-Programm.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstr. Nr. 38. Täglich: Das großartige künstlerische Juli-Programm.

Wintergarten. Im Russent am Saal. Juli-Programm: Otto Reutter. „Das Mädchen mit dem gold. Haar“.

Schweizer Garten. Am Königsthor 4202a. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Extra-Dampferfahrten nach Schmöckwitz. dem herrlich Lokal Seddin-See. jeden Sonntag 9 Uhr (hin und zurück 75 Pf.).

Buckow (Märkische Schweiz). Das einzige Lokal, welches der Arbeiterchaft von Buckow zur Verfügung steht, ist das Schweizerhaus von Herrn R. Reinsch.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten. Am Bahnhof Hirschgarten. Ind. W. Keller, Gastwirt.

Güte! Herrenhüte von 1,50 an. Anbendhüte „0,75“. Großtes Lager in Strohhüten.

PAGLIANO-SYRUP. seit 1838 bewährtes und altes Erfrischungs- u. Reinigungsmittel für Blut u. Säfte!

Medizinischer Ungarwein. Ober-Ungar, herb 1,25-2,25. Portwein 0,90-5,40. Sherry, Madeira, Malaga 1,00-5,40.

Herren-Kragen, Strand-Restaurant Waggelsee. rein Irinen, garantiert 1 fach, sämtliche neue Fasern in allen Weiten.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit. die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr harte Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen.

bei Entnahme von 4 Mk. 50. Schöneberg. Montag. Juleit 1 Mk. 50. Schöneberg. Montag. Juleit 1 Mk. 50.

Baer Sohn. Ein gros. Export. Ein detail. Chauffeurstr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

!! Achtung, Vereine !! Nachdruck verboten! Wir empfehlen: 43019. Stocklaternen und Fackeln.

Wir empfehlen: 43019. Stocklaternen und Fackeln. Kopfbekleidungen und Schärpen aus Papier.

Yohl & Weber Nachf. jetzt: Neue Jakobstr. 8. Zwiiggelstr. 51/52, I. Etage. Kataloge gratis und franco.

Oswald Klinke's Jufferburger Bierhallen. Jufferburgerstr. 6. Ausschank von Pfefferberger Bier. Prima Weissbier (ohne Wasser-zugabe). 6585.

# M. Schulmeister

en gros      Schneidermeister      en détail

**Dresdenerstr. 4 | Hauptstraße 143**  
am Kottbuser Thor.      **Schöneberg.**

Sommerpaletots von Mt. 13,50 an	Sommer-Jackets von Mt. 2 an
Kost-Anzüge . . . . . 23	Jünglings-Anzüge . . . . . 12
Jackett-Anzüge . . . . . 15	Knaben-Anzüge . . . . . 3

Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von Mt. 1,- an.

## Anfertigung nach Maass

in elegantester Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 45078\*

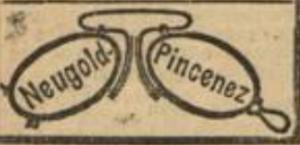
Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

Streng feste Preise.



Bitte genau auf Firma u. Haus-Nr. 15b achten.

**Augenläser**  
Fachmännisch angefertigt und vorzüglich sitzende Linsen aus jedem Material in dem Institut für Brillenoptik von **Ernst Riek**  
Inhaber: Carl Dittmannstr. 11b, Wilmersdorf.



Kinderwagen, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Hängewagen, Eiserne Bettstellen u. Kränze, Karren für Gr. wachsende u. Kinder. Preise bill. Auch Teilzahlg. **M. W. Schulz**, N. Brunnenstr. 95 a. Bf. Gesundbr. Fernsp. III, 1707

## Sommer-Theater Marienbad.

Gade im Juli und August noch einige Sonnabende frei und möchte meine Plauschlichkeiten mit Worten für die Vereine bestens empfehlen. Constanze Bedingmann ausgesetzt. (45012)\* **Richard Wagner.**

## Seltenes Angebot.

Um für die eingehenden Herbst-Neuheiten Raum zu schaffen, haben wir die Restbestände von letzter Saison in

**Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffs, Möbelstoffen und Plüsch**

nur in bekannt vorzüglichen Qualitäten u. großartiger Auswahl gegen Barzahlung bis 33 1/3 % herabgesetzt.

## Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

## Kufekes

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

## Kindermehl

## Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Zurückgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschaulich billigen Preisen. **Dulaten-Training, 900 gest., 1 1/2 Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50.** Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. **Echt Rothener Bräuen, Pincenez, Dornschäfer.** 45066\*

**Wo?** in ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und zweier zu erreichen? Beim **alten Freund auf Pichelswerder.** - Für gute Küche usw. ist immer bestens gesorgt! (45122)\* **Musik: Elektrisch.**

# Billigste Preise

zu den Ferien, zur Reise.

- Lawn-tennis-Anzüge für Herren . . . . . 6 Mk.
- Herren-Wash-Anzüge 9 Mk. bis . . . . . 5 Mk. 75
- Papierfaser-Anzüge sehr dauerhaft und waschbar 10 Mk. \*
- Herren-Anzüge, moderner Fischgrat . . . . . 18 Mk.
- Reise-Staub-Mäntel 5,00, 3,50 bis . . . . . 2 Mk. 75
- Reise-Havelocks praktische Loden . . . . . 6 Mk. 75
- Sommer-Joppen für Herren . . . . . 90 Pf.
- Lüstre-Jackets für Herren . . . . . 2 Mk. 25
- Herren-Sommer-Hosen, 8,-, 6,-, 4,-, 3,-, . . . 1 Mk. 75
- Schul-Anzüge 6, 5, 4, 3, 2,50 . . . . . 1 Mk. 80
- Knaben-Blusen-Anzüge von . . . . . 2 Mk. an
- Anzüge nach Maass, reine Wolle, für Herren : 27 Mk.

## Beste, billigste Strohhüte:

Kniff-Hüte 2, 1 Mk., 65 Pf. | Palm-Hüte 1 Mk. 25  
Binsen-Hüte 90 Pf.

# BAER SOHN

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung  
Chausseest. 24a/25 | 11 Brückenstr. 11 | Gr. Frankfurter Str. 20

Die 19. Preisliste 1902 über gesammte Herren- und Knaben-Busstattungen wird kostenlos und portofrei zugesandt.

## Paul Hilperts Restaurant u. Garten Halensee, Kurfürstendamm 126.

Erste Kollation für Kremier, Fußpartien usw. am Bahnhof Halensee. **Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisefarte zu kleinen Preisen.** Familien können Kaffee trinken. **Zahlreichem Besuch nicht entgegen.** **Paul Hilpert.**

## 'Pferdebucht', Restaurant b. Köpenick.

Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Partien. Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Grochertige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Stühle. Ausspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche. - Es ladet zum Besuch freundlichst ein **Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.** 40366\*

## Noch nie so billig

somit jetzt Vorrat kaufen. 100 St. Senfens. Briquetts 6 Boff 0,50  
100 - Riechtöhle . . . . . 7 0,60  
ungepackte Drehlöcher, Geminer, 0,65  
1 Scheffel Ruch II Rindshütte, 0,65  
1 Fett. fl. gemahlener Gadocks 1,10  
Zum Abholen bringe 25 Randmarken. **Jos. Fischer, Witte Brombergerstraße 19.** 4505\*

**Honig!** Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, best. die 10 Pfunddose zu 6,50 Mk., 5 Pf. 4 Mk. franko. Garant. Rücknahme. **E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr., Oldenburg.**

# Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Verkäufe.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Sportbillig** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren, Leichhans, Kenderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. \*

**Teppiche** mit Farbenmalern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Godescher Markt 4, Bahnhof Str. 111/7\*

**Verfallene Pfänder:** Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren (sportbillig Pfandbriefe) Alexandrinenstr. 73. 26/10\*

**Nähmaschinen,** verfallene, sportbillig, (Kleinauswahl) Pfandbriefe Alexandrinenstr. 73. 26/10\*

**Steppdecken** billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Reisebörse,** Bund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinenbäume Bund 1,90. Fabriklager Landsbergerstr. 37, I. 1200K\*

**Rekonstruktion** am Bahnhof Schönerberg, Godescherstr. 4, billig verlässlich.

**Kleiderhosen** verkauft billig Gutzzeit, Bülowstr. 1. 655b

**Vorkaufgeschäft** wegen kleiner Wohnung verlässlich. Dudenberstr. 46. 471\*

**Zimmer** noch 6-8 Mark die Woche, 10 Minuten vom Bahnhof. Jotras, Sperndel bei Bernau. 630b

**50 Postwaldparzellen,** nahe am See, verkauft bei kleiner Anzahlung Bestzer Platanbaum, Dornsdorf, Lindenstr. 15. 357b

**Verfallene Pfänder,** goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden sportbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Wingerstr. 28, I. Ecke Ritterstr. 605b

**Nähmaschinen** ohne Anzählung, Woche 1,00, gebraucht, tabellos, während, räumungshalber sportbillig Winderstr. 60/61, Landsbergerstr. 82. 471\*

**Reisebörse,** ganze Straßendiebstahl, verkauft bei 2-3000 Anzahlung die Handverwalt. Dr. Mannstr. 151. 611b

**Vorortstr. 11,** ganze Straßendiebstahl, verkauft bei 2-3000 Anzahlung die Handverwalt. Dr. Mannstr. 151. 611b

**Fahrräder-Verkauf,** Reite Schönhauserstr. 11, bietet Abverkauf durch Auswahl, billigste, Solidität hochqualitative Gelegenheiten beim Fahrradverkauf. Rohdenstr. 11, 1177R\*

**Reisebörse,** Reite Schönhauserstr. 11, bietet Abverkauf durch Auswahl, billigste, Solidität hochqualitative Gelegenheiten beim Fahrradverkauf. Rohdenstr. 11, 1177R\*

**Reisebörse,** Reite Schönhauserstr. 11, bietet Abverkauf durch Auswahl, billigste, Solidität hochqualitative Gelegenheiten beim Fahrradverkauf. Rohdenstr. 11, 1177R\*

**Verfallene Pfänder** mit guten Preisen in umhänkebarer billig zu verkaufen. Zu erfragen Schwedenstr. 18 b, Hiedler. 663b

**Rekonstruktion** zu verkaufen V. Ritter, Rosfelderstr. 40. 661b\*

**Halbrenner** 50,00, Voetsch, Wallstr. 27. Sonntags geschlossen.

**Wett, praktisches,** 17,00, Michel, Rönneckerstr. 26. 667b

**Zu den Ferien** billige Anzüge, einzelne Hosen, Jacken, Blusen. Reise-Geschäft Sorauerstr. 30, Widenau, Rantam „Ed-Or“. 669b

**Wein Schankgeschäft** mit Vorparaten auch ich wegen Krankheit verkaufen. Scholler, Frenzlauer Allee 33.

**Blissfession!** Wer sich über diese rucklose Granulante unter Arbeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Blissfession, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierärztlichen Verein, Königgrätzerstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b\*

**Wohnungen.** Stube und Küche (23,50), Räumstr. 59, III vorn, sofort zu vermieten. Käheres Jahn, Bienenstr. 39. 672b

**Schlafstellen.** Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstr. 64, Hof III, Witwe Rosenthal.

**Mietsgesuche.** Für sofort einfaches Zimmer gesucht. Oren, lauter billig. Postamt 51. S. M. 4713.

**Wohnungen.** Stube und Küche (23,50), Räumstr. 59, III vorn, sofort zu vermieten. Käheres Jahn, Bienenstr. 39. 672b

**Schlafstellen.** Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstr. 64, Hof III, Witwe Rosenthal.

**Mietsgesuche.** Für sofort einfaches Zimmer gesucht. Oren, lauter billig. Postamt 51. S. M. 4713.

**Arbeitsmarkt.** Junger Buchbinder, der selbständig arbeiten kann, sucht Stellung. R., Postamt 20. 643b\*

**Zu Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**2 tüchtige Arbeiter** für eine holländische Dynamofabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten unter J. W. 6205 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

**Achtung! Holzarbeiter!** Gelpert hat folgende Werkstätten: Wagner, Wilmsdorf. H. Schulz, Kranitz, 18/19. Schefler, Petersburgerstr. 77. Gammeluth, Dörschstr. 33. 83/3\* Die Crisverwaltung.

**Achtung! Vergolder!** Gelpert für sämtliche Branchen sind die Firmen: C. Günther, Andreestr. 10, und Gammersbach, Kranitzstr. 33. 220/2\* Die Crisverwaltung.

**Buchdruckerei-Leiter gesucht.** Für das Partiegeschäft in Frankfurt am Main wird ein zuverlässiger Fachmann (Partiegenosse) verlangt. Derselbe muss technisch durchaus gebildet, in Kalkulation, Zeitungswesen, Accidenssatz erfahren sein, den Einkauf von Papier etc. verstehen, leichte Korrespondenz und Buchführung kennen, sowie im Verkehr mit der Kundschaft gewandt und tüchtig sein. Bewerber, welche nachweislich ähnliche Stellen mit Erfolg bekleidet haben, wollen ihre Offerten mit Gehaltsansprüchen bis 15. Juli an **H. Bernhard, Nordendstr. 62, Frankfurt am Main,** richten. 4570L\*